PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 2. November 1976, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

4. November 1976 Jg. 4 Nr. 44 50 Pfg.

Arbeiter im Kampf gegen AEG-Kapitalisten

Am 29. Oktober demonstrierten 800 Arbeiter und Angestellte gegen die drohenden Entlassungen und Werksschließungen von AEG im Raum Oldenburg. Zu Kundgebung und Demonstration hatte der Vertrauensleutekörper der AEG-Werke Oldenburg und Vechta sowie die IG Metall-Ortsverwaltung aufgerufen. In Vechta sollen 150 Beschäftigte durch die Schließung arbeitslos gemacht werden, in Oldenburg sollen 125 entlassen werden. Diese Schließungen und Entlassungen sind Teil eines umfassenden Rationalisierungsplans der AEG-Kapitalisten. In Berlin soll das Werk Ackerstraße geschlossen werden, in Zeil (Franken) soll die Produktion eingestellt werden. Gegenüber dem Westberliner „Tagesspiegel" erklärt der Vorstandsvorsitzende der AEG, Cipa: „Die jetzigen
zende der AEG, Cipa: „Die jetzigen
Rationalisierungsmaßnahmen seien ... Ausdruck der Tatsache, daß man heute mit weniger Leuten das gleiche oder mehr produzieren könnte." Die Bezirksbeilage Nordhessen der KVZ meldet am 28.10.: „AEG Kassel. An vier Samstagen müssen die Kollegen einer Schicht in diesem Jahr noch zusätzlich arbeiten. Weitere Sonderschichten fürs nächste Jahr sind angekündigt."

Stillegungen und Entlassungen auf der einen Seite, Ausdehnung der Arbeitszeit und Verschärfung der Arbeitshetze auf der anderen Seite, so sieht die Rationalisierung bei der Allgemeinen Elektrizitäts Gesellschaft aus. Von 1974 auf 1975 haben die AEG-Kapitalisten die Belegschaft um 11 000 auf 133 000 gesenkt und den Umsatz pro Beschäftigtem um 7 000 Mark auf 80 000 Mark erhöht. Mit ihrem Pro-Kopf-Umsatz liegen die AEG-Kapitalisten an der Spitze in der Kunst der Schweißauspressung aller Elektrokonzerne. Im Gesamtumsatz liegen die AEG-Kapitalisten noch hinter ihrem größten Konkurrenten Siemens. „Wir müssen konkurrenzfähig bleiben", unter diesem Schlachtruf sollen die Arbeiter gegeneinander gehetzt werden. Bei AEG heißt es, wir müssen Siemens erreichen, bei Siemens, wir müssen AEG schlagen. Das gelingt nicht.

1976 haben die AEG-Kapitalisten weiter entlassen und die Produktion gesteigert. „Von Januar 76 bis August 76 haben sie die Produktion im Berliner Werk Ackerstraße um 50 Prozent gesteigert. Für diese Produktionssteigerung wurde kein Pfennig für Investitionen ausgegeben. Uralte Maschinen stehen dort in der Produktion, aus den zum Teil 70 Jahre alten Maschinen und den Arbeitern, die sie bedienen, wurde das Letzte herausgeholt." Das schreibt die Zelle AEG-Ackerstraße. Das gleiche schreibt die KVZ-Bezirksbeilage Weser–Ems: „Die Produktion in Oldenburg läuft mit veralteten Maschinen, was häufig Reparaturen und Ausfälle mit sich bringt. Neue Maschinen wurden aber nicht angeschafft, sondern teilweise schon alte Maschinen bei Ausfällen zur Aushilfe an Band gestellt." Die Werke Berlin Ackerstraße, Oldenburg, Vechta und Zeil gehören zum Bereich Kleinstmotoren. Der soll „saniert" werden.

In allen Werken werden die Maßnahmen der Kapitalisten bekämpft. Wenige Tage vor der Demonstration in Vechta wurde im Werk Ackerstraße in Westberlin eine Betriebsversammlung durchgeführt. Darüber berichtet die Zelle:

„Die Geschäftsleitung ist unter Buhrufen und Piffen in den Saal gezogen und ebenso wieder ausgezogen, Beiträge von Kollegen stellten sich scharf und eindeutig gegen die Pläne des AEG-Vorstandes. Der Betriebsratsvorsitzende konnte sich nicht gegen die kämpferische Stimmung im Saal stellen, er hätte sich völlig isoliert. Er bekräftigte die Absicht des Betriebsrates, alle erforderlichen Maßnahmen auszuschöpfen, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Er sagte: ‚Selbst die schönsten Worte können uns nicht überzeugen. Gerade diese Belegschaft ist in den letzten zehn Jahren an der Nase herumgeführt worden. Was wurde nicht alles versprochen ... Gespräche über einen Sozialplan stehen noch gar nicht an ... ' Dafür bekam er großen Beifall.
(Fortsetzung Seite 2)



Brokdorf/Unterelbe – Wyhl/Baden. „Die Volksmassen lassen sich nicht im Blitzkrieg besiegen", hatten wir in der KVZ geschrieben. 5 000 haben letzten Samstag in Brokdorf gegen das Kernkraftwerk und die militärische Besetzung des Bauplatzes protestiert. Der Bauplatz wurde kurzfristig besetzt. In Wyhl plant die Bourgeoisie ebenfalls eine militärische Überraschungaktion. 20 Kilometer Stacheldraht für 8 Millionen DM sind bereitgestellt. Das Bürgermeisteramt hat Berechtigungsausweise für Grundeigentümer ausgegeben. Offensichtlich ist ein großes Sperrgelände geplant. Deshalb die Passierscheine. Bundeswehreinheiten haben Hubschrauberlandeübungen gemacht. Für Bootstransporte ist das Gelände inspiziert worden. Diese Tatsachen wurden auf einer Veranstaltung der Bürgerinitiativen enthüllt. Am Sonntag haben sich 1 000 Kundgebungsteilnehmer auf dem geplanten Bauplatz in Wyhl mit den Kämpfen in Brokdorf solidarisch erklärt.

Seite 3:
Rentenprogramm der Finanzbourgeoisie: Tanz der Vampire
Seite 4:
Die Arbeiter und Bauern können den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf verhindern
Seite 5:
Festgeldforderungen müssen her
Seite 6:
Merck Darmstadt: Akkordarbeit für Angestellte soll eingeführt werden
Seite 7
Klunckers Produktivitätsfortschritt
Seite 8:
Rauschgift: Geschäfte und Betäubung
Seite 11:
Walldürn/Odenwald: Kampf der Soldaten gegen schikanöse Heimordnung
Seite 12:
Die Partei der Arbeit Albaniens ist stärker und geeinter denn je
Seite 13:
VR China: Wer Spaltung betreibt, isoliert sich
Seite 14:
KP Thailand: Fortschritte im Volkskrieg
Seite 15:
Die Pariser Kommune: Es lebe die Diktatur des Proletariats!

In Zimbabwe und Genf:

Die ZANU läßt sich von den Interessen des Volkes leiten

Das Volk von Zimbabwe setzt den Befreiungskampf fort und greift das Siedlerregime an den verschiedensten Stellen an. „Bei Bulawayo im Süden brachten Guerillas am Donnerstag einen Güterzug durch eine Sprengung zum Entgleisen und verwundeten den Lokführer durch Schüsse." (Neue Zürcher Zeitung, 30.10.76) „An anderer Stelle" wurden „drei Autobusse und ein Lastwagen in Brand gesteckt und eine Brücke in die Luft gesprengt." (Neue Zürcher Zeitung)

Truppen des Siedlerregimes griffen am Wochenende (30./31.10.) Mozambique an. Die Volksrepublik Mozambique erklärt, daß diese Aggression von den Volksbefreiungsstreitkräften zurückgeschlagen wurde. (Herald Tribune, 2.11.) Im Gegenschlag wird Umtali, rhodesische Siedlerstadt, anderthalb Stunden von den Befreiungskämpfern Zimbabwes unter Raketenbeschuß genommen. „Im Grenzgebiet zu Sambia wurde ein rhodesisches Hotel überfallen." (Mannheimer Morgen, 2.11.) Dies berichten drei bürgerliche Zeitungen aus drei imperialistischen Ländern. Der revolutionäre Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zerschlägt Stützen des Regimes, der Volkskrieg wird im ganzen Land geführt.

In Azania wird „anhaltende Spannung" (Herald Tribune) gemeldet. Das Vorster-Regime der europäischen Siedler hat das Versammlungsverbot bis zum 31.12. verlängert. In der Nähe der Fabrikstadt Dundee wurde ein weißer Oberaufseher von 150 Arbeitern angegriffen, die Polizei konnte ihn gerade noch einmal retten. In Dundee griffen Afrikaner die verhaßten Bierhallen an, die Polizei wurde mit Steinen bombardiert. In Germiston wurde die Vorderfront eines Wirtshauses eines Regierungsagenten in die Luft gesprengt. In mehreren Städten, darunter Soweto, boykottieren die afrikanischen Schüler die Jahresprüfungen. Sie fordern die Freilassung aller Schülervertreter, die während der Demonstrationen gegen das Siedlerregime verhaftet wurden und vor Gericht gestellt werden sollen. Am Sonntag demonstrierten in Soweto 3 000 bei der Beerdigung eines von den Truppen des Siedlerregimes erschossenen Kämpfers gegen die Kolonialmacht.

Die Imperialisten setzen große Hoffnungen auf die Genfer Konferenz. Ihre Presse füllt damit die Spalten. Durch den Kissinger-Plan bereiten sie die Aggression vor. Die Herrschaft der imperialistischen Monopole soll gerettet werden. Es ist den Imperialisten nicht gelungen, zur Bedingung der Konferenz einen Waffenstillstand zu machen. Robert Mugabe, Generalsekretär der ZANU, erklärte am Sonntag, 31.10.: „Unser Krieg geht weiter." Die Konferenz verläuft nicht nach den Wünschen der Imperialisten. Die Delegation der ZANU kämpft auch hier für die Befreiung Zimbabwes von Imperialismus und Kolonialismus. Am 29. Oktober erklärte Genosse Mugabe zu Beginn der Konferenz:

Eröffnungserklärung des Genossen Mugabe vom 29.10. bei der Genfer Konferenz

„Herr Vorsitzender und Mitdelegierte, beginnen möchte ich, indem ich der britischen Regierung für die Einladung an mich und meine ZANU-Delegation, an dieser Konferenz teilzunehmen, danke. Ich möchte jedoch klarstellen, daß die ZANU- und ZAPU-Delegationen, die hier sind, als gemeinsame Delegation hier sind, die gemeinsam von Genossen Nkomo und mir geführt wird. Das bedeutet natürlich, daß, was ich auf dieser Konferenz in meiner offiziellen Funktion als gemeinsamer Führer sage, betrachtet
(Fortsetzung Seite 2)

Deppen und Frömmler am Werk ?

Vom einen hört man, daß er einfältig sei, und man glaubt es gleich. Gemeint ist der bisherige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Vom anderen hört man, daß er verschwommen und undurchsichtig sei und sich bisher mit frommen Sprüchen durchs Leben geschlagen habe. Damit ist der Kandidat der Demokratischen Partei gemeint. Die „Neue Zürcher Zeitung" schreibt in einem Leitartikel: „So entwickelte sich schließlich ein Wahlkampf von erschütternder Formlosigkeit, bar jeder lebendigen Kontroverse und geführt in einer Atmosphäre vorsichtigen Abtastens."

Nach amtlichen Statistiken der USA lagen bereits im vergangenen Jahr 25,9 Millionen Familien, das heißt mehr als die Bevölkerung der Bundesrepublik, unter der Grenze,
Bundesrepublik, unter der Grenze,
die die amerikanische Bourgeoisie selber als Armut definiert hat. Das ist jede achte Familie in den USA. Die Arbeitslosenquote liegt bei 7,8 Prozent. Armut ist bekanntlich der Bourgeoisie egal. Die trifft sie nicht, die bringt sie hervor. Arbeitslosigkeit ist für die Bourgeoisie durchaus günstig, denn die industrielle Reservearmee drückt auf den Arbeitsmarkt und verschärft die Konkurrenz unter den Arbeitern und erleichtert die Lohndrückerei. Darin hat die amerikanische Bourgeoisie beträchtliche Fortschritte gemacht, so beträchtliche, daß es sich für den VW-Konzern wie für andere westdeutsche Konzerne lohnt, in den USA Fabrikationsanlagen zu errichten und auf den Arbeitsmarkt zu gehen.

Was die Bourgeoisie beunruhigt, ist, daß die Massen sich mit den Verhältnissen immer weniger abfinden und große wirtschaftliche Kämpfe führen, aber auch Demonstrationen machen.

Was muß die US-Bourgeoisie mehr fürchten, als daß diese großen Massen in die Politik hineingezogen werden und sich als selbständige Partei unter Führung der Arbeiterklasse organisieren? Im Gegensatz zu den Kapitalisten in Europa hat die amerikanische Bourgeoisie das bisher noch stets verhindern können. Heute ist das anders. Sie kann den Massen nicht mehr den „american way of life" aufschwätzen, dessen ideologische Wirksamkeit einfach in der Hoffnung und zunehmend in der Illusion bestand, selber in die besitzenden Klassen aufzusteigen, und sei es auch nur durch ein Stück Land. Damit ist es schon lange Schluß. Es wird den Massen aber auch immer bewußter. Das ist ein ausgezeichneter Nährboden für den Gedanken an soziale Revolution. Die soziale Revolution kann nur durch Politik vorbereitet und durch den bewaffneten Aufstand verwirklicht werden. Die Bourgeoisie sieht es gern und nicht ungern, wenn sich der Ekel über ihre politische Verkommenheit als Apathie gegenüber politischen Fragen auswirkt. In der gegenwärtigen Situation ist die Bourgeoisie direkt daran interessiert, von sich aus den Wahlkampf „formlos" zu halten. Da braucht sie Deppen wie Ford und Frömmler wie Carter. Die Bourgeoisie braucht sie um so mehr, als ihre wirklichen Pläne alles andere als deppig und verschwommen sind, sondern heimtückisch und handfest. Natürlich weiß die US-amerikanische Bourgeoisie, daß sie, wenn ihr die Arbeiterklasse und die Völker der Welt dazu Zeit lassen, um den Krieg mit ihrem Hauptrivalen, den Machthabern der anderen Supermacht, nicht herumkommt. Diesen Krieg bereitet sie genauso bewußt vor wie ihr Rivale. Dabei geht es um die Weltherrschaft. Das vergißt man leicht, wenn man die Figuren der Finanzbourgeoisie im Fernsehen rummachen sieht. Man darf es aber nicht vergessen. Die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt können dieses neue Blutbad durch die Revolution verhindern.

Die ZANU läßt sich von den Interessen des Volkes leiten

(Fortsetzung von Seite 1)

werden sollte als repräsentativ für die Ansicht der ZANU/ZAPU-Delegation. Entsprechend sollte, was immer Genosse Nkomo in seiner offiziellen Funktion als gemeinsamer Führer unserer gleichen Delegation sagen mag, verstanden werden als gemeinsamer Standpunkt und Auffassung unserer beiden Seiten. (...)

Kurz gesagt, wir sind hier nicht zusammengekommen, um über das Prinzip der Unabhängigkeit zu verhandeln. Das ist ein unveräußerliches Recht des Volkes von Zimbabwe, wie es in der Tat ein unveräußerliches Recht aller Völker ist. Sondern wir sind hier versammelt, damit diesem unserem Recht von der britischen Regierung ohne jede Zweideutigkeit stattgegeben wird. Deshalb halten wir heute genauso entschieden wie stets schon in der Vergangenheit daran fest, daß es die Verantwortung Großbritanniens als Kolonialmacht ist und niemandes sonst, unserem Recht auf Selbstbestimmung stattzugeben. Wenn nun die britische Regierung anerkennt, daß ihr Ziel für unser Land eine Unabhängigkeit ist, die den Interessen des ganzen Volkes von Zimbabwe dient und seine Wünsche erfüllen soll, und wenn, wie es Anthony Crossland, der britische Außenminister, in einer persönlichen Botschaft an mich vom 28. Oktober 1976 ausdrückte, die britische Regierung die Regierung ist, die für Rhodesien die verfassungsmäßige Verantwortung trägt, dann laßt uns hoffen, daß Großbritannien bereitwillig unserer Forderung nach Unabhängigkeit innerhalb der kürzest möglichen Zeit beipflichtet. Dementsprechend sollte Großbritannien mit der gebührenden Schnelligkeit und mit dem nötigen Nachdruck mit uns zusammen hier und jetzt ein fe- mit uns zusammen hier und jetzt ein festes Datum für unsere Unabhängigkeit innerhalb eines Zeitraums, der 12 Monate von jetzt an nicht überschreitet, festlegen.

Aus diesem Grund kann für uns der Ausgangspunkt nicht die Bildung einer Übergangsregierung sein, sondern es muß die Entscheidung über das Datum unserer Unabhängigkeit sein. Wenn das geschehen ist, dann führt uns der folgerichtige weitere Verlauf zur Bildung einer Übergangsregierung und zur Ausarbeitung einer wirksamen Regelung, die uns zur Unabhängigkeit führt. Das bedeutet natürlich, daß jede Übergangsregierung, welche auch immer eingesetzt wird, im Besitz der unbezweifelbaren politischen und physischen Macht sein muß, die sie befähigt, während der Übergangsperiode wirksam zu regieren. Unsere gemeinsame Delegation ist sich vollständig über den Zweck dieser Konferenz bewußt, wie er vom Vorsitzenden in seiner Eröffnungserklärung ausgeführt wurde, und sie geht an diese Konferenz mit großem Ernst heran. Wir sind jedoch beunruhigt und betroffen darüber, daß dieser bedeutsame Charakter dieser historischen Konferenz in hohem Maße untergraben werden könnte durch die unverständliche und sicherlich verdächtige Haltung der britischen Regierung, die sich trotz unserer wiederholten Aufforderungen weigert, hier in ihrem vollen Status als die Kolonialmacht, die zur Dekolonialisierung Zimbabwes bereit und gewillt ist, anwesend zu sein. Den hier versammelten Delegierten teile ich mit, daß wir auf dem Standpunkt stehen, daß diese Konferenz korrekterweise von Großbritannien als der Kolonialmacht geleitet werden sollte, die verfassungsmäßig für Zimbabwe verantwortlich ist. (...)

Obwohl wir dem zugestimmt haben, daß für den Augenblick die Frage des Vorsitzes dieser Konferenz (der britische Delegierte Richard ist nur Sonderbeauftragter der englischen Regierung und hat kein Mandat mit voller Verantwortung) uns nicht davon abhalten sollte, mit den anfänglichen Arbeiten dieser Konferenz fortzufahren, so haben wir der britischen Regierung doch klargemacht, daß wir uns das Recht vorbehalten, eine Verbesserung des Rangs des Vorsitzenden als eine Bedingung für unsere weitere Teilnahme zu stellen, falls die Verhandlungen später beweisen sollten, daß der derzeitige Vorsitzende für die Aufgabe, bestimmte wichtige Angelegenheiten zu befassen, schlecht ausgerüstet ist. (...)

Ich möchte jetzt zu einer anderen wichtigen Angelegenheit kommen. Tag für Tag werden Verbrechen ans Licht gebracht, die in unserem Land von den sogenannten Sicherheitskräften des faschistischen illegalen Regimes, angeführt vom Usurpatorenführer Ian Smith, begangen werden. Es gibt hier Völkermord, mutwillige Zerstörung von Eigentum. Ein dauernder Ausnahmezustand herrscht im Land: Wahllose Verhaftungen, Gefängnis, geheime Verfahren und geheime Hinrichtung mit dem Strang. Das ist der Zeitvertreib des Regimes. (...)

Ist es bei dieser Konferenz nicht unsere erste Pflicht zu fordern, daß diejenigen von unserem Volk sofort freigelassen werden, die gegenwärtig in Haft oder im Gefängnis gehalten werden oder die die Todesstrafe erwarten für politische Taten, die vom Usurpatoren-Regime als Straftaten hingestellt werden? Das ist äußerst notwendig, wenn diese Konferenz in einer Atmosphäre des guten Willens und der guten Absichten stattfinden soll.

Zum Abschluß will ich noch bemerken, Herr Vorsitzender, daß unsere Anwesenheit bei dieser Konferenz ein Zeichen für unsere Bereitschaft ist, die Methode friedlicher Verhandlungen zu verfolgen. Sie ist ein Zeichen dafür, daß wir gezwungen gewesen sind, den bewaffneten Kampf aufzunehmen, weil friedliche Verhandlungen sich fortgesetzt als Fehlschlag erwiesen haben. Wenn also diese Konferenz eine Regierung, wie wir sie wünschen, nicht herbeiführen wird, dann werden wir keine andere Wahl haben, als den Weg des Krieges fortzusetzen, um unsere Freiheit und Unabhängigkeit zu erlangen. Wir haben den Frieden stets geliebt, aber als wir den Frieden verloren, haben wir das Mittel des Krieges angewendet, um den verlorenen Frieden zu erringen.

Laßt uns in Genf Frieden erreichen, ein Scheitern wird notwendig den Fortgang des Krieges mit dem Ziel der Erreichung des Friedens bedeuten:"

Arbeiter im Kampf gegen AEG-Kapitalisten

(Fortsetzung von Seite 1)

Kaum hatte er jedoch dies gesagt, ging er sogleich daran, zu versuchen, die Kampfstimmung im Saal zu untergraben. Das ganze Übel läge an der ‚Berlinfeindlichkeit der Unternehmer'. Für diese Feststellung erhält er keinen Beifall. Der nächste Redner, Domeier, ebenfalls freigestellter Betriebsrat, setzt nach. Der Betriebsrat wolle die Schließung bekämpfen. – Beifall. – Früher habe der Betriebsrat der Geschäftsleitung schon vorgeschlagen, statt nur Motoren komplette Elektrogeräte zu bauen. Darauf habe die Geschäftsleitung nicht gehört, nun sei sie vollständig von der Berlinfeindlichkeit angefressen, Oldenburg sei doch der Minusfaktor, nicht die Ackerstraße, dort sei Plus gemacht worden. ‚Es sei zwar merkwürdig, wenn der Betriebsrat hier Vorschläge für die Schließung eines anderen Werkes mache, aber da der Unternehmer hier mit zweierlei Maß mißt, muß es uns gestattet sein, um unsere Arbeitsplätze zu kämpfen.' Vorstandsmitglied und Fachbereichsleiter Hoheisel konnte den Sozialdemokraten beruhigen: ‚Auch in Oldenburg sollen 120 bis 150 Arbeiter entlassen werden, Sie sehen, die Lasten werden auf beide Schultern verteilt.'

Traten die Sozialdemokraten gegen die Entlassungen auf, wurden sie durch starken Beifall unterstützt, die Spaltungsversuche stießen auf Ablehnung und Schweigen in der Belegschaftsversammlung; die Kapitalistenvertreter bekamen kein Bein an die Erde, sie wurden ständig mit Buh und Pfiffen unterbrochen.

Der Plan der Sozialdemokraten, die Belegschaft von AEG Ackerstraße für die Erhaltung der „Freien Stadt Berlin" und gegen die Arbeiter von Oldenburg und Vechta ziehen zu lassen, wird auf der Belegschaftsversammlung angegriffen.

Einer der Redner aus der Belegschaft stellt fest: ‚Überall wird immer mehr Umsatz mit immer weniger Arbeitern gemacht. Das ist die Strategie der Konzernleitung, und Cipa hat es am Tag vorher in der Abendschau ja auch gesagt: ‚Wir wollen mehr produzieren mit weniger Leuten.' Die Kollegen hier in der Ackerstraße erfahren das täglich am eigenen Leib, was das für die Arbeiter heißt: Die Gesundheit geht kaputt, die Akkorde werden ununterbrochen hochgeschraubt, der Lohn sinkt dabei noch. Vor allem die Akkordarbeiterinnen können ein Lied davon singen. Unser Ziel muß es sein, daß niemand entlassen wird und keiner im Lohn runtergesetzt wird, wenn es Umbesetzungen geben sollte. Aber wir dürfen uns auf keinen Fall dazu verleiten lassen, uns jetzt gegen andere Belegschaften ausspielen zu lassen. Nicht Berliner Arbeiter gegen westdeutsche Arbeiter, sondern gemeinsam gegen die Entlassungspläne.' Diese richtige Feststellung unterstützte die Belegschaft mit großem Beifall.

Bevor die versammelte Belegschaft weitere Schritte beraten und festlegen konnte, beendeten die Sozialdemokraten im Präsidium die Versammlung kurzerhand. Anschließend wurde in den vielen Diskussionen nicht über Hilferufe an den Senat und über die ‚Berlinfeindlichkeit' von AEG diskutiert, sondern über Streik. Dem AEG-Vorstand soll ein Ultimatum gestellt werden, bis wann er bekanntzugeben hat, daß die geplanten Maßnahmen zurückgenommen sind. So ist das auch richtig. Arbeiterinteressen und Kapitalisteninteressen sind unversöhnlich. So müssen sie auch behandelt werden."

III. ordentliche Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Am 30. Oktober ist die III. ordentliche Delegiertenkonferenz des KBW durchgeführt worden, 276 Delegierte vertraten die rund 2500 Mitglieder. Der Politische Bericht des Zentralen Komitees sowie eine Resolution zu organisatorischen Maßnahmen wurde beraten und einstimmig verabschiedet. Der Politische Bericht des ZK war zuvor bereits 6 Wochen in den Zellen und auf Bezirksdelegiertenkonferenzen beraten worden. Das Zentrale Komitee wurde gewählt. Auf seiner konstituierenden Sitzung hat das Zentrale Komitee jeweils einstimmig einen Ständigen Ausschuß sowie einen Sekretär und einen stellvertretenden Sekretär gewählt. Im Anschluß an die III. ordentliche Delegiertenkonferenz fanden am 31. Oktober die Delegiertenkonferenzen der Regionen Nord, Mitte und Süd statt. Es wurden Regionalleitungen gewählt.

Der Politische Bericht des Zentralen Komitees wird in der nächsten Nummer von Kommunismus und Klassenkampf veröffentlicht werden.

Der Marxismus-Leninismus führt die Arbeiterklasse zum Sieg

An den Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Genossen Hua Guo-feng

Das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) sendet Ihnen, Genosse Hua Guo-feng, zu Ihrer Ernennung zum Vorsitzenden des ZK der ruhmreichen Kommunistischen Partei Chinas seine revolutionären Grüße. Die Kommunistische Partei Chinas ist von Genossen Mao Tsetung gegründet worden und hat unter Führung des Vorsitzenden Mao Tsetung im Klassenkampf und im Kampf der zwei Linien sich jahrzehntelang gestählt und sich stets durch den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen leiten lassen. Die Kommunistische Partei Chinas hat das chinesische Volk in der neudemokratischen Revolution zum Sieg über Imperialismus, bürokratischen Kapitalismus und Feudalismus geführt. Sie hat die chinesische Arbeiterklasse und die chinesischen Volksmassen zum Sieg in der proletarischen Revolution geführt. Unter ihrer Führung hat die chinesische Arbeiterklasse die Diktatur des Proletariats errichtet und am Klassenkampf festgehalten, um die Diktatur des Proletariats zu festigen und Schritt für Schritt den Kommunismus aufzubauen. Unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze hat die chinesische Arbeiterklasse den Marxismus gegen den modernen Revisionismus verteidigt, die Große Proletarische Kulturrevolution durchgeführt und die Restauration des Kapitalismus verhindert, um fortzuschreiten auf dem Weg zum Kommunismus.

Unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit dem Genossen Mao Tsetung an der Spitze hat die Arbeiterklasse den Kampf gegen die Revision der gerechten Urteile der Kulturrevolution aufgenommen und so erneut allen Versuchen der Restauration des Kapitalismus einen Riegel vorgeschoben. All diese Siege der chinesischen Arbeiterklasse und des chinesischen Volkes bedeuten eine große Ermutigung für das internationale Proletariat und die Völker der Welt im Kampf gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker. Nach dem Tod des Genossen Mao Tsetung, den die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt tief betrauern, hat die Kommunistische Partei Chinas, hat die chinesische Arbeiterklasse und hat das chinesische Volk Trauer in Kraft verwandelt und weitere Siege im Klassenkampf errungen. Der Genosse Mao Tsetung hat gesagt: „Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen." Getreu dieser Weisung des Vorsitzenden Mao Tsetung wird die Kommunistische Partei Chinas unter Führung ihres Zentralkomitees, mit Ihnen, Genosse Hua Guo-feng, an der Spitze, die chinesische Arbeiterklasse und das chinesische Volk zu weiteren Siegen führen und den Marxisten-Leninisten wie bisher ein großes Beispiel sein.

gez. Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

An den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Genossen Enver Hoxha
An das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens

Das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) grüßt den siebten Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens. Der siebte Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens findet in einer Situation großer Fortschritte im Aufbau des Sozialismus in Albanien statt. Er ist eine große Ermutigung für alle Marxisten-Leninisten und die internationale Arbeiterklasse.

Der siebte Parteitag beginnt am Vorabend des 35. Jahrestages der Gründung der Partei der Arbeit Albaniens, unter deren Führung die albanische Arbeiterklasse und das albanische Volk große Siege in der Befreiung Albaniens, der Eroberung der Volksmacht, der Errichtung der Diktatur des Proletariats und im Aufbau des Sozialismus errungen haben.

Die albanische Arbeiterklasse und die albanischen Volksmassen haben unter Führung der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze wichtige Beiträge zum Sieg im antifaschistischen Krieg der Völker Europas und der Welt gegen den deutschen Reichsimperialismus und Hitlerfaschismus geleistet. Durch bewaffneten Kampf hat das albanische Volk sein ganzes Land von den deutschen und italienischen Faschisten befreit. Diese Truppen haben dem albanischen Volk großes Leid zugefügt, zahllose Verbrechen begangen, Land und Produktionsmittel verwüstet. Der revolutionären Erhebung des albanischen Volkes sind sie unterlegen.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) unterstützt entschieden die Reparationsforderungen der Volksrepublik Albanien an den BRD-Imperialismus und die Regierung der BRD. Diese Forderungen der Volksrepublik Albanien sind unwiderlegbar und vollständig gerecht.

Alle Marxisten-Leninisten schätzen den Beitrag der Partei der Arbeit Albaniens im Kampf gegen den modernen Revisionismus hoch. Von Anbeginn an hat die Partei der Arbeit Albaniens den Revisionismus der KPdSU-Führer bekämpft, entlarvt, den Marxismus-Leninismus verteidigt und weiterentwickelt und entscheidend zum Sieg des Marxismus-Leninismus über den Revisionismus beigetragen.

Die glänzenden Erfolge der albanischen Arbeiterklasse und des albanischen Volkes unter Führung der Partei der Arbeit Albaniens im Aufbau des Sozialismus erfüllen Imperialismus und Sozialimperialismus mit Haß, stacheln sie zu immer erneuter Sabotage und Subversion an. Aber all ihre Versuche werden durch das revolutionäre Albanien zerschlagen. Der Entspannungsschwindel, den die beiden Supermächte mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa betreiben, um ihren Kampf um Vorherrschaft über Europa und die Vorbereitung des imperialistischen Krieges zu tarnen, wird durch das revolutionäre Albanien aufgedeckt und die Wachsamkeit der Völker gestärkt.

Albanien ist heute ein blühendes sozialistisches Land, die Diktatur des Proletariats gefestigt. Im ganzen Land wird der Verfassungsentwurf für die sozialistische Volksrepublik Albanien von den Volksmassen diskutiert. Der Aufbau des Sozialismus in Albanien ist ein großer Ansporn für die Arbeiterklasse aller Länder, den Klassenkampf siegreich zur proletarischen Revolution zu führen, Imperialismus und Sozialimperialismus niederzuschlagen und den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Zentrales Komitee
des Kommunistischen Bundes
Westdeutschland (KBW)
gez. Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitees

Die westdeutsche Finanzbourgeois kaufen Fabriken der britischen Imperialisten auf

In ihrem Kampf um die Vorherrschaft unter den westeuropäischen Imperialisten haben es die westdeutschen Finanzbourgeois vor allem mit den britischen Monopolen zu tun. Nach ihrem zweiten verlorenen Weltkrieg hatten sie dabei eine schwierige Ausgangslage. Nun setzen sie sich mehr und mehr gegen diesen mächtigen Konkurrenten durch. Man sieht diese Veränderung an der Masse des Kapitals, das die eine Bourgeoisie im Land der anderen besitzt. Noch Ende 1974 erreichte der westdeutsche Kapitalbesitz in Großbritannien nur ein Viertel des britischen Vermögens in Westdeutschland. Seither haben die westdeutschen Imperialisten 772 Millionen DM Kapital nach Großbritannien exportiert, während die britischen Imperialisten in umgekehrter Richtung nur noch 290 Millionen DM Kapital zur Akkumulation ins Land ihres Konkurrenten bringen konnten. Die westdeutschen Bourgeois holen in diesem Konkurrenzkampf gewaltig auf, ihre Waffen dazu pressen sie aus der westdeutschen Arbeiterklasse.

(Bundesanzeiger 203, Stand 30. 6.76)

DDR: „Soziale" Maßnahmen

In der DDR traten zum 1.10.1976 die neuen „sozialen Maßnahmen" in Kraft. Eine dieser „sozialen Maßnahmen" ist die Streichung der unteren Lohngruppen 1 und 2. Im Bezirk Halle/Saale traf ich einen älteren SED-Genossen, der berichtete: „Ich arbeite in einer volkseigenen Textilfabrik. Bei uns arbeiten fast alle Kollegen im Leistungslohn. Bei Übererfüllung der Norm gibt es, gestaffelt nach Lohngruppen und jeweiliger Durchschnittsleistung der Arbeitsgruppe, unterschiedliche Leistungszulagen. In der Lohngruppe 2 arbeiteten bisher die Kollegen in der Verpackung. Um die Norm für ihre Arbeit zu erreichen, mußten sie bisher 100 Jacken in 8 Minuten verpacken. Ich bin länger als 20 Jahre Genosse und schon allerhand gewöhnt ..., aber selten wurde so unverschämt betrogen! Bei den Verpackern wurde einfach die Norm erhöht. Für die 100 Jacken gibt es jetzt nur noch 7,2 Minuten. Viele Kollegen wissen das noch nicht so richtig. Dadurch kommen sie ja dann auch schlechter an ihre Leistungszulage ran. Das ist wirklich glatter Betrug! Die polnischen Arbeiter sind da weiter, die lassen sich schon nicht alles bieten!" – (wo., Oldenburg)

Rentenprogramm der Finanzbourgeoisie: Tanz der Vampire

„Es gibt kein Problem in der Rentenversicherung, es gibt nur ein Problemchen.“ So hatte Bundeskanzler Schmidt im Fernsehen vor vier Wochen erklärt. Das war vor den Wahlen. Nach den Wahlen haben die Versicherungen dieses „Problemchen“ beziffert. Sie sprechen von einem Fehlbetrag von 11,2 Milliarden DM im Jahre 1977. In den folgenden Jahren würde das Defizit noch steigen.

Tatsache ist, daß 1975 in der Arbeiterrentenversicherung 3,756 Millionen Rentner eine Rente unter 800 DM bezogen haben und die amtliche Statistik ihrem zurechtfrisierten Musterrentner 4,36 DM pro Tag fürs Essen zubilligt. Rund 10 % der Rentenanträge werden Jahr für Jahr abgelehnt. Daran muß man sich erinnern, um zu ermessen, was die Bourgeoisie vorhat, wenn sie nun von einem „Sanierungsprogramm“ spricht.

„Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände warnte vor einer weiteren Verschleppung der Probleme im Rentenbereich.“ Das berichtete am 21. Oktober die „Süddeutsche Zeitung“. Letzte Woche hat die Bundesregierung gespurt und folgende erste Beschlüsse gefaßt. Erstens sollen aus dem Vermögen der Rentenversicherungen, das knapp 50 Milliarden DM umfaßt, Wertpapiere für 3,7 Milliarden DM verkauft werden. Weitere 2,75 Milliarden DM sollen dadurch in die Kasse der Versicherung kommen, daß die Bundesregierung einen Teil ihrer Schulden zurückzahlt. Sie hatte sich dieses Geld zur Finanzierung ihrer Staatsausgaben aus der Rentenkasse geholt. Das Vermögen der Rentenversicherung ist aufgehäuft aus Lohngeldern der Volksmassen, die als Beiträge an die Rentenkasse geflossen sind. Die Bourgeois und ihre Regierung haben sich diese Gelder „entliehen“ und in Kapital rückverwandelt.

Sie lassen sich damit Fabriken bauen und verschärfen Ausbeutung und Unterdrückung. 22 % aller Neuinvestitionen haben sie 1973 aus den Sozialversicherungen finanziert. Jetzt heult die gesamte Bourgeois-Presse, daß diese Quelle zur Bildung von Kapital nicht versiegen darf. „Sicher ist nur, daß jede Lösung zu einer ernsten Belastung des Kapitalmarktes führen muß“, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 22. Oktober.

Für das Geld, das die Kapitalisten und ihre Regierung aus der Versicherung geholt haben, gaben sie Anleihen, Schuldscheine, Schatzbriefe und andere Wertpapiere. Diese Papiere werden von den ausgebenden Kapitalisten erst nach mehreren Jahren wieder in Geld eingetauscht. An der Börse werden diese Papiere ähnlich wie Aktien gehandelt. Müssen die Versicherungen viele Papiere verkaufen, so drücken die Finanzbourgeois dort den Kurs. Die Versicherung kann nicht mehr ebensoviel Geld erlösen, wie sie einst für die Papiere hingegeben hat. Die Bourgeois machen Kasse.

Es ist nicht verwunderlich, daß die Finanzen der Rentenversicherung gerade jetzt in eine Krise kommen. Zuletzt mußte in der Wirtschaftskrise von 1966/67 das Vermögen der Rentenversicherung angegriffen werden. Die Kapitalisten haben die Versicherungsbeiträge an die Lohnhöhe gebunden und ziehen die Hälfte direkt vom Bruttolohn ab. So schränkt jede Krise, die hunderttausende Arbeiter auf die Straße wirft und die an die Arbeiterklasse gezahlte Lohnsumme senkt, die Beitragszahlungen ein. Auf der anderen Seite nimmt die Zahl der Rentner kurzfristig zu, weil die Kapitalisten die verbrauchten Arbeitskräfte aussondern und verrenten. Die Einnahmen reichen nicht mehr für die Ausgaben, und die Kapitalisten nutzen das Finanzierungssystem, um ihr imperialistisches Sanierungsprogramm durchzusetzen.

Die Hauptschuld an den ganzen Schwierigkeiten trage der Rentenberg. Das sagen die Bourgeois. Es seien zu viel Rentner und sie würden zu alt.

Millionen von Arbeiter haben die Imperialisten für ihre imperialistischen Interessen in zwei Weltkriegen in den Tod geschickt. Millionen Arbeiterfamilien konnten in den tiefen Wirtschaftskrisen keine Kinder haben, weil sie sie nicht hätten ernähren können. Die Jahrgänge, die weniger als andere als Kanonenfutter dienen mußten oder in Zeiten relativer Prosperität geboren wurden, bilden nun den „Rentenberg“. Das beweinen die Bourgeois. Der Berg soll abgebaut werden, die Rentner sollen unter die Erde. Dann wird auch die Verwandlung von Lohn in Kapital wieder funktionieren; so wie nach 1966/67. Bis Ende 1970 war das Versicherungsvermögen auf 27 Milliarden DM gesunken. Bis 1973 wurden die Beitragssätze, die vom Bruttolohn abgezogen wurden, von 7 % auf 9 % erhöht. Gleichzeitig ließ die Erniedrigung der Renten die Sterbeziffern ansteigen. So konnten die Kapitalisten Ende 1975 wieder auf ein Vermögen von knapp 50 Milliarden DM zurückgreifen. Ein wahrer Jungbrunnen für die Investitionslust der Kapitalisten.



Zu diesem Ziel weist die zweite von der Regierung beschlossene Maßnahme. Ab Mitte 1977 sollen die Rentenversicherungen weniger Beiträge an die Krankenkassen bezahlen. 1975 wurden rund 13 Milliarden DM von der Rentenkasse an die Krankenkasse überwiesen. 1977 soll dieser Betrag um 3 Milliarden DM gekürzt werden. Das ist ein übles Manöver. Gleich nach Bekanntwerden der Beschlüsse hat der Hauptgeschäftsführer der Ortskrankenkassen, Hans Töns, im „Mannheimer Morgen“ vom 29.10. angekündigt, daß die Beitragssätze der AOKs damit von durchschnittlich 11,3 % auf 12,5 % erhöht würden. Über die Krankenkassen, die in einige hundert Einzelkassen zersplittert sind, ließe sich eine Beitragserhöhung einfacher durchsetzen, denken sich die Frei- und Sozialdemokraten. Man kann es nachlesen in ihrem Sozialbericht 1976. Dort ist die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge schon bis 1979 im voraus geplant. Ein weiterer Teil des Lohns soll durch Beitragserhöhungen zur Sozialversicherung in die Verfügung der Kapitalisten gebracht werden.

Doch das Regierungskonzept beläßt es dabei noch nicht. 18,3 Milliarden DM haben die gesetzlichen Krankenversicherungen im letzten Jahr für die Rentner ausgegeben. Die verrenteten Arbeiter haben ein Leben lang ihre Arbeitskraft verkauft. Der Kapitalist ist reich geworden dadurch und wird steinalt. Der Arbeiter ist arm geblieben und sein Körper ist abgenutzt. Die medizinische Versorgung ist teuer. Zu teuer sagen die Kapitalisten. Die „Welt“ fordert „Ballast abwerfen“ und die „Frankfurter Allgemeine“ vom 29. führt aus, die Ärzte und Krankenhäuser müßten ihr „Leistungsangebot“ einschränken. So denken sich die Bourgeois die Beseitigung des Rentenberges.

Mit den bisher genannten Maßnahmen sollen 9,4 Milliarden DM zusätzlich in der Rentenkasse sein. Es fehlen also noch 1,8 Milliarden DM. Deshalb behauptet die Bundesregierung kurzerhand, um 3 Milliarden würden die Beitragseinnahmen steigen durch nominal erhöhte Löhne und angeblichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Das offenbart dreierlei. Erstens wird insgeheim schon ein Defizit von über 11 Milliarden DM eingeplant. Zweitens sollen die Renten durch die Inflation drastisch gedrückt werden, sonst könnten nicht die auf Nominallohn berechneten Beiträge steigen, die Ausgaben für Renten aber bleiben. Drittens versuchen die Bourgeois bekanntlich alles, um die Löhne zu drücken und selbst den Geldbetrag des Lohnes nicht steigen zu lassen; die Arbeitslosigkeit geht nicht zurück. Die Sozialdemokraten sind Betrüger und haben die Senkung der Renten und Beitragserhöhungen schon eingeplant.

Die Arbeiter können auf die Rentenversicherung nicht verzichten. Der Kampf darum ist unvermeidlich. Das wissen auch die Bourgeois. Deshalb haben sie seit Bismarck die Rentenversicherung in ihre Gewalt und unter die Aufsicht ihres Staatsapparates gebracht. Der Kommentar der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 29. Oktober fordert, es müsse rasch gehandelt und auf alle Maßnahmen verzichtet werden, die „lange politische Diskussionen auslösen würden“. Alle Vorschläge, die durch die bürgerliche Presse gehen, wie Einfrieren der Renten, Anhebung der Beitragssätze, Berechnung der Renten nach dem Nettolohn oder Abzug eines Krankenkassenbeitrages von der Rente, laufen auf Kürzung der Renten und des Lohnes und Kürzung der Lebenszeit der Rentner hinaus. Die Arbeiterklasse kämpft dafür, daß die Versicherungen von den Lohnabhängigen selbst verwaltet werden, für die Erhöhung der Renten auf mindestens 75 % eines Facharbeiterlohns; regelmäßige und gleichzeitige Erhöhung der Renten mit den Löhnen, Bestreitung aller Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten. – (fb)

Katalog des Bundesministeriums für Forschung und Technologie:

Expansion und Kriegsvorbereitung

Jedes Jahr gibt das Bundesministerium für Forschung und Technologie einen Katalog heraus, in dem alle vom imperialistischen Staat finanzierten Forschungsprojekte aufgelistet sind.

Zu den geförderten Einzelvorhaben kommen noch beträchtliche Summen für sogenannte „institutionelle Förderungen“ für Forschungsinstitute. Die folgende Tabelle listet die *gesamten Kosten* 1974/75 auf:

für Einzelvorhaben	1974	1 772 Mio DM
	1975	2 058 Mio DM
für institutionelle Förderung	1974	1 343 Mio DM
	1975	1 560 Mio DM
	insgesamt	6 733 Mio DM

(Nicht enthalten sind „Leistungen“ an internationale Einrichtungen, die rund 810 Millionen DM betragen.)

Über 7 Milliarden DM hat die Bourgeoisie den Lohnabhängigen über die Finanzierung des Staatshaushaltes für die imperialistische Forschung abgepresst. Gezahlt werden diese 7 Milliarden DM meist an die Kapitalisten direkt oder an Universitätsinstitute, die in ihrem Auftrag forschen.

Absolute Priorität in der gesamten Forschung hat die Energie- und insbesondere die Kernenergieforschung.

Dann folgen Datenverarbeitung und Weltraum- und Luftfahrtforschung mit Abstand.

Energieforschung	1974	1 193,3 Mio DM
	1975	1 475,5 Mio DM
Datenverarbeitung	1974	403,5 Mio DM
	1975	439,4 Mio DM
Weltraum- u. Luftfahrtf.	1974	391,9 Mio DM
	1975	381,8 Mio DM
Kernforschung	1974	277,6 Mio DM
	1975	298,9 Mio DM

Das ganze Ausmaß der Kernenergieforschung wird darin noch verhüllt: So enthält die Kolonne „Kernenergie“ nur die Kosten für die gesamte Grundlagenforschung über Atomkerne und Elementarteilchen usw., während unter „Energieforschung“ alle Kosten vom Bau von Kernkraftwerken bis zur Uranbeschaffung aufgeführt sind. Insgesamt wurden ausgegeben für die Energie- und Kernenergieforschung:

1974	1 470,9 Mio DM
1975	1 774,4 Mio DM
insgesamt	3 245,3 Mio DM

48,2 % aller Forschungsausgaben des imperialistischen Staates liegen also in diesem Bereich! Von den 10 aufwendigsten Projekten im Jahr 1975 sind allein 7 auf den Bau von Kernkraftwerken gerichtet, darunter die ersten 4 Projekte.

Diese Ausgaben und Anstrengungen der westdeutschen Finanzbourgeoisie auf dem Energiesektor sind nicht zufällig. Die Bourgeoisie muß expandieren gegen die heftige Konkurrenz der anderen Imperialisten. Grundlage ihrer Konkurrenzfähigkeit ist der Grad der Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse. Die Schlagkraft, die die Kapitalisten dabei erreichen können, hängt mit ab vom Umfang der Energiequellen, über die sie verfügen. Die Entwicklung der Produktivkräfte verlangt Riesenmassen an Energie und besonders elektrische Energie. Von 1950 bis 1975 ist die Stromerzeugung in der BRD von 44 Milliarden Kilowattstunden auf rund 300 Milliarden Kilowattstunden gestiegen.

Diese materielle, die strategische Basis des BRD-Imperialismus auf dem Energiesektor ist eng:

Im Gegensatz zu anderen Imperialisten verfügt der BRD-Imperialismus nicht über nennenswerte Erdöl- und Erdgasvorkommen. Mit Kernenergie kann hier Abhilfe geschaffen werden, hofft die Bourgeoisie. Für dieses große Projekt setzt sie ihren Staatsapparat ein. Jedes Projekt ihres Forschungsprogramms trägt ihrer Gier nach imperialistischer Herrschaft Rechnung:

Bereich „Uranversorgung“:

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften in Hannover bekommt 280 000 DM für „Erfassung und Klassifzierung der Uranerzlagerstätten der Erde zur Erarbeitung der Grundlagen für die Auswahl von Uranprospektionsgebieten.“

Wohlgemerkt, das Uranerz „der Erde“ beansprucht die Bourgeoisie damit. Die geförderten Prospektionsfahrten (Erkundungsfahrten) gehen in die ganze Welt:

Ausgaben nach Gebieten in Mio DM:	
USA	21,1
Australien	15,2
Brasilien	12,0
Kanada	7,3
BRD	7,3
Togo/Rep. Niger	6,4

Nochmal 23,3 Millionen DM bekommen die „Uranerzbergbau GmbH Bonn“ und die „Urangesellschaft mbH Frankfurt“ für „Regiekosten“ bei der Durchführung der Erkundungen.

Breiten Raum nimmt das „Entwicklungsprogramm“ neuer Kernkraftwerke ein. Zur Entwicklung von *Leichtwasserreaktoren* soll vor allem ein „Spannbetonreaktordruckbehälter“ entwickelt werden. Mit insgesamt 12,2 Millionen DM wird dafür an den Universitäten Stuttgart, Karlsruhe und Bochum sowie an der Technischen Universität München und Aachen geforscht.

Im Entwicklungsprogramm für *gasgekühlte Hochtemperaturreaktoren* stellt der Staat 547,5 Millionen DM bereit.

Den Löwenanteil im Rahmen dieses Projekts bekommt die „Hochtemperatur-KKW GmbH Uentrop“ für die Errichtung eines „300-MWE-THTR-Prototyp-Kernkraftwerks“ mit 458 Millionen DM. Bis 1977 soll es stehen.

Für 15 Millionen DM soll die „HTR-Bau GmbH Köln“ die „Übertragung des 1160 MWE HTR-Kernkraftwerks der Firma Gulf auf deutsche Verhältnisse“ prüfen. (HTR: Hochtemperaturreaktor) Im Programm *„schnelle Brutreaktoren“* wird die „Schnellbrüterkernkraftwerksgesellschaft mbH Essen“ mit der „Errichtung eines 280-MWE Prototyp-KKW“ beauftragt. Kosten sind 870 Millionen DM. Stehen soll es bis 1979.

Unabdingbar für die Pläne der Kapitalisten ist eine *Wiederaufbereitungsanlage*. Sie ist notwendig für die radioaktiven Abfälle sowie für die Wiederaufbereitung der noch brauchbaren Bestandteile des Abfalls zu Kernbrennstoff. Mit 133 Millionen DM wird daher die „Entsorgung von Kernkraftwerken“ vorbereitet.

Die Anlage, die in Karlsruhe bereits besteht, wird mit 66 Millionen bis 1977 ausgebaut.

Ebenfalls bis 1977 soll ein *Plutoniumlager* entstehen, „Phase II“ der Planung ist bereits abgeschlossen. 23 Millionen bekommt die „Alkem GmbH Hanau“ für dieses Projekt unter den Obertitel „Rückführung von Plutonium in thermische Reaktoren“.

Für die große Anlage der „Kewa GmbH“ in Niedersachsen wurden 8 Millionen DM bis 1978 zur „Untersuchung eines Standorts“ vergeben. Die Volksmassen bekämpfen den Bau solcher Anlagen, weil sie die Ruinierung der Landwirtschaft durch Verseuchung der Erde und Vergiftung der Volksmassen zur Folge haben.

Das große Interesse der Finanzbourgeoisie an diesen Anlagen hat noch einen zweiten Grund: Sie bilden die Voraussetzung zum Bau eigener Atomwaffen.

Die Konkurrenz der Imperialisten um Absatzmärkte und Rohstoffquellen läuft auf Krieg hinaus. Das weiß die Bourgoisie und bereitet sich darauf vor.

Im Falle „politischer Verwicklungen“ seien 26 Tonnen Uran leichter zu beschaffen als 2 Millionen Tonnen Öl, hebt die Broschüre des HEW/NWK hervor. „Beschaffen“, das ist deutlich. Die Untersuchung über die *Sicherheit der Kernkraftwerke* ist folgerichtig auf den Kriegsfall zugeschnitten. Die „Berstsicherheit“ und die Festigkeit gegen Beschuß werden untersucht: „Verhalten von Materialien und Bauteilen des Reaktorbaus gegen aufschlagende Fragmente und Projektile unterschiedlicher Masse und Auftreffgeschwindigkeit“. Als Projektleitung bekommt die „Fraunhofer Ges. zur Förderung der angewandten Forschung e.V.“ 3 Millionen dafür. Es handelt sich dabei um die Forschungsanstalt der Bundeswehr.

Im Bereich der „Nicht-Nuklearen Energieforschung“ nimmt den größten Teil mit 352 Millionen DM die Entwicklung von Techniken zur *Kohlevergasung und Kohleverflüssigung* ein.

In einer Broschüre der Bundesregierung heißt es dazu: „In Deutschland wurden früher bereits Anlagen zur Verflüssigung und Vergasung der Kohle betrieben, sie wurden jedoch bei Kriegsende (!) demontiert oder später aus wirtschaftlichen Erwägungen stillgelegt. Die heutigen Technologien und Entwicklungen bauen weitgehend auf den in der Vergangenheit gesammelten Erfahrungen auf.“ (Aus einer „Bürgerinformation“ der Bundesregierung) Früher, das war 1939 bis 1945.

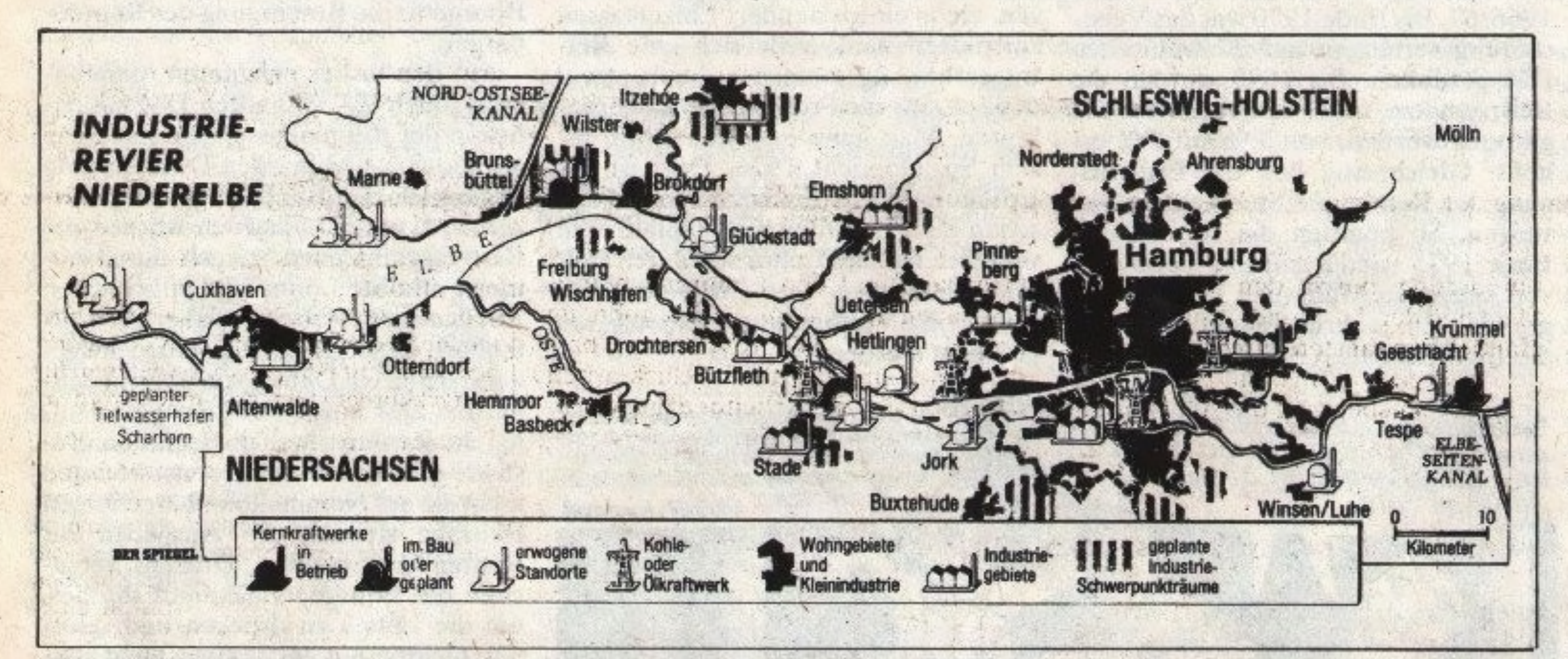
Unmassen von Treibstoff brauchen die imperialistischen Armeen. Zwar verfügt der BRD-Imperialismus über größere Kohlevorräte, nicht jedoch über Erdöl im nötigen Umfang.

Vor dem Zweiten Weltkrieg ging die deutsche Bourgeoisie daher daran, aus Kohle Treibstoff herzustellen. Jetzt wieder, wenn auch mit verfeinerten Methoden. Für 34 Millionen DM finanziert sie ein „Entwicklungsprogramm für einen Hochtemperaturreaktor zur Verwendung für die Kohlevergasung“.

Die ganze Anarchie und die Verfaulung des Imperialismus zeigen sich krass am Beispiel des Kohleabbaus.

Anfang der sechziger Jahre wurde die Steinkohle als Energielieferant von den Kapitalisten durch das Erdöl ersetzt. Die Ölquellen der Länder der Dritten Welt wurden für einen Spottpreis ausgeraubt. In den letzten drei Jahren mußten die Imperialisten scharfe Schläge der Ölländer einstekken. Jetzt bereitet sich die Bourgeoisie auf den imperialistischen Krieg vor. Einen Beitrag dazu: der Ausbau der Energiebasis im eigenen Land. Füf 5 Millionen DM läßt sie also von der „Bergbau Forschung GmbH“ das „Steinkohlebergwerk der Zukunft“ erforschen. Für nochmal 7 Millionen DM die „Entwicklung und Integration von Planungsmodellen für den Steinkohlebergbau der BRD“. – (j., Hannover/Red.)

Die Arbeiter und Bauern können den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf verhindern



In der Unterelbregion sind die Bedingungen für die Profitproduktion günstig: Durch die Nähe zum Meer können die vom Rohstoffimport abhängigen Kapitalisten Transportkosten sparen und zugleich das ganze Gift in die Elbe abkippen. Der Bau von Kernkraftwerken soll ihnen Energie zu niedrigem Preis verschaffen, was die Profite nocheinmal erhöht.

Die Ruinierung der letzten Fischer und der Bauern in der Unterelbregion wird dadurch beschleunigt. 66 000, fast jeder zweite, wurden in Schleswig-Holstein innerhalb von zehn Jahren aus der Landwirtschaft vertrieben und vergrößern die industrielle Reservearmee des Kapitals. Im Kreis Steinburg zum Beispiel schwankt die Arbeitslosigkeit zwischen 6,7 und 7,6 Prozent. Die Vierlande, eines der größten Obstanbaugebiete, werden durch die Industrieansiedlung völlig zerstört. Den Bauern in der Wilster Marsch wird durch die radioaktive Verseuchung ihrer Bewässerungsgräben die Milch- und Viehwirtschaft kaputtgemacht, was einen von fünf Bauern die Existenz kosten wird. Deshalb wird der Bau der Kernkraftwerke bekämpft.



Nur mit Hilfe ihres staatlichen Gewaltapparates kann die herrschende Klasse hoffen, ihre Absichten gegen die Volksmassen durchsetzen zu können. Drei Hundertschaften Polizei, zwei Hundertschaften Werkschutz haben in der Nacht zum 26.10. den Bauplatz besetzt und – mit NATO-Draht eingezäunt, durch scharfe Schäferhunde bewacht – in eine Festung verwandelt. Die CDU-Landesregierung hatte zuvor erklärt, daß mit dem Bau nicht begonnen wird vor gerichtlichen Entscheidungen. Ein Bauer, Vorsitzender der Bürgerinitiative und CDU-Mitglied, erklärte gegenüber dem Fernsehen: „Wir halten in unserer Bürgerinitiative nichts von einer Besetzungsaktion ... Wir fordern von diesen Politikern, daß, wenn Brokdorf genehmigt wird, keine sofortige Vollziehbarkeit durchgezogen wird. Das ist doch unser vornehmes Recht als Bürger, und wir dürfen gegen jede Baumaßnahme Einspruch erheben. Sollte die Regierung unser vornehmes Recht nicht respektieren, dann schließlich werde ich zustimmen, daß wir eine Besetzung durchführen werden."

Die Polizeibesetzung erklärte Stoltenberg im Landtag: „Es muß doch jeden in diesem hohen Hause mit Befriedigung erfüllen, daß es möglich war, den Baubeginn ohne Ausschreitungen und rechtswidrige Zwischenfälle durchzusetzen, die wir leider in anderen Teilen der BRD erlebt haben." Die Landesregierung habe aus Wyhl gelernt, jubilierte die bürgerliche Presse.



Die Bürgerinitiativen haben für Samstag zu einer Kundgebung am Bauplatz aufgerufen. Über 5 000 nahmen an dieser Kundgebung teil und demonstrierten ihren Willen, die Polizeibesetzung und den Bau des Kernkraftwerks nicht hinzunehmen. Es ist noch nicht gelungen, die Einheit der Bewegung gegen den bürgerlichen Staat herzustellen. Zum Beispiel gab es Transparente, die dazu aufriefen, den Weg des Gesetzes zu beschreiten.

Deswegen ist es auch noch nicht gelungen, einheitliche Aktionen gegen die Polizeibesetzung und den Baubeginn durchzuführen. An mehreren Stellen wurde der Bauzaun durchbrochen, Teile des Platzes wurden besetzt, und es wurde eine Kundgebung auf dem Bauplatz durchgeführt. Das war ein Schlag gegen den Bau des Kernkraftwerks und die Staatsgewalt. Zum Schluß konnte die Polizei noch einen teilweisen Erfolg erringen. Teile der Bewegung wollten sich auf dem Platz, der von der Polizei zu einer Falle gemacht wurde, festsetzen, anstatt sich organisiert zurückzuziehen. Der KBW rief dazu auf, den Kampf organisiert weiterzuführen, indem die Einheit der Arbeiter und Bauern hergestellt wird, die die Kraft gibt, den von der bürgerlichen Staatsmacht besetzten Bauplatz erneut anzugreifen, in die Hand zu bekommen und den Bau des Kernkraftwerks zu verhindern. Um diese Einheit voranzubringen, setzt sich der KBW dafür ein, spätestens in zwei Wochen eine Massenveranstaltung beim Platz durchzuführen.
(Red., nach Berichten)

Wyhl. Auf der Veranstaltung der „Volkshochschule Wyhlerwald" waren zirka 1 000 Menschen. Über die Bürgerkriegsaktion in Brokdorf wurde von einem Vertreter der Bürgerinitiativen berichtet. Beschlossen wurde ein Schweigemarsch von Wyhl nach Freiburg. Auf dem Bauplatz wurde eine Spendensammlung zur Unterstützung des Kampfes in Brokdorf durchgeführt. Auf einer Bauplatzbegehung wurden sämtliche Meßstellen der Landesregierung mit Forderungen: Kein Kernkraftwerk in Wyhl – das Volk hat längst entschieden! versehen.

Hamburg. Acht Arbeiter von Haller-Meurer haben erklärt: „Das Kraftwerk und die nachfolgende Industrie nutzen dem Profitinteresse der Kapitalisten. Es zerstört die Grundlage für die Landwirtschaft ... Wir Arbeiter von Haller-Meurer solidarisieren uns mit Eurem Beschluß, den Bauplatz des Atomkraftwerks zu besetzen und den Bau zu verhindern."

Essen. Die Aktion Umweltschutz hat gegen den Polizeieinsatz in Brokdorf protestiert und sich mit den Demonstrationen der BUU am Wochenende solidarisiert. Sie will ihren Kampf gegen den Bau von Kernkraftwerken in Hamm und Wesel verstärken.

Kellinghusen / Schleswig-Holstein. Entschließung von sechs Soldaten der Ausbildungskompanie 8/6 Liliencron-Kaserne Kellinghusen: „... Atomkraftwerke dienen den Kapitalisten und nicht dem Volk. Darum werden Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz eingesetzt, um jeden Widerstand dagegen zu brechen. Wenn das nicht ausreicht, wird der Staat sicherlich versuchen, auch die Bundeswehr gegen euch einzusetzen. Das wird ihm nicht gelingen, denn wir unterstützen euren Kampf. Kein Atomkraftwerk in Brokdorf!"

Hamburg. Die 68 Lehrlinge der kaufmännischen Abteilung der Deutschen Philips haben ein Flugblatt des KBW zum Kampf gegen das Kernkraftwerk diskutiert und unterstützen alle die Forderungen des Kampfes.

Augsburg. 300 Anwesende einer Veranstaltung gegen das geplante Kernkraftwerk Rehling/Augsburg haben erklärt: „Die hier Anwesenden sind zusammengekommen, um den Kampf gegen das Atomkraftwerk in Rehling bei Augsburg zu beraten und zu organisieren. Wir erklären uns mit dem Kampf der Bevölkerung von Schleswig-Holstein gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf solidarisch. Wir kämpfen für eine gemeinsame Sache."

Weitere Solidaritätserklärungen haben u. a. beschlossen:

- 9 Angestellte des Amtes für Jugend, Hamburg
- 12 Angestellte des Instituts für Arbeitsmedizin, Hamburg
- Vollversammlung der Klinikstudenten an der Universität Kiel (36 Anwesende)
- Initiative offenes Jugendzentrum Preetz
- Fachschaftsgruppe Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Kiel
- Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Hamburg
- 4 Angestellte bei Montblanc, Hamburg
- 73 Teilnehmer eines Soziologie-Seminars an der Universität Köln
- 12 Arbeiter in einem Umschulungskurs des DGB In Hamburg
- 34 Schüler des Scharnhorst-Gymnasiums Hildesheim
- 10 Rechtsanwälte aus Hamburg
- 19 Angestellte des Kreiskrankenhauses Preetz
- die Vollversammlung der Lehrerstudenten an der Hamburger Universität.

NWK blies Gegendemonstration ab

Emden. Am Freitagnachmittag, den 29.10., wurde auf der Nordwestdeutschen Kernkraftwerk AG (NWK) Emden eine Betriebsversammlung durchgeführt. Thema: Kundgebung gegen das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf. Der sozialdemokratische Betriebsrat hatte die Betriebsversammlung einberufen, um der Geschäftsleitung Gelegenheit zu geben, die Arbeiter von NWK zum Kampf gegen die Bauern aufzurufen. Die Geschäftsleitung propagierte den Plan, alle NWK-ler geschlossen am Samstag nach Brokdorf zu schaffen, um dort für den Bau des Kernkraftwerks aufzutreten. Die Belegschaft sollte erpreßt werden. Das Atomkraftwerk müsse gebaut werden, um die Arbeitsplätze bei NWK zu sichern.

In der Belegschaft stieß dieser Plan auf keine Zustimmung.

Die „Kieler Nachrichten" meldeten am Samstag: „Eine Gegenkundgebung hat die Gewerkschaft ÖTV für heute beim Kernkraftwerksgelände in Brokdorf an der Unterelbe angekündigt. Wie ein Sprecher der Gewerkschaft gestern in Kiel mitteilte, würden mehrere hundert Belegschaftsmitglieder der Nordwestdeutschen Kernkraftwerks AG (NWK) für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Brokdorf demonstrieren."

Am Freitagabend wurde die ganze Sache von der Geschäftsleitung abgeblasen. Die sozialdemokratische ÖTV-Führung hat ihr Vorhaben sang- und klanglos abgeblasen. Kapitalisten und Sozialdemokraten haben versucht, die Arbeiter der NWK gegen die Bauern aufzuhetzen. Die Arbeiter der NWK haben sich nicht zur Manövriermasse für die Interessen der Kapitalisten machen lassen.

Große Klappe zugefallen

Lichtenmoor. Am Sonntagmorgen um 10 Uhr wie jede Woche Frühschoppen in Lichtenmoor, mit 150 Teilnehmern. Bei Lichtenmoor soll eine Atommülldeponie errichtet werden. Kurt Sommer, Mitglied einer Bremer Initiative, schildert in einem Dia-Vortrag die Entwicklung des Widerstandes gegen das Kernkraftwerk Brokdorf bis hin zu den jüngsten Ereignissen, dem plötzlichen, überfallartigen Baubeginn und dem brutalen, massiven Polizeieinsatz am Wochenende. Er macht einigen linken Gruppen den Rückzug vom Platz zum Vorwurf. Dankbar greift dies eine Vertreterin der Gruppe Rote Fahne (GRF) auf. Sie richtet den Angriff gegen den KBW, der durch den organisierten Abzug die Bewegung zurückgeworfen habe. Ein Genosse tritt auf und legt unter Zustimmung der großen Mehrheit der Anwesenden dar, daß die entscheidende Grundlage für eine Platzbesetzung, die Einheit in den Brokdorfer Initiativen, gefehlt habe. In den Initiativen wären bürgerliche Kräfte gegen die Bauplatzbesetzung und für das Beschreiten des „Rechtsweges", den Gang vor die Gerichte, für die Unterwerfung unter den bürgerlichen Staat aufgetreten. Von solchen bürgerlichen Auffassungen müsse man sich befreien, wenn man den bürgerlichen Staat schlagen will. Es sei daher in dieser Lage falsch gewesen, zur Aufrechterhaltung der Platzbesetzung gegen die starken Polizeieinheiten aufzurufen.

Ein Bauer unterstützte dies. Er berichtete, daß er bis vier Uhr morgens vergebens versucht habe, Nachschub zum besetzten Platz zu bringen. Unter großem Beifall der Anwesenden machte er klar, daß solche Fehler in Lichtenmoor vermieden werden müßten, daß es hier jetzt darauf ankäme, den Widerstand gegen solche Polizeieinsätze vorzubereiten. Die Gruppe Rote Fahne war sprachlos.

Sie ist entlarvt worden als eine Sekte, der es nicht darauf ankommt, die Einheit der Massen gegen den bürgerlichen Staat herzustellen, sondern losgelöst von den Volksmassen isoliert vorzugehen.

Der Einfluß dieser Sorte von Gegnern der Kernkraftwerke schwindet. Am Freitag zuvor, auf einer Zentralratssitzung der Delegierten der Bürgerinitiativen um Lichtenmoor, wurde beschlossen, zur Zusammenfassung des Widerstands an den drei Standorten Hermannsburg, Aschenberg und Lichtenmoor am 11.11. einen zentralen Agitationstag in Hannover durchzuführen. An diesem Tag kommen Friderichs, Maihofer und Matthöfer nach Hannover, um Albrecht und die niedersächsische Landesregierung auf den schnellen Bau der Atommülldeponie auszurichten. Gegen diese Kumpanei von Bundes- und Landesregierung, von CDU, SPD und FDP demonstriert das Volk den Kampf für seine Interessen.

Lohnleitlinie zum Lohnraub

Was die Kapitalisten in den bevorstehenden Lohnrunden erreichen wollen, ist klar. Auf keinen Fall sollen die Tarifabschlüsse sie daran hindern, ihren Lohnraubzug beschleunigt fortzusetzen. Sie wollen ihre Profite beträchtlich erhöhen. Gleichzeitig müssen sie ihre Konkurrenzposition gegenüber den anderen imperialistischen Konzernen verbessern. Also drücken sie die Löhne und rationalisieren Arbeitsplätze weg, um aus den in der Produktion verbliebenen Arbeitern das Doppelte herauszuholen.

Nicht weniger klar ist die Taktik der Sozialdemokraten, die die Gewerkschaften, diese lebenswichtigen und elementaren Klassenorganisationen des Proletariats, besetzt halten. Der Kampf kann vermieden werden, sagen sie. Das stimmt aber nicht. Deshalb führen die Sozialdemokraten Manöver durch, um den Kampf zu unterdrücken. Da die Lohnbewegung in der Stahl- und Metallindustrie stark ist und die Arbeiter den Zusammenschluß suchen, können diese Manöver zunächst nur in Betrugsversuchen bestehen. Die Sozialdemokraten reichen den Kapitalisten die Hand und behaupten, sie hätten ihnen eine reingehauen. So haben sie es mit dem Tarifabschluß für „vermögenswirksame Leistungen" gemacht.

Die Metallkapitalisten haben jetzt mit der Gewerkschaftsführung für die gesamte Metallindustrie den Tarifvertrag über „vermögenswirksame Leistungen" erneuert. Für Stahl wird darüber noch verhandelt. Die monatliche „vermögenswirksame Leistung" wird in der Metallindustrie bis 1. Januar 1980 um 13 Mark auf monatlich 39 Mark erhöht. Ab dann soll der Rahmen des 624-Mark-Gesetzes vollständig „ausgeschöpft" werden. Für die Weihnachtsgelder wurde die tarifliche Absicherung jeweils um 10 Prozent erhöht, so daß jetzt bei dreijähriger Betriebsangehörigkeit gerade mit 50 Prozent abgesichert sind. Die „vermögenswirksamen Leistungen" werden von den Kapitalisten rückwirkend ab 1. Juli 1976 angelegt. Sie können sich damit bis März 1977 Zeit lassen und während der ganzen Tarifauseinandersetzung ein großes Gejammer anstellen.

Die sozialdemokratischen Sprecher der IG Metall bezeichnen das als „guten Schritt voran". Schritt voran zu einem neuerlichen Lohnraubabschluß, wenn man sie machen läßt. Mit ihrer 8,5 %-Forderung in der Stahlindustrie haben sie den Kapitalisten zu verstehen gegeben, daß sie sich mit 6 Prozent auf jeden Fall zufriedengeben werden. Eine solche Lohnleitlinie hatte das Gutachten der Wirtschaftsinstitute festgelegt. Kaum war die Forderung der Tarifkommission für die Stahlindustrie heraus, die zeigte, daß die Sozialdemokraten auf diese Lohnleitlinie einschwenken, setzten die Kapitalisten nach. Bundesbankpräsident Klasen forderte jetzt eine Lohnleitlinie von 4 Prozent. Die Tarifabschlüsse sollten „ein bißchen niedriger liegen als 1976". „Ich sehe keinen Grund, warum wir nicht auf diesem erfolgreichen Weg fortschreiten sollten."

Nach Abschluß des Tarifvertrages über die „vermögenswirksamen Leistungen" ist jetzt die ganze Bourgeoispresse auf diese Linie eingeschwenkt, um sie den Metallarbeitern und den Stahlarbeitern einzubläuen. Die vermögenswirksamen Leistungen machten 1,7 Prozent „Kostenbelastung" für die Kapitalisten aus. „Die bei Metall vereinbarte ‚Lohnleitlinie' würde also niedriger ausfallen müssen und deshalb ein deutlicheres Signal für die anderen Tarifbereiche sein, maßzuhalten." Die IGM müsse sich „jetzt bereits mit einem Abschluß von 4,2 bis 5,2 Prozent begnügen, womit sie sich in der Nähe der Forderung des Bundesbankpräsidenten Klasen befände", schreibt das „Handelsblatt".

Da die Sozialdemokraten keinen Kampf mit den Kapitalisten wollen, werden sie den Kampf gegen die Arbeitermassen verschärfen. Der jetzige Tarifkampf fordert von den Arbeitern und Angestellten eine große Klarheit über den Feind: das sind die Kapitalisten und der bürgerliche Staat, aber auch die Helfershelfer der Kapitalisten in den eigenen Reihen, die sozialdemokratischen Berufspolitiker in den Gewerkschaften. Ohne diese Klarheit auf seiten der Arbeiter werden die Kapitalisten weitere Fortschritte im Lohnraub erzielen können. Mit dieser Klarheit werden die Arbeiter sich im Lohnkampf zusammenschließen können.

Eine Festgeldforderung muß her!

„Für die Lohnpolitik stellt sich vor allem die Frage, inwieweit die Korrektur in der Einkommensverteilung, die 1976 stattfindet, groß genug ist, die Investitionsneigung der Unternehmer nachhaltig zu erhöhen. Der Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen wird 1976 mit 69,5 Prozent zwar deutlich niedriger ausfallen als 1975 (71,4 Prozent), aber immer noch erheblich größer sein, als er z. B. 1970 war (66,4 Prozent). Ein um zwei Prozentpunkte höherer Wert als 1970 ergibt sich 1976 für die ‚bereinigte Lohnquote', bei deren Errechnung die unterschiedliche Entwicklung der Zahl der Selbständigen und der Unselbständigen berücksichtigt ist. Diese Relationen deuten darauf hin, daß auch 1977 eine Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Gewinne erforderlich ist ..." So schreiben die bürgerlichen Wirtschaftsinstitute in ihrem Jahresgutachten. Wer also an irgendeine Entspannung im Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital denkt, täuscht sich. Wer wie die Sozialdemokraten mit dieser Idee hausieren gehen will, entwaffnet die Arbeiterklasse. Der „Verschiebung der ‚Einkommensverteilung'" liegt die Verschärfung der Ausbeutung zugrunde. Verbunden mit der Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat und der Ausplünderung durch die Handelskapitalisten durch ständig steigende Preise zwingt diese Verschärfung der Ausbeutung die Arbeiter und Angestellten zu Gegenschlägen. Solche Gegenschläge werden in einzelnen Betrieben und Abteilungen täglich geführt. Sie müssen im einheitlichen Lohnkampf für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag zusammengefaßt werden. Mit einer Forderung von 1,– DM für die Stunde bzw.

173 DM für den Monat kann dieser Zusammenschluß gegen die Kapitalisten erreicht werden. Die zwei Korrespondenzen aus verschiedenen Betrieben der Metallverarbeitung zeigen, wie die Kapitalisten im letzten Jahr die Profitjagd und den Lohnraub betrieben haben. Im Kampf für den Lohn, im Kampf gegen Akkordsystem, Überstundenschinderei und Schichtarbeit schließen sich die Arbeiter dagegen zusammen. Die unteren Lohngruppen müssen weg.

Göttingen. Bei der Firma Zeiss wurde auf der Vertrauensleutesitzung am 19.10. für den Tarifkampf die Forderung nach einer Erhöhung der Löhne und Gehälter um den einheitlichen Betrag von 170 DM aufgestellt. Von rund 40 anwesenden Vertrauensleuten wurde diese Forderung ohne Gegenstimme, bei zwei Enthaltungen, verabschiedet und soll durch die Leitung des Vertrauensleutekörpers an die Tarifkommission und die Ortsverwaltung der IG Metall weitergeleitet werden.

Gegen die Form und die Höhe der Forderung trat auf der Sitzung nur der Sekretär der Ortsverwaltung der IGM Schultze auf: Die Forderung sei zu hoch und utopisch, man müsse berücksichtigen, daß die wirtschaftliche Lage der Firmen unterschiedlich sei.

In zwei Abteilungen waren Unterschriften für Streichung der unteren Lohngruppen und 170 DM, in drei weiteren für Festgeldforderungen gesammelt worden.

Kassel. Die Betriebsgruppe der Maschinenfabrik Petzing und Hartmann in Kassel (zirka 80 Beschäftigte) hat beschlossen, 1 DM mehr für alle gleich zu fordern. Für die Lehrlinge ist die gleiche Forderung aufgestellt worden. Um den Beschluß allen Kollegen bekanntzumachen, hat die Betriebsgruppe ein Flugblatt herausgegeben. Die Betriebsgruppe wird diese Forderung auch auf der Vertreterversammlung der IG Metall, Bezirk Kassel, vertreten.

Siemens Braunschweig. Arbeiter einer Abteilung in den Versuchswerkstätten haben ihren Vertrauensmann beauftragt, in der Vertrauensleutesitzung die Forderung 174 DM Festgeld für alle gleich zu vertreten. In Diskussionen mit der Jugendvertretung haben bereits drei Ausbildungsgruppen des zweiten Ausbildungsjahrs beschlossen, die Forderung 174 DM für alle, Anhebung des ersten, zweiten und dritten Ausbildungsjahrs aufzustellen. Die Vertrauensleute dieser Gruppen wurden beauftragt, diese Forderungen auf der nächsten Vertrauensleutesitzung zu vertreten.

Fritz Werner Westberlin. Die Arbeiter der Abteilung Betriebselektrik haben sich für eine Forderung von 170 DM mehr ausgesprochen. Der Vertrauensleutekörper wurde aufgefordert, einen entsprechenden Beschluß zu fassen.

München. Bei BMW haben die Arbeiter am 4-Zylinder-Band gegen eine Erhöhung der Bandgeschwindigkeit gestreikt. Statt über die bisher üblichen 418 Motoren hinaus weiterzuarbeiten, haben sie sich am Band versammelt, den Betriebsrat herbeizitiert und klargemacht – mehr als bisher läuft auf keinen Fall, und auch schon das ist zuviel. Mit solchen Kurzstreiks haben vor allem die Arbeiter im Motorenbau in den letzten acht bis neun Monaten den Kampf geführt. Im ersten Halbjahr 1976 ist die Produktion im Vergleich zum ersten Halbjahr 1975 um ein ganzes Auto pro Beschäftigtem gesteigert worden. Im Motorenbau streben die Kapitalisten eine Steigerung der Produktion um 25 Prozent, von 400 auf 500 Motoren an. Wenn die Meister mit den Überstundenzetteln durch die Abteilungen rennen, lassen sich immer weniger die Plackerei der Mehrarbeit aufzwingen. Abteilungen verweigern mehrheitlich Samstagsarbeit oder Sonderschichten.

Von August auf September ist laut Statistischem Bundesamt die Roheisenproduktion um 6,3 Prozent, die Rohstahlproduktion um 5,7 Prozent zurückgegangen. Die Produktion von Walzstahlfertigerzeugnissen ist noch um 14,7 Prozent gestiegen. Diese Zahlen werden die Stahlkapitalisten als Argumente gegen den Lohnkampf der Arbeiter nutzen. Es sind aber bloß Argumente gegen die kapitalistische Produktionsweise, die stagniert und verfault und wo sich der nächste Niedergang bereits ankündigt, während noch groß von Aufschwung geflunkert wird. Diesen Verfaulungsprozeß des Kapitalismus wollen die Kapitalisten durch Verschärfung der Ausbeutung aufhalten. Das wird dazu führen, daß er durch die proletarische Revolution beendet wird.

„1961 war Birnbaum als Krisenmanager nach Salzgitter berufen worden, 1968 wurde er Vorstandschef. Bis heute hat er die Belegschaft von 80 100 auf 56 700 reduziert ...", heißt es in einem Loblied der Springer-Zeitung „Die Welt" auf den Hauptantreiber im bundeseigenen P & S-Konzern. Wie er seine Leistungen vollbracht hat, rund ein Drittel der Belegschaft auf die Straße zu treiben, sagt die Zeitung auch: „Bei Salzgitter habe er erlebt, so sagt Birnbaum, daß die Mitbestimmung ‚gerade in schwierigen Zeiten durchaus praktikabel ist'." „Der Salzgitter-Chef meint, daß die paritätische Mitbestimmung vor allem bei Entscheidungen über Kurzarbeit und Entlassungen die Bewährungsprobe längst bestanden habe – sowohl bei Salzgitter als auch bei HDW und anderen Unternehmen." Birnbaum ist CDU-Mitglied und Mitglied des CDU-Wirtschaftsrates. Mitbestimmen tun bei ihm sozialdemokratische Betriebsräte. Die Entscheidungen seien immer einstimmig, plaudert er aus.

„Schon nehmen viele das Kantinenessen mit heim"

Klöckner Malterdingen (Südbaden). Im Bereich Ferromatik des Klöckner-Konzerns, zu dem das Werk Malterdingen gehört, haben die Kapitalisten im Krisenjahr 1975 außerordentlich hohe Profite gemacht. Der Umsatz wurde von monatlich 12,5 Millionen DM im September 74 auf monatlich 18,6 Millionen DM im September 75 gesteigert. Das sind 45,6 Prozent.

Im September 1975 hatte Klöckner in Malterdingen Absatzschwierigkeiten. Das nahmen die Klöckner-Kapitalisten zum Anlaß, um 30 Arbeiter zu entlassen und Kurzarbeit in großen Teilen des Betriebs einzuführen, die bis zum 50 Prozent betrug. Für die Arbeiter bedeutete dies bis zu über 100 DM Lohneinbußen.

Die 30 Entlassenen waren nur der Auftakt zu einem umfassenden Angriff auf die Arbeiter und sollten deutlich machen: Wer bei dem, was jetzt kommt, nicht spurt, fliegt raus.

Während des ganzen Jahres 1975 wurde die Intensivierung der Arbeitshetze betrieben. Ständig waren Stopper unterwegs, die Zeiten für die Montagelektriker wurden gekürzt und besonders in der Schweißerei wurde die Einführung eines Programms zur Fertigung von Bergwerksausrüstungen und die Einführung der neuen Spritzgußmaschinen der F-Serie verbunden mit einer scharfen Zeitvorgabe für die Prämienlöhner und der Einführung der Zweierschicht. Über 15 Arbeiter wurden aus anderen Abteilungen, wo kurzgearbeitet wurde, in die Schweißerei gesteckt, wo sie zum Teil bis zu zwei Lohngruppen niedriger bezahlt wurden als die Arbeiter, die schon vorher in der Schweißerei gegen die scharfen Vorgabezeiten protestiert hatten. Auch gegen die Einführung der Zweierschicht gab es vereinzelt Widerstand, es war konkret so, daß einem elsässischen Arbeiter der Rausschmiß angedroht wurde, weil er sich weigerte, Schicht zu schaffen.

Auch in den Abteilungen, in denen kurzgearbeitet wurde, gab es kein Honiglecken: in der kürzeren Zeit mußten die Arbeiter relativ mehr arbeiten als früher, weil die Kapitalisten die Kurzarbeit in größerem Maß ausdehnten als die Produktionsplanung gekürzt wurde.

Im März 1975 stellte die Geschäftsleitung den Plan auf, weitere 200 Arbeiter zu entlassen. Das wirkte als ein gewaltiges Druckmittel gegen die Belegschaft.

Der Angriff auf den Lohn bestand in einer Kürzung der übertariflichen Zulage von 49 Pfennig. Die Geschäftsleitung hatte in aller Heimlichkeit mit dem Betriebsrat eine Vereinbarung abgeschlossen, die vorsah, die übertarifliche Zulage in zwei Raten zu streichen. Die erste Rate von 25 Pfennig wurde gestrichen nach der Lohnerhöhung von 7,6 Prozent vom Frühjahr 1975. Das bedeutete konkret, daß für einen Arbeiter in Lohngruppe VII von den zirka 56 Pfennig brutto, die die 7,6 Prozent ausmachten, nur noch 31 Pfennig brutto übrigblieben. Für die unteren Lohngruppen wirkte sich das noch verheerender aus. Die zweite Rate der Lohnsenkung, durchgeführt im Frühjahr 1976, wurde abgemildert auf „nur" 13 Pfennig statt geplanten 24 Pfennig, was aber nichts an der Tatsache ändert, daß der Lohn gedrückt wurde.

Ein weiterer Angriff auf den Lohn war die Erhöhung des Preises des Kantinenessens von 1,80 DM auf 2,25 DM, was zur Folge hatte, daß jetzt noch weniger Arbeiter ein warmes Mittagessen bekommen als vorher. Dazu kommt, daß die Klöckner-Kapitalisten kein Fahrgeld zahlen. Schätzungsweise die Hälfte der derzeit 420 Arbeiter wohnen mehr als 10 Kilometer von der Fabrik entfernt.

Durch die Kurzarbeit, die insgesamt ein Dreivierteljahr dauerte und von der im Durchschnitt 30 Prozent der Belegschaft betroffen waren, mußten wir Lohneinbußen von durchschnittlich zirka 90 DM hinnehmen. Man kann eine Rechnung aufstellen, was die Klöckner-Kapitalisten den Arbeitern während der Krise geraubt haben:

Kürzung der übertariflichen Zulage um 25 Pfg.	ca. 208 800 DM
Kürzung der übertariflichen Zulage um 13 Pfg.	ca. 132 300 DM
Erhöhung des Kantinenessens	ca. 17 600 DM
Lohneinbußen durch Kurzarbeit	ca. 97 100 DM
Zusammen	ca. 455 800 DM

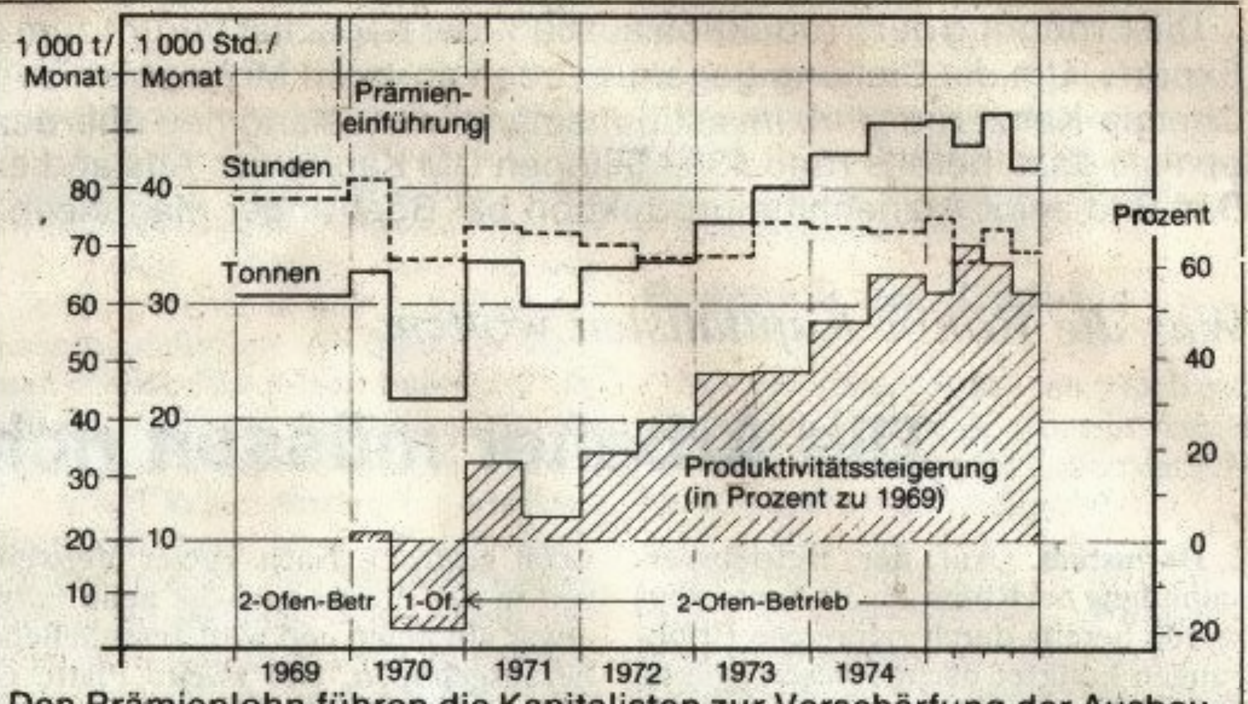
Das sind zirka 1 000 DM pro Arbeiter in eineinhalb Jahren.

Das ist der Betrag, der durch die Angriffe der Klöckner-Kapitalisten allein den Arbeitern in Malterdingen geraubt wurde.

Wie stark der Grad der Verelendung fortgeschritten ist, sieht man daran, daß bei Klöckner Malterdingen eine wachsende Anzahl von Arbeitern das Kantinenessen in der Kantine kauft und mit nach Hause nimmt, offensichtlich weil das billiger ist, als selbst zu kochen. Das kam heraus durch einen Anschlag am schwarzen Brett, wo sich der Betriebsrat über diese Unsitte aufregte und erklärte, das sei doch nicht erlaubt.

Der niedrige Lohn zwingt viele Arbeiter bei Klöckner zur Überstundenarbeit. Seit März 1976 macht ungefähr die Hälfte der Arbeiter wöchentlich zehn Überstunden. – (Z., Bezirk Südbaden)

eine Rechnung aufstellen, was die baden)



Den Prämienlohn führen die Kapitalisten zur Verschärfung der Ausbeutung ein. Sie machen das planvoll und erforschen die Auswirkungen des Prämienlohnsystems zum Beispiel in der gesteigerten Arbeitshetze. Das Schaubild ist aus einer Untersuchung der Stahlkapitalisten der Thyssen-Henrichshütte Hattingen. Die Arbeitsproduktivität stieg von 1969 1,6 Tonnen Roheisen pro Stunde bis Anfang 1975 auf 2,5 Tonnen pro Stunde. Die unterste Kurve mit dem quergestreiften Feld gibt die Steigerung der Arbeitsleistung pro Stunde in Prozent bezogen auf das Jahr vor der Einführung des Prämienlohns, 1969, an. Bis 1975 war sie um 60 Prozent gestiegen.

Programmlohnsystem steigert die Ausbeutung

Howaldtwerke – Deutsche Werft Kiel. Auf der letzten Vertrauensleutesitzung gab der Betriebsrat bekannt, daß ab dem 1. Januar „die meisten großen Abteilungen" in das Vorprogramm sollen. Im Vorprogramm wird Zeitlohn bezahlt, der sich nach dem durchschnittlichen Akkordverdienst der letzten drei Monate errechnet. Ab 1. April geht es dann direkt in den Programmlohn. Bisher sind nur zirka 500 Kollegen im Programmlohn beschäftigt. Doch die Erfahrungen sind schon reichlich. Zuerst wurde der Programmlohn während des großen imperialistischen Weltkrieges auf der HDW erprobt, und zwar im serienmäßigen U-Boot-Bau.

Was ist der Programmlohn? Es ist eine Art Gruppenakkord. In der neuen Rohrhalle im Werk bei Gaarden zum Beispiel müssen die Arbeiter in einer Woche so und soviele Rohre heften, schweißen usw. Dazu ist ihnen eine Programmzeit vorgegeben. Brauchen sie jedoch länger als vorgegeben, kommt die ganze Programmlohngruppe, in diesem Fall die ganze Halle, bis zu 20 Prozent weniger Lohn. Diese 20 Prozent sind der „variable Lohnanteil".

Daß das keine platte Theorie ist, haben die Arbeiter in der ersten Oktoberwoche schon erfahren. Sie haben das Programm nur zu 88 Prozent erfüllt und bekommen für diese Woche 12 Prozent weniger Lohn. Das macht für die häufigste Lohngruppe 19 einen Unterschied von 1,45 DM in der Stunde aus. Dabei ist die Arbeitshetze dort dermaßen unerträglich, daß die meisten Arbeiter sogar freiwillig in eine Abteilung wollen, wo sie zwar weniger Stundenlohn bekommen, aber dafür wenigstens noch ab und zu eine Verschnaufpause haben. Schaffen die Arbeiter das Programm vorzeitig, bekommen sie natürlich keinen Pfennig mehr, aber mit Sicherheit eine Kürzung der Programmzeit.

Natürlich bekommen die meisten Arbeiter, die bisher in den Programmlohn überführt wurden, ein paar Pfennige mehr in der Stunde als vorher im normalen Akkord. Das wird dann auch ständig vom Vorstand und den Sozialdemokraten im Betriebsrat und IGM-Führung als Argument angeführt. Die Revisionisten von der DKP im Betriebsrat haben dem Programmlohn ebenfalls zugestimmt, wobei sie wohl an ihr Vorbild in der DDR gedacht haben, wo der Programmlohn inzwischen weit verbreitet ist.

In welchem Verhältnis die paar Pfennig aber zur erzwungenen Mehrleistung stehen, darüber lassen sich nur grobe Schätzungen anstellen. Es wird dort von der gleichen Anzahl der Arbeiter bis zu 40 Prozent mehr produziert.

Die Sprüche der Sozialdemokraten von der gerechteren Lohnfindung ziehen jedenfalls so auch nicht mehr. Einige Arbeiter aus der neuen Rohrhalle wollen die Betriebsversammlung in der nächsten Woche nutzen, um alle über die Praxis des Programmlohns zu informieren. Wir werden das auch tun auf der Grundlage des Beschlusses des Betriebsrates der Bremer Vulkanwerft, der mehrheitlich die Einführung des Programmlohns abgelehnt hat. – (h., HDW/Kiel)

Schon 40 Prozent der Lohnsteuerpflichtigen befinden sich in der „Progressionszone", die mit einem Steuersatz von 30,8 Prozent beginnt. Bis Ende des Jahres seien es bereits 60 bis 70 Prozent, meinen bürgerliche Steuerexperten. Das sind die Auswirkungen der Steuerreform. Finanzminister Apel hat bereits zugegeben, daß es im nächsten Jahr „möglich" sei, daß schon die Mehrheit der Lohnsteuerzahler mehr als 30,8 Prozent Steuer zahlen müssen. So sollen die Arbeiter von den Kapitalisten und dem bürgerlichen Staat in die Schere genommen werden: was gegen die Kapitalisten erkämpft wird, holen sie sich über den bürgerlichen Staat zurück via Zinsen wieder direkt in die eigenen Taschen.

Daimler-Benz Gaggenau. Am Donnerstag, dem 28.10., hatte die Vertrauensleuteversammlung einen 25-minütigen Warnstreik für den 29.10. beschlossen. Die Benz-Kapitalisten hatten eine Verlagerung der Produktion AP-Achsen nach Kassel und der Motorenproduktion nach Mannheim angekündigt. Da die Produktion nicht ersetzt wird, ist mit 800 Entlassungen zu rechnen. In Kassel wollen die Benz-Kapitalisten einen hochmodernen Produktionsapparat für den Achsbau aufbauen. Bei den bisherigen Verlagerungen nach Kassel war es noch so, daß ein Großteil der Maschinen aus Gaggenau mit nach Kassel genommen wurden. Es wurde dann aber neu gestoppt und der Akkord fast durchweg erhöht. Außerdem sind in Kassel die Löhne um eine bis zwei Mark niedriger als im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden. Die Arbeiter bekämpfen die Verlagerungspläne und die drohende Arbeitslosigkeit. Die Sozialdemokraten mußten dem Rechnung tragen und für den Streik stimmen. Eine Stunde vor Beginn des Streiks bliesen sie den Streik jedoch ab mit dem Hinweis auf Verhandlungen mit der Geschäftsleitung. Die Arbeiter waren empört, die Geschlossenheit zum Kampf ist weiterhin groß. Am 9.11. findet die nächste Vertrauenskörpersitzung statt.

Hockenheim/Massa Markt. Der Kapitalist Kipp hat in der vorletzten Woche 240 Beschäftigten des Massa-Markts fristlos gekündigt, auch den Arbeitern und Angestellten, die aus anderen Massa-Märkten nach Hockenheim versetzt worden waren und jahrelang bei Massa gearbeitet hatten. 20 Arbeiter und Angestellte klagen vor dem Arbeitsgericht. Der Gesamtbetriebsrat der Massa-Märkte fordert die sofortige Rücknahme der Kündigungen und Aussetzung bis mindestens zum Jahresende.

München, Süddeutscher Verlag. Die Arbeitshetze im Fotosatz haben die Verlagskapitalisten ständig gesteigert. Vorläufiger Höhepunkt war die vorletzte Wochenendausgabe der „Süddeutschen Zeitung", wo für den Wochenendstellenmarkt 14 Seiten im Fotosatz hergestellt werden mußten. Nachdem bisher immer sieben Seiten gefertigt wurden, bedeutet dies eine hundertprozentige Steigerung bei gleichbleibenden sonstigen Aufträgen und gleichbleibenden Beschäftigten. Bereits vor drei Wochen haben die Beschäftigten im Fotosatz durchgesetzt, daß zwei neue Arbeiter im Fotosatz angestellt werden mußten und wegen des großen Lärms die Maschinen räumlich getrennt wurden.

neue Arbeiter im Fotosatz angestellt werden mußten und wegen des großen Lärms die Maschinen räumlich getrennt wurden.

Wiesbaden. Bei Hertie werden auf Anwesung der Zentrale in Frankfurt verstärkt Maßnahmen zur Personaleinsparung und zur Steigerung der Mehrarbeit getroffen. Es wird den Angestellten „angeboten", unbezahlten Urlaub zu nehmen, der aber mindestens einen Monat dauern muß. Diese versteckte Form der Kurzarbeit soll dazu dienen, die Anzahl der noch einzusparenden Beschäftigten festzustellen, und zur „Senkung der Lohnkosten". Als nächster Schritt wird die Kontrolle in den einzelnen Abteilungen ausgebaut. Die Abteilungsleiter fertigen über einen bestimmten Zeitraum täglich über jeden Angestellten Tagesberichte über geleistete Arbeiten, Umsatz und „Verhalten". Die Tagesberichte sollen dazu dienen, je zwei Angestellte in jeder Abteilung zu entlassen, das wären insgesamt 100. Damit soll die ganze Belegschaft mehr ausgepreßt werden.

Heidelberg. Zusätzlich zur Ausbeutung des Arbeiters in der Fabrik bereichern sich die Kapitalisten direkt oder indirekt über andere Kapitalisten an der Ausplünderung der Arbeiter über Werkswohnungen und Kantinen. In sehr vielen Betrieben sollen die Kantinenpreise erhöht werden und wird das Essen schlechter. Die Belegschaften organisieren den Kampf dagegen.

Bei *Teroson* soll das Essen von 1,50 DM auf 1,80 DM erhöht werden. Die Suppe, die es bislang kostenlos gab, soll jetzt 50 Pfennig kosten.

Bei *Teldix* soll im Februar das Essen des Großküchenkapitalisten Zentsch von 1,90 DM auf 2,10 DM teurer werden. Das Essen dort wird immer schlechter, das Geschirr und Besteck nicht richtig saubergemacht. Zentsch hat eine Frau in der Kantine wegrationalisiert. Über 300 Unterschriften hat der Vertrauensleutekörper bisher gesammelt mit der Forderung, daß der Zentsch aus dem Betrieb fliegt und der Betriebsrat die Kontrolle über die eigene Kantine ausüben kann.

Im *Max-Planck-Institut für medizinische Forschung* will der Pächter die Essenspreise von 1,50 DM auf 1,75 DM erhöhen. Die Leitung des Instituts unterstützt das Vorhaben. Der Betriebsrat hat die Preiserhöhung abgelehnt.

Merck Darmstadt

Akkordarbeit für Angestellte soll eingeführt werden

Bei Merck in Darmstadt soll die Akkordarbeit für Schreibkräfte eingeführt werden. Bei Merck sind knapp über 50 Prozent der Gesamtbelegschaft Angestellte. In der ganzen chemischen Industrie ist der Anteil der Angestellten an den Gesamtbeschäftigten sehr hoch. Zum einen gibt es viele technische Angestellte wie Laboranten, die in den Forschungsbereichen eingesetzt sind, zum anderen ist dies darauf zurückzuführen, daß der Konzentrationsgrad in der chemischen Industrie sehr hoch ist, wo riesige Verwaltungsapparate in den Konzernen existieren. Diese Verwaltungsapparate sind den Chemiekapitalisten zu „personalkostenträchtig". Rationalisierungen werden verstärkt in diesem Bereich betrieben.

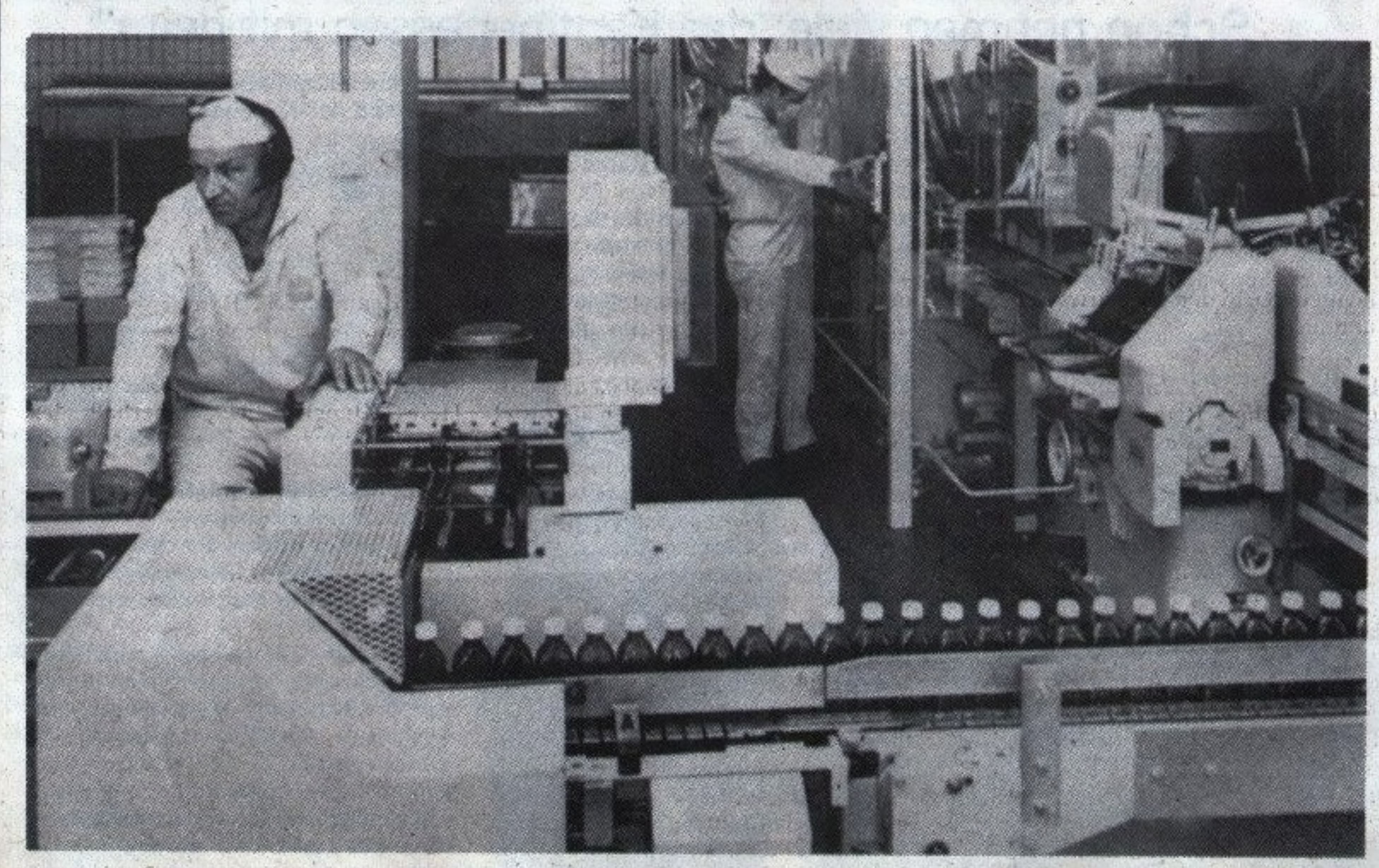
Schreibautomaten wurden eingeführt und dadurch Arbeitsplätze wegrationalisiert. Zentrale Schreibbüros wurden eingeführt, der Ausbau der elektronischen Datenverarbeitung führte dazu, daß Schichtarbeit dort für die Angestellten eingeführt wurde.

Als Schreibautomaten eingeführt wurden, war das der erste Schritt zur Akkordarbeit der Schreibkräfte. Durch die Zusammenfassung in zentralen Schreibbüros wurde es für die Merck-Kapitalisten möglich, Akkord an den Schreibautomaten einzuführen. Sie streben das mit einer Schreibprämie an. Die Merck-Kapitalisten stellen sich die Prämienregelung, die sie als Betriebsvereinbarung abschließen wollen, so vor. Es heißt da: „Grundlage für die Bemesssung der Prämie ist die Anzahl der Schreibmaschinenseiten, die je Arbeitsstunde erbracht werden." Eine Schreibeinheit ist eine halbe Seite Text. Wie es sich für ein ausgeklügeltes System der Schweißauspressung gehört, gibt es dabei noch eine Menge von Umrechnungsfaktoren für „schwierige" und „leichte" Schreibeinheiten. Die Prämie stellen sich die Merck-Kapitalisten folgendermaßen vor: Wer die doppelte Leistung von dem, was als 100 Prozent Bemessungsgrundlage vorgeschrieben ist, erbringt, also z.B. vier statt zwei Seiten in der Stunde, bekommt dafür im Monat 200 DM mehr.

Die Kapitalisten sparen dadurch eine zweite Arbeitskraft samt Schreibmaschine usw. Dieses Prämiensystem läßt sich überall dort einführen, wo regelmäßig Schreibarbeiten anfallen. So beim Ausfüllen von Karteikarten, im Versand, beim Ausfüllen von Fragebögen, Schreiben von Laborunterlagen usw. Die Kapitalisten streben mit Sicherheit die Ausweitung dieses Akkordsystems an, wenn sie es im zentralen Schreibbüro durchsetzen können.

Die Maßnahme der Merck-Kapitalisten ist in den Abteilungen, wo die Prämie eingeführt werden soll, auf Widerstand gestoßen. Daß damit die Arbeitshetze gesteigert werden soll und die Prämie nichts mit Bezahlung nach Leistung zu tun hat, haben die Angestellten erkannt. Sie haben eine gewerkschaftliche Versammlung gemacht, wo die sozialdemokratischen Betriebsräte den Widerstand gegen die Prämie darauf runter bringen wollten, an der Prämie „Verbesserungen" zu erreichen. Bei diesem Spaltungsmanöver wollten sie ausnutzen, daß die Angestellten niedrigen Lohn haben und mehr Geld brauchen. Die Prämie trifft gerade die Angestellten, die in der unteren Gehaltsgruppen eingruppiert sind. Meist sind dort Frauen beschäftigt, die im Durchschnitt nach K 3 bezahlt werden, das sind in der höchsten Altersstufe brutto 1 808 DM.

Die Kapitalisten haben nicht vor, Gelder zu verteilen, sondern sie wollen die Arbeitshetze steigern. Mit dem Prämiensystem versuchen sie eine Spaltung, um den einheitlichen Kampf um den Lohn zu verhindern. (w., Zelle Merck / Red.)



Nach den Worten des Präsidenten des Verbandes der Chemischen Industrie, Rolf Sammet, rechnen die Chemie-Kapitalisten in diesem Jahr mit einem Produktionsanstieg von 12 % bis 15 % gegenüber dem Vorjahr. Dazu haben sie die Auspressung der Arbeitskraft erheblich gesteigert. Eine um 3 % auf 572600 verminderte Zahl von Lohnabhängigen soll den Kapitalisten den erhöhten Ausstoß produzieren. Die Zahl der Kurzarbeiter in der Chemiefaser-Produktion soll im Oktober auf 8000 steigen. Ein Fünftel der sachlichen Produktionsmittel bleibt brach liegen. 46 % der Investitionen sind Rationalisierungsinvestitionen (1975: 39 %), 36 % Ersatzinvestitionen (1975: 25 %) und lediglich 18 % (1975: 36 %) werden als Erweiterungsinvestitionen ausgegeben.

Die Erhöhung der Produktion auf 80 % der Kapazität beruht zum größten Teil auf einer Zunahme des Exports. Um die Stellung gegenüber den anderen Monopolen zu halten, müßten die westdeutschen Chemie-Konzerne „ihre Investitionspläne im Ausland neu überdenken". Im ersten Halbjahr 1976 haben sie dazu bereits rund 430 Millionen DM Kapital ins Ausland exportiert. (Handelsblatt, 2.11.1976) Das Bild zeigt Arzneimittelproduktion bei Boehringer Mannheim.

Was die Röhm-Kapitalisten wollen:

Was die Röhm-Kapitalisten wollen:

„Die Arbeiter müssen richtig ausgelastet werden"

Darmstadt. Auf der Betriebsversammlung bei Röhm am 30. September wurde bereits durch zahlreiche Erfahrungen konkret nachgewiesen, wie im Betrieb der Druck auf die Belegschaft verstärkt worden ist, die Arbeit intensiviert wird mit dem Ziel, immer mehr aus den Arbeitern herauszuholen.

Zum Beispiel durch den Versuch, an der Säge eine Kontrolluhr anzubringen, die genau registriert, wann der Arbeiter wie lange Pause macht, wann und wie lange das Sägeblatt ausgewechselt wird, wann und wie lange kein „Material" zu Schaden kommt, wann und wie lange Material von schlechter Qualität geschnitten wird, was die Schneidezeit erhöht. Durch den Widerstand der dortigen Arbeiter mußte die Uhr wieder abmontiert werden.

Nach dieser Versammlung haben die Arbeiter aus einem ausgelagerten Betriebsteil gemeldet, daß es bei ihnen jetzt auch so eine Uhr gibt. Dort hat die Firma Röhm eine alte Produktionshalle, wo Badewannen, Waschbecken, WC's und anderes zur Einrichtung von Bädern aus Plexiglasplatten geformt wird.

Was haben die Kapitalisten dort vor? Jede Minute soll in Arbeitszeit für die Kapitalisten verwandelt werden, gleichzeitig soll rationalisiert werden.

Zum Pressen von Wannen, Waschbecken usw. wird eine Plexiglasplatte von bestimmter Größe in einem Ofen aufgeheizt. Die Aufheizzeit hängt von der Größe der Scheibe ab, liegt aber fest (z.B. für Wannen 18 Minuten). Für jedes Teil gibt es nur eine Preßform.

Wenn nun eine Serie Wannen hergestellt wird, wird das Plexiglas erst von zwei Frauen gesäubert, dann von zwei Männern in den Ofen geschoben, nach 18 Minuten herausgeholt und in die Presse gelegt. *Während* dieses Vorgangs wird die nächste Scheibe in den Ofen gesteckt. Nach kurzer Verweilzeit in der Presse muß die neue Form etwas abkühlen und wird anschließend herausgehoben. Die zweite Platte ist jetzt höchstens zehn bis zwölf Minuten im Ofen. Die Arbeiter warten also. Diese „Wartezeit" soll jetzt in Produktionszeit verwandelt werden. Mit Antreiben durch den Betriebsleiter und den Meister ist es nicht zu schaffen. Hier machen es die Kapitalisten wissenschaftlich. Es wird unter dem Vorwand, daß die Aufheizzeit genau eingehalten wird, eine Kontrolluhr mit Hupsignal und Kontrolleuchten an dem Ofen angebracht.

Die Arbeiter haben sich dadurch nicht verwirren lassen, denn die Uhr funktioniert wie ein Fahrtenschreiber, der genau anzeigt, wie lange gearbeitet wird und wie lange „Pause" gemacht wird. (Wenn die Frauen mal mit dem Reinigen der Platten nicht schnell genug sind, also kein Material für den Ofen da ist, wird ein besonderer Knopf gedrückt.)

Diese Schikane reicht den Kapitalisten nicht aus. Der Betriebsleiter hat erklärt, daß eine andere Uhr zur Vorgabe von Taktzeiten bereits vorhanden ist. Unter dem Gesichtspunkt, daß der Investitionsplan für 1977 jetzt erstellt werden soll, müssen die Kapitalisten allerdings schleunigst ausprobieren, wie weit die Arbeiter die Arbeitsintensivierung dort mitmachen. Denn dann reichen die Pressen nicht aus, die Produktion ist am rentabelsten, wenn sie auf Bandarbeit umgestellt wird. Rationalisierungsinvestitionen werden vorgenommen. „Die Arbeiter müssen richtig ausgelastet werden, wenn wir nun schon mal im Zeitlohn bezahlen", sagte der Betriebsleiter. „Bei jeder Wanne werden mindestens vier Minuten auf den Preis draufgeschlagen, wo die Arbeiter die Hände in der Hosentasche haben. Das geht nicht so weiter, weil die Konkurrenz ja auch produziert." Wenn die Arbeiter schon rumstehen und nichts tun, können sie „zwischendrin" auch die Scheiben selber sauber machen. So werden die zwei Frauen überflüssig.

Durch die konkreten Enthüllungen der Schikane und der Maßnahmen zur Arbeitsintensivierung im Hauptwerk haben die Arbeiter, die aus dem ausgelagerten Teil an der Betriebsversammlung teilgenommen haben, einen klaren Blick dafür bekommen, was auf sie zukommt. „Wir arbeiten nicht im Akkord", sagen sie schon jetzt. Gewerkschaftliche Forderungen waren bisher so gut wie nicht unter den dortigen Arbeitern diskutiert worden – jetzt wollen sich zwei Arbeiter als Vertrauensleute zur Wahl stellen. – (Zelle Röhm Darmstadt)

Prämienlohn bei BASF

14 Arbeiter – 12 verschiedene Betriebsprämien

Ludwigshafen. In der BASF gibt es ein umfangreiches System von Prämien und Zulagen, also nicht tariflich abgesicherten Teilen des Lohnes. Es sind für die Kapitalisten ebenso viele Mittel der Spaltung und Lohnsenkung. Die BASF-Kapitalisten betreiben gegenwärtig die Senkung des Effektivlohnes unter anderem bei den Angestellten durch Kürzung von übertariflichen-Prämien, der „wandelbaren Sonderzulage".

Bei den Arbeitern betreiben sie die Spaltung durch unterschiedliche Eingruppierungen in Lohngruppen und Verteilung von Betriebsprämien.

Mitte September wurde im Betrieb F-712 im A- und im C-Bau die Betriebsprämie verteilt. „Der gute Arbeit leistet" (nach Ansicht der Kapitalisten), bekommt 2 Prozent Leistungsprämie. Bei 14 Arbeitern gibt es vier verschiedene Lohngruppen und zwölf verschiedene Betriebsprämien. Ein neu eingestellter Arbeiter ohne Metallberuf kommt in Lohngruppe 1 und hat 10 Prozent Betriebsprämie. Ein Arbeiter, der einen Metallberuf erlernt hat, kommt sofort in Lohngruppe 3 und hat ebenfalls 10 Prozent Betriebsprämie. Bei der Einstufung Lohngruppe 1 oder Lohngruppe 3 macht das einen Unterschied von 70 Pfennig pro Stunde.

Bei den Ausfahrern im zweiten Stock sieht es mit der Betriebsprämie folgendermaßen aus: Zwei Arbeiter mit gleicher Berufserfahrung haben verschiedene Lohngruppen und Betriebsprämien. Einer ist in Lohngruppe 3 und hat 27 Prozent Prämie, und der andere hat Lohngruppe 2 und 19 Prozent Prämie.

Jetzt nach der Prämienverteilung im September haben die Spaltungsversuche nicht so hingehauen, wie sich die BASF-Kapitalisten das vorgestellt hatten. Bei den Ausfahrern kam es zu heftigen Diskussionen über die Prämien. Dabei kam eine Forderung zustande: Alle in Lohngruppe 3 und alle mindestens 20 Prozent Betriebsprämie. Auf einer solchen einheitlichen Forderung, geht der Kampf in der Richtung „Weg mit dem Prämiensystem!" – (Zelle BASF / Red.)

Klunckers „Produktivitätsfortschritt“

Wie wir letzte Woche berichtet haben, hat die Bourgeoisie über die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute ankündigen lassen, sie beabsichtige, die Löhne und Gehälter für die Beschäftigten in öffentlichen Diensten noch eine ganze Ecke tiefer zu drücken, als mit den Löhnen und Gehältern für industrielle Arbeit sowieso geplant. Inzwischen gibt es dazu eine Stellungnahme des Vorsitzenden der ÖTV. Das Handelsblatt zitiert:

„Kluncker: Wie der ‚erwartete Produktivitätsfortschritt‘ in 1977 aufgeteilt werde, das sei kein wirtschaftswissenschaftliches Problem, sondern eine gesellschaftspolitische Entscheidung.“

Das „Handelsblatt“ ist als Berichterstatter an der Frankfurter Börse zugelassen und weiß, warum es den „erwarteten Produktivitätsfortschritt“ in „ “ setzt. Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute prognostizieren ein Wirtschaftswachstum für 1977 von etwa 5,5 Prozent. Sie prognostizieren also, daß 1977 die Masse der von den Arbeitern produzierten Werte um etwa 5,5 Prozent zunehmen wird.

Es ist aber überhaupt nicht heraus, von welcher Zahl wirklicher Arbeiter diese Werte produziert werden sollen. Die Forschungsinstitute schreiben dazu:

„Mit einer spürbaren Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen ist wohl erst im kommenden Jahr zu rechnen. Aus heutiger Sicht ist schwer abschätzbar, inwieweit der erhöhte Bedarf durch eine Erhöhung der Zahl der Überstunden oder der Beschäftigten gedeckt wird.“

Der „Produktivitätsfortschritt“, das heißt die Mehrleistung, die die Kapitalisten aus jeder einzelnen Arbeitskraft herausholen wollen, ist auf 5,5 Prozent geplant. Die gesteigerte Wertmasse soll also von einer günstigenfalls gleichbleibenden, vermutlich aber sogar weiter zusammengeschrumpften Arbeiterarmee hergestellt werden. Dementsprechend drückt sich eines der Institute auch klar aus:

„Demnach erscheint eine Zunahme der Beschäftigung keineswegs gesichert; die Zahl der Arbeitslosen würde in diesem Falle nur etwa in dem Umfang sinken, wie arbeitslose Ausländer in ihre Heimatländer zurückkehren und arbeitslose Inländer sich aus dem Erwerbsleben zurückziehen.“

Der Sachverhalt ist wichtig für die Beurteilung der Lohnfrage. Für das Einkommen der Arbeiterklasse macht es einen erheblichen Unterschied, ob die Kapitalisten den festgelegten Lohn an 1 000 oder an 1 055 Arbeiter zahlen müssen. Der Unterschied betrifft nicht nur den Lohn. Verkauf der Arbeitskraft an die Kapitalisten bedeutet Verschleiß der Arbeitskraft durch die Kapitalisten. Verschleiß der Arbeitskraft bedeutet Verschleiß der Lebenskraft der Arbeiter. Die Kosten, die durch gesteigerten Verschleiß der Lebenskraft entstehen, sind gewaltig. Die Bourgeoisie, die alles bloß in Geld ausdrükken kann, redet dann von „der Kostenexplosion im Gesundheitswesen“. Es gibt noch andere Folgen dessen, was Heinz Kluncker einen „erwarteten Produktivitätsfortschritt“ zu nennen beliebt. Zum Beispiel die rasant sinkende Lebenserwartung der Arbeiterbevölkerung wie auch die Kindersterblichkeit, die in den Industriestädten zunimmt.

Es versteht sich, die notwendige Forderung der Lohnabhängigen muß unter solchen Bedingungen höher sein, und wenn sie nicht durchgesetzt werden kann, so hat das schwerwiegende Folgen für die ganze Klasse. „Wissenschaftlich“ ausgedrückt, nicht nur „arbeitslose“, sondern auch „arbeitende“ Inländer „ziehen sich aus dem Erwerbsleben vorzeitig zurück“, indem sie für den „Produktivitätsfortschritt“ früh versterben.

Was ist die Antwort der SPD-Strategen auf diese objektive, aus den amtlichen Statistiken nachweisbare Entwicklung der Lage der Arbeiter? Preisgabe der Interessen der Lohnabhängigen, denn:

„Wie der ‚erwartete Produktivitätsfortschritt‘ in 1977 aufgeteilt werde, das sei kein wirtschaftswissenschaftliches Problem ...“

Na also, wem der „erwartete Produktivitätsfortschritt“ aufgebürdet wird, das steht schon fest, darüber spricht man unter bürgerlichen Ideologen nicht, fraglich ist nur, ob die Lohnabhängigen genötigt werden, die Bürde noch für einen gesunkenen Lohn zu tragen. Dies werden sich die Lohnabhängigen, insbesondere die Arbeiterklasse, nicht gefallen lassen. Der Weg, auf dem es doch erreicht werden kann, Heinz Kluncker weist ihn über die „Bild“-Zeitung:

„Ich bin bereit, über einen Solidaritätsbeitrag für die Arbeitslosen zu reden. Aber ein solcher Beitrag darf nicht nur vom öffentlichen Dienst und nicht nur von den Arbeitnehmern verlangt werden.“

Schon die Beherrschung des Dreisatzrechnens eröffnet einem Zugang zu der Erkenntnis: Je niedriger der Lohn für die Arbeiter, die Arbeit haben, gedrückt werden kann, um so niedriger wird das Arbeitslosengeld sein, das die Arbeiter im Falle der Arbeitslosigkeit erhalten. Das erste Gebot der Solidarität mit den Arbeitslosen – ein dummes Wort, denn es handelt sich ja um Sicherungen aller Arbeiter, weil alle in den Fall kommen können, arbeitslos zu werden –, das erste Gebot ist also, ausreichende Lohnforderungen aufzustellen und durchzukämpfen. Kluncker hingegen deutet an, daß er das Gegenteil für richtig findet. – Ist das nun ein bürgerlicher Ideologe oder keiner?

5,5 Prozent Wirtschaftswachstum haben die Institute vorhergesagt. 4 Prozent soll angeblich die Inflationsrate betragen. Seitdem die Bourgeoisie darangegangen ist, den Lohnstandard erheblich zu drücken, fälscht sie auch systematisch die Inflationsrate für die Lebensmittel des Bedarfs der Volksmassen. In diesen geschätzten 4 Prozent verbergen sich Preisverbilligungen zum Beispiel bei hochwertigen Stereoanlagen usw. Sodann verbirgt sich darin die gesunkene Qualität der Wurst, die jeder aus der Erfahrung der letzten Jahre miterlebt hat. Man muß bestimmt ein volles Prozent aufschlagen, selbst wenn die Prognose zutreffen sollte, was wir nicht annehmen. Sodann ist die Auspressung von Arbeitsleistung ganz erheblich gesteigert worden.

Wenn jetzt in den Betrieben, Dienststellen und Ämtern der öffentlichen Dienste von einer Forderung von 160 bis 180 DM für alle gleich geredet wird, so ist das bloß das unvermeidbar Nötige. Fällt die Forderung niedriger aus, so wird die gewerkschaftliche Kampfkraft dadurch empfindlich geschwächt, denn ganze Lohngruppen geraten damit in eine hoffnungslose Lage.

Für die führenden SPD-ler ist eine niedrige Forderung, womöglich noch in Prozenten, aber erstrebenswert. Wirkt sie spaltend, so verhindert sie den erforderlichen Kampf, verhindert die Sozialdemokratie den Kampf, so hat sie bei den Bourgeois den dicken Stein im Brett, Schmidt bleibt Kanzler und Tausende von SPD-lern bleiben in den Poren des Staatsapparates festgewachsene Beamte. Die Bourgeois bleiben im Besitz dicker Profite.

Das sind die hohen Ziele, für die Heinz Kluncker ficht. Innerhalb der ÖTV wird man zur Zeit schier ausgeschlossen, wenn man auf die Festlegung korrekter Lohnforderungen hinarbeitet. Der Vorsitzende dieser Gewerkschaft aber stromert überall herum, und mit jeder Bemerkung, die der Mann fallen läßt, wirft er Interessen der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten in den Schoß der Bourgeoisie. Wer daran denkt, unter solchen Bedingungen könne die gewerkschaftliche Kampffront gegen den Dienstherren ohne scharfen ideologischen Kampf gegen die SPD-ler aufgebaut werden, liegt schief. – (m.f.)

„Vorlage 1082“ des Westberliner Senats

2 610 Stellen sollen gestrichen werden

Im Haushaltsplan 1977 des Westberliner Senats ist der Ansatz für Personalausgaben um 3,4 Prozent höher als 1976. Wie will er das machen, fragen die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst. Glaubt denn der Senat wirklich, er könne in diesem Jahr einen solchen Lohnraub gegen uns durchsetzen? Er glaubt's.

Doch nicht allein über Lohnraub will er diesen Ansatz verwirklichen. Seine Pläne sind umfassender. In der letzten Woche ist eine Bezirksvorlage des Westberliner Senats trotz des Vermerks „vertraulich“ bekanntgeworden. Autoren dieser Vorlage sind der Regierende Bürgermeister Schütz (SPD), Bürgermeister Lüder (FDP), Senator für Finanzen Reebschläger (SPD) und Senator für Inneres Neubauer (SPD). In dieser Vorlage sind Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst in einem Sofortprogramm vorgesehen. Diese Vorlage soll am 2.11. vom Senat verabschiedet werden. Eine Anhörung der Personalvertretung ist ausdrücklich nicht vorgesehen. Mindestens 2 600 Stellen sollen gestrichen werden. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um den Wegfall von 600 Reinigungskräften beim Senator für Inneres, 1 000 Schreibkräfte in den Bezirks- und Hauptverwaltungen, 700 Kraftfahrerstellen bei der Berliner Verkehrsgesellschaft, 100 Stellen im Reparaturdienst für die Busse, 15 Stellen bei der U-Bahn. 150 Stellen am Schlachthof, 75 Stellen in den Stadtbädern, 30 Bezirks- und Sozialarbeiter in der Familienfürsorge. 50 „pädagogische Mitarbeiter“ auf den Spielplätzen. Insgesamt hat die Senatskommission 54 Vorschläge für Personalkosteneinsparung vorgelegt, die „nach ihrer Auffassung kurz- und mittelfristig zu realisieren“ sind.

Die Stellenstreichung bei den Reinigungskräften gehört zu den „Maßnahmen, die sich bereits in der Realisierung befinden“. Für jeden einzelnen Vorschlag liefert die Kommission eine Begründung. Bei der Streichung der Stellen für Sozialarbeiter in der Familienfürsorge heißt es zum Beispiel: „Der Senator für Inneres wird aufgefordert, in Verbindung mit dem Senator für Familie, Jugend und Sport die Zahl der Stellen für Sozialarbeiter der Familienfürsorge entsprechend dem Anteil der 18- bis 21-jährigen an der Gesamtzahl der Bevölkerung von 0 bis 21 Jahren zu kürzen. Begründung: Die Herabsetzung der Volljährigkeitsgrenze macht diesen Schritt erforderlich.“

Bei den Lehrern sollen Zeitverträge eingeführt werden. „Im Hinblick auf die ab 1982 stark reduzierten Schülerzahlen ...“, dann in der Begründung: „Es muß vermieden werden, daß 1982 wegen des Rückgangs der Schülerzahlen personelle Überkapazitäten entstehen.“ „Darüberhinaus sind in diesem Katalog Maßnahmen enthalten, die der Prüfung bedürfen.“ Darin sind solche enthalten wie die „Fremdvergabe zentraler Dienste, z.B. Wäschereien, Küchen, Gärtnereien in Krankenhausbetrieben“. Oder die Erhöhung der Gruppengrößen in den Kindertagesstätten. Die gesamte Bezirksvorlage bedeutet Stellenabbau und verstärkte Kontrolle und Mehrarbeit.

Warum, das sagte Helmut Schmidt auf dem Westberliner SPD-Parteitag eine Woche nach der Bundestagswahl. Die Wirtschaftskraft Westberlins solle gefördert werden, führte der Bundeskanzler aus, und wörtlich: „Ich sage ausdrücklich Wirtschaftskraft und nicht öffentliche Unternehmung.“ Also Geld soll freigemacht werden für die Kapitalisten, dazu die Vorlage 1082.

Das reicht dem Finanzkapital nicht, es fordert mehr von seinem Staat. Parallel zu dieser Vorlage hat der Staat Mehreinnahmen durch die Erhöhung der öffentlichen Tarife von 109 Millionen DM für 1977 geplant. Im wesentlichen handelt es sich um Erhöhungen bei Gas, Strom, Müllabfuhr, Straßenreinigung und bei Verkehrsbetrieben. Diese Ausplünderungsmaßnahmen stoßen auf Ablehnung unter den Arbeitern und den Volksmassen. Jetzt soll der Coup gelingen, den Kampf gegen die Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst und den Kampf gegen die Tariferhöhungen gegeneinander zu führen. Der „Tagesspiegel“ vom 28.10. kommentiert zu der Vorlage 1082: „Der Plan macht staunen und läßt hoffen.“

Die Bourgeoisie hofft, daß ihr Manöver gelingt. Es gibt aber bereits konkrete Kampfschritte gegen die Senatsplanung, und keineswegs werden die Tariferhöhungen hingenommen. In der GEW wurde es erreicht, daß zu einer Demonstration am 6.11. gegen die Stellenstreichung an Kindertagesstätten aufgerufen wird. Diese geplante Stellenstreichung war schon vor der gesamten Beschlußvorlage in die Öffentlichkeit gedrungen. In der ÖTV treten am 4.11. alle Personalräte in Westberlin zusammen. Der ÖTV-Bezirksvorstand hofft den Deckel draufzuhalten, die Vertrauensleute und Betriebsgruppen sollen aus dem Kampf herausgehalten werden. Sie werden aufgefordert, Geschlossenheit zu bewahren und gemeinsam dafür einzutreten, die Errungenschaften zu verteidigen. Gleichzeitig lehnt es aber der ÖTV-Bezirksvorstand ab, zur Demonstration am 6.11. gemeinsam mit der GEW aufzurufen, gleichzeitig lehnt er es ab, Beschlüsse überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, wie sie in einzelnen Betrieben diskutiert werden entlang spontanen Arbeitsniederlegungen. Darüberhinaus betreibt die sozialdemokratische Fraktion in der ÖTV Ausschlüsse gegen klassenbewußte Gewerkschafter.

Das ist ihre konkrete Position zur Bewahrung der Geschlossenheit. Doch das wird nicht fruchten. In den öffentlichen Diensten stehen die Zeichen auf Sturm. In den Bereichen, die aus dem öffentlichen Dienst ausgegliedert werden, wird weiter über Arbeitsniederlegung gesprochen. Bei den Gaswerken (GASAG) ist es in einem Bereich der Reparatur bereits zu kurzfristiger Arbeitsniederlegung gekommen. – (h Westberlin)

Gerechte Sache findet Unterstützung

Waiblingen/Stuttgart. Die Stadtbürokratie in Waiblingen will die Angestellten Wöhl und Heinzmann entlassen, weil sie sich die politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten, die die Beschäftigten im öffentlichen Dienst brauchen, genommen haben. Beide haben öffentlich erklärt, daß die städtischen Wohnungen in Waiblingen in einem menschenunwürdigen Zustand sind, der sich ändern muß. Gegen diese Verhältnisse hat sich in Waiblingen unter Führung des KBW eine breite Bewegung gebildet, die in Kundgebungen und Demonstrationen die Forderung erhoben hat: Weg mit den elenden Verhältnissen in den städtischen Wohnungen! Die Stadtverwaltung ist dadurch gezwungen worden, nach 23 Jahren zum erstenmal die Wohnungen renovieren zu lassen.

Jetzt schlägt der kapitalistische Staat, an der Spitze die SPD, wild um sich, um die Einheit der Bewegung zu zerschlagen. Eines seiner Mittel ist die geplanten Entlassung von Heinzmann und Wöhl. Doch auch damit ist er bis jetzt nicht weit gekommen. Über 230 Kollegen, Jugendliche und Bewohner der städtischen Wohnungen haben durch ihre Unterschrift den Protest gegen die geplanten Rausschmisse erhoben. Die Kolleginnen der Kindergärtnerin Wöhl haben in einem Brief an ihren Dienstherrn den Rausschmiß bekämpft. 16 Beschäftigte im Rathaus haben sich schon durch ihre Unterschrift gegen den Rausschmiß ausgesprochen. Wöhl und Heinzmann sind beide Mitglieder der ÖTV. Heinzmann ist im Ortsvorstand der ÖTV in Waiblingen und stellvertretender Personalratsvorsitzender bei der Stadtverwaltung. Flugs hat die Gewerkschaftsführung nun dem Dienstherrn ihre Handlangerdienste angeboten. Sie hat gegen Heinzmann ein Funktionsverbot ausgesprochen und angezweifelt, ob es überhaupt rechtens wäre, daß die beiden Kollegen Mitglied der ÖTV seien.

Stuttgart. Die ÖTV-Mitglieder in Stuttgart haben durch ihre Forderungen erreicht, daß zum 19. November eine außerordentliche Kreisdelegiertenkonferenz einberufen wurde. Die Delegiertenkonferenz hat als einzigen Tagesordnungspunkt die Vorgänge, die zur Suspendierung des ÖTV-Geschäftsführers Penzel und dem Ausschlußverfahren gegen den Genossen Vollmer geführt haben. Penzel wurde durch den geschäftsführenden Hauptvorstand gezwungen, auf dieser Delegiertenkonferenz als Kreisvorsitzender zurückzutreten. Die ÖTV Arbeiterwohlfahrts-Betriebsgruppe verschickt zur Vorbereitung der Delegiertenkonferenz eine bereits verabschiedete Resolution gegen den Gewerkschaftsausschluß des Genossen Vollmer an alle zirka 300 Kreisdelegierten. Vollmer hatte die Mieter unterstützt. Deshalb will die AWo den Betriebsratsvorsitzenden rausschmeißen. Der Hauptvorstand der ÖTV will nachziehen. In vielen Betrieben des öffentlichen Dienstes werden Unterschriften unter eine Resolution gesammelt, in der die sofortige Rücknahme des Ausschlußverfahrens und die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefordert wird. Aus dieser Resolution: „Wenn aktive Gewerkschaftskollegen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden, dann schadet dies unseren Interessen und nützt den Dienstherren. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse unterwerfen unsere Intressen unter die des Dienstherren, uns stehen schwere Lohnkämpfe bevor. Auf die wollen wir uns vorbereiten.“

Schwetzingen/Kreiskrankenhaus. Der Vertrauensleutekörper hat auf seiner Sitzung Forderungen für die Tarifauseinandersetzungen aufgestellt. Erstens: Mindestens 170 DM für alle. Zweitens: Streichung der zwei unteren Lohngruppen. Drittens: Abschaffung des Schlichtungsabkommens. Viertens: Urabstimmung vor jedem Tarifabschluß. Dieser Beschluß soll der ÖTV-Mitgliederversammlung am 9.11. zur Beschlußfassung vorgelegt werden, und der Delegierte für die große Tarifkommission soll darauf festgelegt werden.

Lauenburg. Am 24.10. haben die ÖTV-Mitglieder am Städtischen Krankenhaus Lauenburg mehrheitlich in einem Antrag an die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Kreis Storman/Lauenburg die Forderung nach einem Festgeldbetrag von 170 DM aufgestellt.

GEW-Hessen. Örtliche Kampfmaßnahmen haben die Kreismitgliederversammlungen der GEW in Offenbach-Stadt, Offenbach-Land, Groß-Gerau (Kreisvorstand) und Darmstadt beschlossen. Sie beinhalten Pausenversammlungen, Stände in der Stadt, Autokorso und Kundgebungen. Die Einberufung einer außerordentlichen Landesvertreterversammlung der GEW wird gefordert, um den Gesamtstreik zu beschließen.

Frankfurt, Ernst-Reuter-Schule. Das Regierungspräsidium fordert in einem Schreiben die Schulleitung auf, „eingehend zu berichten“, was dagegen unternommen werde, daß sich die Lehrer zusammenschließen und zu diesem Zweck auch Beschlüsse fassen. „Ich erinnere daran, daß Personalversammlungen keine Beschlüsse fassen, sondern lediglich Empfehlungen formulieren können, die gegebenenfalls der Personalrat der Schulaufsicht bzw. dem Bezirkspersonalrat gegenüber vertreten kann. Auch der Personalrat – von der Personalversammlung ganz zu schweigen – hat das Recht, eine Schule, ein Kollegium oder Teile eines Kollegiums gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten“, heißt es. An der Ernst-Reuter-Schule finden weiter Versammlungen statt. Die Fesselung der Lehrerbewegung mit dem Beamtenrecht wird zunehmend überwunden. Zum Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrer verabschiedete die GEW-Schulgruppe am 25.10. einstimmig einen Antrag an den Bezirksverband, in dem es unter anderem heißt:

„– Der Beschluß des Hauptausschusses

„– Der Beschluß des Hauptausschusses
vom 19.10. zur Absetzung der Urabstimmung ist falsch! (...)

– Die Notwendigkeit von Vorbereitung und Durchführung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen ist nicht vom Tisch. Alle Kollegen, die ganze Gewerkschaft müssen diesen Kampf führen; (...)

– die Politik der Regierungszusammenarbeit und Verschleppungstaktik in der Gewerkschaft muß zurückgewiesen werden.“

Als Maßnahmen fordert die Schulgruppe eine Demonstration und Kundgebung der Frankfurter GEW unter den Forderungen „Keine Arbeitszeitverlängerung! Keine Zwei-Drittel-Stellen!“ sowie die Einberufung einer außerordentlichen Landesvertreterversammlung der GEW Ende November, um Urabstimmung und Streik in ganz Hessen zu beschließen.

Bürgerhospital Frankfurt. In der letzten Ausgabe der KVZ haben wir über den Kampf der Schwesternschülerinnen gegen die Einführung neuer Zwischenprüfungen und gegen die unterdrückerische Ausbildung berichtet. Der Diakonieverein, der Träger des Hospitals ist, hatte mit der Kündigung von Evelyn Schlette versucht, den Kampf im Keim zu ersticken. Mit Androhung von 500 000 DM Geldstrafe oder ersatzweise sechs Monaten Ordnungshaft, versucht der Verein jetzt, über die bürgerlichen Gerichte Enthüllungen über die Zustände an dem Krankenhaus zu unterdrücken. Beides gelingt ihnen nicht. Acht Schülerinnen vom Bürgerhospital haben jetzt eine Erklärung herausgegeben, in der sie sich gegen die Kündigung sowie gegen jegliche politische Kündigungen aussprechen. Sie stellen in ihrer Erklärung weiterhin fest, daß die veröffentlichten Enthüllungen der Wahrheit entsprechen, daß nämlich z.B. Schülerinnen zeitweise oft allein die Versorgung von ganzen Stationen übernehmen müssen. Die Einführung der Zwischenprüfung lehnen sie ab.

Darmstadt. In der Technischen Universität wird die Arbeitshetze immer mehr verschärft. Im Maschinenbaugebäude waren bisher 20 000 Quadratmeter von 12 Arbeiterinnen zu reinigen. Seit der Fertigstellung neuer Werkhallen sind 5 000 Quadratmeter dazugekommen. Da ein genereller Einstellungsstopp für Putzfrauen besteht, sollten die 12 Arbeiterinnen die Reinigung der Hallen mit übernehmen. Dagegen haben sie sich gewehrt. Auf ihren Protest hin mußte die Reinigung der Hallen eingestellt werden.

Im Kraftwerk sollte auf einen Erlaß hin eingeführt werden, daß in allen Hauswerkstätten mit Arbeitszetteln genaue Kontrollen über die Arbeitszeit und das Verbrauchsmaterial geplant waren.

Dahinter stand das Ziel, weiter zu rationalisieren oder die Werkstätten ganz zu schließen und die Arbeiten im Fremdauftrag durchführen zu lassen. Gegenüber den Arbeitern wurden die Arbeitszettel damit begründet, daß die Erfassung der Schmutz- und Schweißstunden erleichtert werden sollte, um die Zulagen leichter berechnen zu können. Die Arbeiter sind auf den Schwindel nicht hereingefallen und haben gefordert, daß die Arbeitszettel weg müssen. Daraufhin sind die Arbeitszettel vorläufig vom Präsidenten der Universität zurückgezogen worden.

Vom 1.10.1975 bis zum 30.9.76 haben die Kapitalisten und der bürgerliche Staatsapparat an die Arbeitsämter 303000 betriebliche Ausbildungsstellen gemeldet. Das sind 23000 oder 7,1 % weniger als vorher. Die Zahl derer, die auf der Suche nach einer Lehrstelle waren, lag dagegen um 7,7 % höher, bei 401100. Das heißt, das rund Hunderttausend Jugendliche keine Lehrstelle gefunden haben, um ihre Arbeitskraft auszubilden. Daran seien die Jugendlichen selber schuld, erklärte jetzt der Deutsche Industrie- und Handelstag. „Der statistisch signalisierte Mangel an Lehrstellen" besteht in Wirklichkeit gar nicht. Er komme deshalb zustande, weil viele Lehrlinge mehreren Kapitalisten eine Zusage machten bei der Lehrstellensuche und dann zu guter Letzt nur eine Stelle antreten – so der Industrie- und Handelstag. „Das blockiere die Lehrstellen." Dazu hat der Industrie- und Handelstag jetzt einen „bemerkenswerten Vorschlag" (Mannheimer Morgen) gemacht. Jeder Schulabgänger soll in Zukunft mit einer Meldekarte ausgestattet werden, die der Jugendliche beim Kapitalisten abzugeben hat in einer bestimmten Frist und die dann als feste Zusage gilt, daß er die Stelle annimmt. Erreicht werden soll damit, die jugendliche Arbeitskraft schnell entsprechend den Profitinteressen der Kapitalisten in ein Ausbeutungsverhältnis zu treiben. Die Zusage über die Meldekarte wird zentral registriert und entsprechend werden die Lehrstellensuchenden vom Arbeitsamt gelenkt.

Kassel. Schreiner-, Schriftsetzer und Maurerklassen der Walter-Hecker-Schule schlagen vor: Streik zur Durchsetzung von 12 Stunden Berufsschulunterricht. In dieser Woche wählen die Berufsschüler der Walter-Hecker-Schule ihren neuen Tagessprecher. Die Schulgruppe hat sechs Kandidaten aufgestellt, die auf einer gemeinsamen Wahlplattform kandidieren:
– 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen
– Fahrtkostenrückerstattung
– Arbeitslose Jugendliche und Hilfsarbeiter in Facharbeiterklassen ihrer Wahl; Nutzung, Ausbau und Neubau von Lehrwerkstättern an der Walter-Hecker-Schule
– Keine Entrechtung der Schülervertretung.

Zwei Maurerklassen, eine Schreinerklasse und eine Schriftsetzerklasse haben beschlossen, Aktionen zur Durchsetzung der Forderungen durchzuführen. Die vier Klassen schlagen vor:
– auf den Tagessprecherversammlungen eine Beauftragung an Direktor Keim zu beschließen, sofort 12 Stunden Berufsschule einzuführen;
– statt nach 13 Uhr noch zur achten und neunten Stunde zur Schule zu gehen, am Tage der Tagessprecherversammlung gemeinsam dem Direktor diese Beauftragung zu überbringen und sie durch die Bestreikung der achten und neunten Stunde zu unterstützen. Falls der Direktor diesem Auftrag nicht nachkommt und die 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen nicht eingeführt werden, generell den Unterricht nach der sechsten Stunde zu bestreiken.

Die Buchbinder-, Schriftsetzer- und Druckerlehrlinge des ersten Lehrjahrs haben sich am Montag letzter Woche diesen Vorschlägen angeschlossen.

Rauschgift und Drogen:

Geschäfte und Betäubung

Rauschgift und Drogen sind schon immer ein Mittel der herrschenden Klassen gewesen, um Geschäfte zu machen und die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen zu betäuben. Die imperialistische Bourgeoisie in Westdeutschland förderte in der revolutionär-demokratischen Bewegung Ende der sechziger Jahre bewußt Strömungen, die sich über „bewußtseinsfördernde Drogen" in den Schoß der Bourgeoisie begeben wollten. Diese Absicht hat das Bourgeoisieblatt „Frankfurter Allgemeine Zeitung" 1968 verkündet und spekuliert, ob man nicht den Handel und Konsum von Haschisch legalisieren sollte. Die politische Entwicklung verlief anders, man blies zum Abbruch dieser Reform. Die Revolutionäre in der Jugendbewegung organisierten sich in Kommunistischen Jugendbünden und beteiligten sich am Aufbau der Kommunistischen Partei.

Die Bourgeoisie verstärkte die Ausbeutung, um Höchstprofite zu erzielen. Dazu mußte sie auch international konkurrenzfähig sein. Sie verschärfte die Unterdrückung der Arbeiterklasse. 1972 verabschiedete die Bundesregierung ein „Aktionsprogramm zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs". Inhalt des Programms war die verschärfte Unterdrückung der Arbeiterjugend. Es trug dazu bei, den ganzen Rauschgifthandel zu straffen. Die professionellen Händler wurden polizeilich von den dilettantischen Kleinhändlern befreit. Stadtbekannt ist vielerorts, daß die großen „Dealer" ungeschoren bleiben, während reihenweise Jugendzentren unter dem Vorwand der „Rauschgiftsuche" drangsaliert werden. Der Verkauf harter Drogen, besonders Heroin, stieg gegenüber dem Haschisch.

Die folgende Tabelle zeigt, wie mit Hilfe des Betäubungsmittelgesetzes die Unterdrückung der Jugend zugenommen hat.

Strafverfahren nach Betäubungsmittelgesetz (BMT) – Jugendstrafrecht

	abgeschlossene Strafverfahren	verurteilte Fälle	verhängte Freiheitsstrafen
1969	196	150	21
1972	4124	3500	433
1974	4128	3666	894

(Zahlen aus Bevölkerung und Kultur: Rechtspflege, entsprechende Jahrgänge, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt)

Daß es sich um nackte Unterdrückung der Jugend durch die Bourgeoisie handelt, sieht man leicht daran, daß die Zahl der Rauschgiftsüchtigen zunimmt und nicht abnimmt. Es ist gerade so, daß die Abrichtung der Jugend zum Lohnarbeiter die Ursache dafür ist, daß Rauschgift geschluckt wird. Im ersten Halbjahr 1976 ist die Zahl der Jugendlichen, die an Rauschgift gestorben sind, höher als die des ganzen Jahres 1974.

Die natürliche Entwicklung der Jugend muß an vielen Punkten des Heranwachsens schmerzlich geknickt werden, daß Jugendliche entstehen, so wie es die Bourgeoisie will. Dies geht nur mit roher Gewalt. Es geht auch über Betäubung mit der ganzen imperialistischen Kultur, mit der die Arbeiterjugend unterdrückt wird – teure Kneipen, Religion und Rauschgift.

Mit der Zunahme des Elends der Jugend stieg denn auch der Anteil von Jugendlichen aus der Arbeiterklasse und den besitzlosen Schichten unter den Drogenabhängigen. „Verlagerung in einfache Schichten" nennt das das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. Festgestellt wird, „daß Jugendliche, die zu Drogen greifen und durch sie gefährdet werden, in ihrer geistig-seelischen Ausrüstung zu kurz gekommen" und „leistungsschwach, haltlos, labil" sind. (Dokumente zum Drogenproblem, herausgegeben vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit) „Geistig-seelische Ausrüstung", das riecht schon meilenweit nach Unterdrükkung, „zu kurz gekommen" heißt, die Ausbildung zum Lohnsklaven nicht verkraftet zu haben, also „leistungsschwach". Alles aus dem Ministerium der Bourgeoispolitikerin Katharina Focke. Man wird sich das merken für die Revolution.

Der Arbeitskreis der Drogenbeauftragten des Bundes und der Länder hat im August 1976 die Einführung sogenannter Mindestkriterien für Beratungsstellen und stationäre Einrichtungen zur Betreuung Drogenabhängiger beschlossen. Es sollen diese Einrichtungen mit der Drohung des Mittelentzugs gezwungen werden, ihre ‚Klienten' karteimäßig zu erfassen, Ihre Personaldaten, Adressen, Störungen, Entwicklungsgeschichte, Motivation und Beratungsverlauf." Weiterhin sollen staatliche Aufsichtsbehörden halbjährlich detaillierte Tätigkeitsberichte, Unterlagen über theoretische Grundlagen, Vorgehen und dergleichen eingereicht werden. Um mit diesen Gesetzen auch sicher die Arbeiterjugend zu treffen und zu verhindern, daß Bourgeoisjugendliche unter die Räder kommen, hat die Landesregierung in ihrem Programm „gegen den Drogen- und Rauschmittelgebrauch" erklärt: Zwangseinweisung in psychiatrische Landeskrankenhäuser oder Knast sei für die Drogenabhängigen angebracht, bei denen „ungünstige" Therapieprognose gestellt werde – ungünstig sei, je länger der Drogenkonsum schon andauere, je früher er angefangen habe, je wechselhafter der Konsum gewesen sei und je schwieriger die „soziale" Lage des Konsumenten sei.

Am 7./8.10. trafen sich in Heidelberg bei einem selbständig organisierten Treffen Beschäftigte von 50 Beratungs- und Rehabilitationszentren. Beraten wurden Kampfmaßnahmen gegen die staatliche Drogenpolitik. In einer mit breiter Mehrheit verabschiedeten Resolution wurde die Strafverfolgung und umfassende Kontrolle der Drogenabhängigen, die seit der Verschärfung der Opiumgesetze von 1971 alle zu Kriminellen erklärt werden, angegriffen und durch Verweigerung der Spitzeltätigkeit soll der Kampf organisiert werden.

Die Bourgeoisie veranstaltet nur ein großes Geschrei, „wenn einmal drogenabhängig – dann Schluß". Es ist anders. Einmal erkannt, daß die Herrschaft der Bourgeoisie, die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterjugend zum Drogenkonsum geführt hat, ist die Energie doppelt groß, den Kampf gegen sie aufzunehmen. Die Abhängigkeit von Drogen kann dann beendet werden. – (Nach Berichten/r.)



Keine Schließung des selbstverwalteten Jugendwohnheimes im Ziegelhüttenweg! Korruption und Knüppel ins Genick – das ist die staatliche Jugendpolitik! Unter diesen und vielen anderen Parolen sammelten sich am Samstag 300 Jugendliche am Römerberg, die Demonstration wuchs auf 500 an. Die Jugendlichen haben ihren Heimleiter Plum vor die Tür gesetzt und die Selbstverwaltung erkämpft. Jetzt hat die Kirche die Räumung des Hauses beantragt. Das lassen sich die Jugendlichen nicht gefallen.

„Veredelung" von Tabak und Alkohol

In Riesenumfang nutzt die Bourgeoisie die Steuern auf Tabak, Branntwein und Bier zur Finanzierung ihres Unterdrückungsapparates und zur Ausplünderung der Volksmassen: 13,5 Milliarden Steuern hat er eingetrieben, mit der Tabaksteuer 1974 8 952 Millionen, Branntweinmonopol 3 288 Millionen und Biersteuer 1 262 Millionen. Das waren 1974 knappe 10 % des Bundessetats von 1974, eine Summe, die die Ausgaben für das Innen-, Außen-, Justiz-, Finanz-, Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Postministeriums abdeckte. Somit haben es die westdeutschen Bourgeois weit gebracht mit der „Veredelung" von Alkohol und Tabak, mit diesen Steuern werden Kriegskosten gegen die Volksmassen bestritten. Schon 1876 – genau vor hundert Jahren, stellt Friedrich Engels fest über die Preußischen Junker:

„Kurz, wenn Preußen in den Stand gesetzt wurde, die 1851 verschluckten westelbischen Brocken einigermaßen zu verdauen, 1848 die Revolution in Berlin zu erdrücken, 1849 trotz der rheinisch-westfälischen Aufstände an die Spitze der deutschen Reaktion zu treten, 1866 den Krieg mit Österreich durchzuführen und 1871 ganz Kleindeutschland unter die Führung dieses zurückgebliebensten, stabilsten, ungebildetsten, noch halbfeudalen Teils von Deutschland zu bringen, wem verdankt es das? Der Schnapsbrennerei."

Ludwigsburg. „Wir brauchen eine Mensa!" „Wir wollen nicht nur Versprechungen, daß sie geplant sei. Nein, wir wollen die schriftliche Zusicherung, daß sie gebaut wird und auch wann." Das fordert eine Bauzeichnerklasse und hat dazu eine Resolution verfaßt, die von 22 der 24 Schüler unterstützt wurde. Nach einer Diskussion in der Klasse, ob man den Kreistag bitten solle, die Forderung zu erfüllen, oder ob man durch Kampf die Forderung durchsetzen muß, wurde große Einheit erzielt, daß ohne Kampf die Mensa nie gebaut wird. In der Resolution heißt es weiter: „Die SMV wird aufgefordert, eine Klassensprecherversammlung sofort nach den Ferien einzuberufen."

Hessen. Hessischer Landtag beschließt Wiedereinrichtung geschlossener Heime. Auf den einstimmigen Beschluß des hessischen Landtages hin hat eine Arbeitsgruppe des Sozialministeriums eine Konzeption für die Wiedereinrichtung von geschlossenen Heimen in Hessen ausgearbeitet. Genannt wird dieses Werk der Reaktion „heilpädagogische Intensivbetreuung", und begründet wird es damit, daß „die Problematik der Jugendlichen, die früher geschlossen untergebracht waren, sich nicht entscheidend geändert hat".

Der bürgerliche Staat geht dazu über, immer größere Teile der rebellierenden Jugend einzusperren, um sie per „Intensivbetreuung" dazu zu zwingen, „den Normen der Gesellschaft entsprechend zu handeln", sprich Lohnsklave zu werden.

Damit für diese Jugendlichen „Schul- und Arbeitsmotivationen gesetzt und sie zur Leistungsaufnahme befähigt werden", wird ein ganzes Heer von Polizisten ohne Uniformen aufgeboten: Psychologen, Therapeuten, Psychagogen, Sozialpädagogen usw., die je für einen „Jugendlichen eine Art Patenschaft" übernehmen. Den Jugendlichen wird vorgeworfen, „Scheitern an und ‚Verweigern von normativen Ansprüchen an Leistung (Schule, Beruf) – extrem aggressive Verhaltensweisen gegen Menschen und Sachen". Wo es Unterdrückung gibt, gibt es Widerstand, das bekommt der bürgerliche Staat zu spüren. (Alle Zeitate aus der Konzeption der Arbeitsgruppe „Heilpädagogische Intensivbetreuung" des hessischen Sozialministers)

„Nichts ist schwierig in dieser Welt, ist da der Wille, die Höhen zu erklimmen"

Vor der Revolution in China wurden die Arbeiter und Bauern von den japanischen Imperialisten und den Großgrundbesitzern ausgebeutet und zugrundegerichtet. Die Lage der Volksmassen war verzweifelt. J.S. Horn, englischer Arzt, fuhr 1936 nach China und zitiert in seinem Buch „Arzt in China" aus dem Bericht eines Fabrikinspektors:

„Ich denke zurück an die elf Jahre als Fabrikinspektor in Shanghai und an all die brutale Ausbeutung, die ich sah: an die langen Reihen weinender Kinder in den Seidenspinnereien, manche erst neun oder zehn Jahre alt, an die ausgemergelten Lehrlinge in den dunklen Ausbeuterbetrieben der Hinterhöfe, die ausgebeuteten Lohnarbeiter, die sich in Zwölfstundenschichten in Baumwollspinnereien abplagten, an die ganze widerliche Unterdrückung, die das System mit sich brachte." (...) „Ich wußte damals nicht, daß ich mich im Reiche Tu Yueh-shengs befand, des Führers der geheimen Green Gang Gesellschaft, der auch Tschiang Kai-schek angehörte. Er war der eigentliche Herrscher von Shanghai, König der Zuhälter, Rauschgifthändler und Bordellbesitzer. Er hatte mehr Direktorenposten bei chinesischen Banken und Firmen als jeder andere Mann in Shanghai und Tschiang Kai-schek hatte ihm Orden verliehen. Dieser Multimillionär und Gangster, der über eine private Armee von 15 000 organisierten Verbrechern verfügte, war in Chinas ‚Who is who' von 1933 als Bankier, Menschenfreund und Sozialreformer aufgeführt", schreibt J.S. Horn.

Die Imperialisten sagen, für Rauschgiftsüchtige gibt es keinen Weg zurück. Das sei medizinisch natürlich. Die Wahrheit ist: Es zeigt die Verkommenheit der Ausbeuterklassen und ihr Schmarotzertum am Körper der Gesellschaft. Die Zukunft, die sie haben, ist, daß sie gestürzt werden. Um das noch eine Zeit aufzuhalten, setzen sie solche Behauptungen in die Welt. Es nützt ihnen nichts.

Die chinesischen Volksmassen organisierten den bewaffneten Befreiungskrieg, um die Imperialisten zu besiegen und ein blühendes China aufzubauen. Der Vorsitzende Mao schrieb: „Nichts ist schwierig in dieser Welt, ist da der Wille, die Höhen zu erklimmen." Der verstorbene Genosse Tschu Teh, Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas und Vorsitzender des Ständigen Ausschuses des Nationalen Volkskongresses, war im alten China auch ein starker Opiumraucher. Mit vierzig Jahren, um das Jahr 1920, hat er sich entschlossen, für die Revolution zu kämpfen. Edgar Snow schreibt darüber in seinem Buch „Roter Stern über China': „Schon vor dieser Reise hatte Tschu Teh sich entschlossen, mit der Opiumsucht zu brechen. Das war nicht leicht: er hatte schon sehr lange Opium geraucht. Aber dieser Mann hatte, was die wenigsten seiner Bekannten vermutet hätten, einen stählernen Willen. Tagelang lag er am Rande der Bewußtlosigkeit, im Kampf mit der Sucht. Dann ging er mit einer Arzneimittelkur an Bord eines britischen Yangtse-Flußdampfers mit Kurs auf Shanghai. Auf diesem Dampfer durfte Opium weder gekauft noch verkauft werden, und wochenlang blieb er an Bord, schritt das Deck auf und ab, ging niemals an Land. Er kämpfte den härtesten Kampf seines Lebens. Aber nach einem Monat verließ er das Schiff mit klaren Augen, gesunder Gesichtsfarbe und entschlossenem Schritt. Nach einem anschließenden Krankenhausaufenthalt in Shanghai begann für ihn ein neues Leben. Tschu Teh war um diese Zeit fast 40 Jahre alt, aber er befand sich bei bester Gesundheit und sein Geist strebte begierig nach neuer Erkenntnis. Zusammen mit einigen chinesischen Studenten ging er nach Deutschland.

(...) Ein Studienkollege berichtete über ihn: ‚Er war ein außerordentlich einfacher Mann, bescheiden und ohne Anmaßung. Er forderte immer zu Kritik auf, sein Bedürfnis nach Kritik war unerschöpflich. In Deutschland lebte er das einfache Leben eines Soldaten.'"

1928 organisierte er mit einem Teil der Truppen des Nangtschan-Aufstandes die Erhebung im Süden der Provinz Hunan. Nach 1930 wurde er Befehlshaber der 1. Armeegruppe der Chinesischen Roten Arbeiter- und Bauernarmee, später Vorsitzender der Militärkommission des Chinesischen Sowjets. Er leistete große Beiträge für den Aufbau des Sozialismus in China, bei der Festigung der Diktatur des Proletariats und kämpfte gegen die Restaurierung des Kapitalismus in China.


1937, nach dem Beginn des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression, sprach Genosse Tschu Teh zu Kommandeuren und Kämpfern der Achten-Route-Armee und forderte sie auf, entschlossen den Widerstandskrieg zum siegreichen Ende zu führen.

„Besorgniserregend“

Bremen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtet am 26.10.1976 über einen Prozeß auf Grundlage des § 218 in Bremen. Zunächst will sie eine Niederlage bemänteln. Der zum Prozeß angereiste Richter Rathke sei am Bahnhof eher „spontan“ und „eher zufällig“ empfangen worden. Der KBW „beschwöre die Illusion einer Massenbewegung“. Das ist schon goldig. Gut 250 Leute waren am Morgen des Prozeßtages gegen Frau M. in Aktion.

Die hatten ein klares Ziel. „Weg mit dem § 218!“ und „Kein Prozeß gegen Frau M.!“ Sie hatten klare Losungen: „Das Volk selber soll entscheiden“ und „Volksentscheid gegen den § 218“. Die Arbeiterklasse ist die führende Kraft in der Bewegung gegen den § 218 und führt den Kampf planmäßig. Rathke wurde erwartet.

Allerdings, man muß schon sagen, der Richter hat einen überrascht. Kaum hatte man ihn am Arm gegriffen, schon drehte er sich auf dem Absatz und rannte wie von der Tarantel gestochen in die Bahnhofshalle zurück, wo man ihn aus den Augen verlor. Soviel Feigheit auf einen Fleck hatte man nicht erwartet. Das ist ja so, wenn mich einer am Arm packt, dann frage ich, was denn los ist, oder ich knall demjenigen eine. Aber sofort Fersengeld zu geben, das entspricht tatsächlich nur der Bourgeoisie und ihren Lakaien in der Furcht vor den Volksmassen.

Im Gerichtssaal platzten mehrere Stinkbomben. Richter Rathke erklärt der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, das sei bloß im Treppenhaus gewesen. Das Gerichtsgebäude stank fürchterlich. Das war im Gerichtssaal nicht anders als im gesamten Bau. Trotzdem den Prozeß durchzuziehen, zeugt davon, den Prozeß über die
zeugt davon, den Prozeß über die
Bühne bringen zu wollen, Frau M. abzuurteilen, um seine Schuldigkeit getan zu haben. Die Bourgeoisie hat kalkuliert. Ein erneuter Prozeßtermin wäre ein Erfolg der Massenbewegung, eine Schlappe für sie gewesen.

Richter Rathke teilt mit, er habe nicht den Gerichtssaal räumen lassen, sondern nur die beiden „Hauptkrakeeler“ hinausbeordert, „worauf die Verhandlung bis zur rechtskräftigen Verurteilung der Angeklagten ohne Störungen zügig vorangeschritten sei“. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ fürchtet um die Autorität der Gerichte. Obschon der Saal grad für 35 Leute bemessen war, darunter mit Gerichtsdienern und Spitzeln bespickt, dazu „Arbeiterkampf“-Anhängern, die laut eigenem Aufruf lediglich „ihrem Staatsanwalt in die Augen schauen wollten“, wurden im Gerichtssaal Parolen gerufen, die Parolen an die Wände gemalt.

„Richter arbeiten in intakten Institutionen. Diese Sicherheit macht sie auch persönlich selbstsicher und daher werden Radikale und Extremisten die Richter auch nicht so leicht erschrecken können.“ Das wünscht sich das Bourgeoisblatt. Rathke – selbstsicher, unerschrocken? Er war so ganz das Gegenteil. Er fürchtete die Massen. Die „FAZ“ sähe das gern anders.

Besorgniserregend ist weiterhin die „Einschüchterung der Zeugen“. Der Arzt habe sich, so die „FAZ“, über die „dilettantische Behandlung der Ausländerin“ empört. Was soll man von einem Arzt, Professor und Leiter der Gynäkologischen Abteilung des Roten-Kreuz-Krankenhauses in Bremen halten, der aus dem OP-Saal die Polizei herzitiert, weil er an einer von ihm grad behandelten türkischen Frau einen Abtreibungsversuch festgestellt hat? Noch dazu, wenn dieser Lump im Arztgewand bekannt dafür ist, „aus Versehen“ Fehlgeburten eingeleitet zu haben? Allerdings nur auf Privatstationen und für Bares.

Dieser Arzt, der Richter, die Polizeibeamten – für die Bourgeoisie haben sie gespurt in der Unterdrückung der Massen. Die Massen haben gekämpft und sich gestählt. Eine Frau, seit 15 Monaten im § 218-Komitee: „Man muß diese Machenschaften breit veröffentlichen und sich gegen den Staat zusammenschließen. Ich unterstütze voll alle Bewegungen, die sich gegen diesen Staat, gegen diese verlumpte Gesellschaft richten und für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes eintreten.“ Die Zeiten sind schlecht für alle Reaktionäre. „Besorgniserregend“, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ feststellt.

Wohnhausbrand Hamburg-Eimsbüttel:

„Ach Gott, hoffentlich ist das Haus versichert“

In der Nacht vom 26. auf den 27. Oktober starben in Hamburg-Eimsbüttel bei einem Wohnhausbrand sieben ausländische Arbeiter, 22 wurden verletzt. Dies war der schwerste Brand in der Nachkriegsgeschichte von Hamburg. In dem 83 Jahre alten und völlig verrotteten dreistöckigen Haus waren 52 ausländische Arbeiter, vor allem Türken und Jugoslawen, gemeldet. Nach Auskünften von Nachbarn hat sich dort noch zusätzlich ein gutes Dutzend illegal eingereister Arbeiter aufgehalten. Das sind Arbeiter, die vom Kapitalisten angeheuert wurden, weil sie wegen ihrer besonders rechtlosen Lage besonders ausgebeutet werden können. Überhaupt sind die Kapitalisten bestrebt, ausländische Arbeiter zu beschäftigen, deren unwürdige Lage sie durch niedrige Löhne, besondere Unterdrückung und Rechtlosigkeit aufrechterhalten.

Zugelassen war das Haus für 24 Bewohner. Dies entspricht der gesetzlichen Mindestwohnfläche für ausländische Arbeiter von 8 Quadratmetern. In diesem Haus waren drei bis vier ausländische Arbeiter in zehn bis zwölf Quadratmeter großen Zimmern zusammengepfercht. Das Feuer war durch einen Kabelbrand zwischen Keller und Erdgeschoß entstanden. Ein Teil der elektrischen Leitungen war vor kurzem von Nichtfachleuten notdürftig instand gesetzt worden. Dies war für den Hausbesitzer nicht mehr zu umgehen gewesen, weil alte Leitungen durch das Anschließen von Heizlüftern durchgeschmort waren. Eingebaute Heizungen gab es überhaupt nicht. 1972 hatte der DGB beim Bezirksamt wegen der fehlenden Heizungen vergeblich protestiert. Nichts geschah.

Zunächst hatten die Arbeiter versucht, das Feuer selbst zu löschen, um
sucht, das Feuer selbst zu löschen, um
die Polizei nicht auf die Spur ihrer illegal angeworbenen Kollegen zu bringen und deren Bestrafung und Abschiebung zu verhindern. Binnen zehn Minuten stand das ganze Haus in Flammen. Weil im Haus viele Fensterscheiben fehlten, die Fenster undicht, die Rahmen verfault waren, existierte im Haus ein ständiger Durchzug, so daß sich im Hausinnern ein Sog bildete, der das Feuer anfachte.

Das Gebäude brannte bis auf die Außenmauern nieder. Die Verantwortung für den Tod der ausländischen Arbeiter liegt bei dem Kapitalisten und dem bürgerlichen Staat. Hausbesitzer ist der Hamburger Export-Import-Großhändler David Cygielmann. Bereits 1970 hatte Cygielmann beim Bezirksamt Antrag auf Abbruch des Hauses gestellt. Diesen hat er jedoch kurz darauf mit der Zusage, renovieren zu wollen, zurückgezogen. Cygielmann hat dann mit dem Elend der ausländischen Arbeiter ein blühendes Profitgeschäft gemacht. Pro Person verlangte er 120 bis 150 DM Miete. So konnte er, ohne daß nennenswerte Kosten entstanden, in den Jahren 1970 bis zum Brand den ausländischen Arbeitern etwa 600 000 DM abpressen. Der bürgerlichen Zeitung „Die Welt“ ließ Cygielmann nach dem Brand mitteilen, der Bau habe sich „in tadellosem Zustand“ befunden. Es sei „alles getan“ worden, „um es den Gastarbeitern so schön wie möglich zu machen“. (Die Welt, 28. Oktober)

Cygielmann ist ein normaler Vertreter seiner Klasse. Der Geldsack ist sein Lebenselixier. Als ihn die „Morgenpost“ vom Tod der ausländischen Arbeiter informierte, reagierte er so: „Ach mein Gott, hoffentlich ist das Haus versichert.“ (Morgenpost, 28. Oktober) Für ihren Profit geht die Kapitalistenklasse schon immer über Leichen. Cygielmann wollte der bürgerlichen Presse keine weiteren Auskünfte geben. Cygielmann und seinesgleichen werden von der Stadtbürokratie gedeckt. Die skandalösen Zustände in diesem Haus sind keine Ausnahme. Nach Angaben des verantwortlichen Brandmeisters soll die Behörde nur bei „extremen Fällen“ eingreifen. Das abgebrannte Haus sei aber kein solcher Extremfall gewesen. Er kenne allerdings allein in Eimsbüttel „1 000 Häuser, die ebenso gefährdet sind“ (Welt, 28.10.). Wie der Sprecher der Behörde Bloos betonte, beeindruckt das die Staatsorgane überhaupt nicht. „Wir haben zwar das Recht, Altbauten auf ihre Sicherheit zu überprüfen, aber nicht die Pflicht.“ (Morgenpost, 28.10.) Nicht die Gefahr der Wiederholung solcher Brände setzt die Staatsorgane in Bewegung, sondern die aufgedeckte Lücke in der Kontrolle des Volkes.

Daß ein Teil der ausländischen Kollegen gezwungen ist, sich unter illegalen Bedingungen einen Ausbeuter zu suchen, nutzt der bürgerliche Staat zur Verschärfung der Unterdrückung der ausländischen Arbeiter, um die ganze Arbeiterklasse ausbeuten zu können.

„Deshalb wird die Forderung immer dringender, schärfer als bisher auf Häuser zu achten, in denen Gastarbeiter auf engstem Raum zusammenwohnen.“ (Hamburger Abendblatt, 28.10.)

Mit 50 DM Überbrückungsgeld und vielen salbungsvollen Sprüchen hat die Arbeits- und Sozialbehörde die Bewohner gelockt; viele Arbeiter haben sich jedoch nicht gemeldet. Die Absicht, die staatliche Bespitzelung zu perfektionieren, war zu durchsichtig. Die Polizei hatte auch schon vor dem Brand versucht, eine detaillierte Aufstellung aller Hausbewohner zu bekommen, „um den illegalen Gastarbeitern auf die Spur zu kommen“. (Abendblatt, 28.10.) In der nächsten Bürgerschaftsdebatte werden sich die bürgerlichen Politiker anstrengen, diese Lücke im Bespitzelungsnetz zu schließen. Merken muß man sich, welche Lehren der KB Nord aus dem Brand zieht. In einem Flugblatt fordert er die Arbeiter auf, „über die heutige Lage unserer ausländischen Kollegen nachzudenken, sich im eigenen Arbeits- und Lebensbereich umzuschauen, wie sie leben müssen“, womit sämtliche Ursachen vom Tisch sind. In pfäffischer Manier werden die Arbeiter aufgefordert, sich der Gedankenlosigkeit zu bezichtigen und als schuldig zu bekennen. Wenn es nach dem KB Nord ginge, muß man sich nun im Rahmen „der jeweiligen Möglichkeiten für eine Verbesserung ihrer (der ausländischen Arbeiter) Lage einsetzen“. Davon halten die Massen nichts. Die vielen Menschen, die tagelang vor dem Haus standen und erregt debattierten, waren da anderer Meinung. Viele haben gesagt: „Den Hausbesitzer, das Schwein, den sollte man aufhängen.“ – (r.d./Red.)

„Bunker-Abgabe“

„Die Bundesregierung prüft gegenwärtig die Möglichkeit, durch eine von allen Bürgern zu erhebende ‚Schutzplatz-Abgabe‘ die notwendigen Mittel für ein umfassendes Bunkerbauprogramm aufbringen zu lassen.“ (Mannheimer Morgen, 29.10.76) Dabei sollen monatlich 10 DM pro Kopf den Volksmassen abgeknöpft und den Kapitalisten ein „Humanbeitrag“ von „13 % des Umsatzes von allen umsatzsteuerpflichtigen Betrieben“ erhoben werden.

Der „Mannheimer Morgen“ schreibt weiter: „Durch die Abgabe soll das Recht auf einen Schutzraum in unmittelbarer Nähe der Wohnungen erworben werden.“ Später ist eine Ausdehnung auf Betriebe und Schulen vorgesehen.

Diese Meldung im „Mannheimer Morgen“ diskutierten die Angestellten in einem Labor der Firma Fuchs, Mineralölwerke Mannheim, intensiv. „Die bereiten sich auf den nächsten Krieg vor“, und: „Dazu ziehen sie uns noch mehr Steuern aus der Tasche, unter dem Vorwand eines Atomkrieges.“ Einige meinten: „Wenn dagegen demonstriert wird, bin ich dabei.“

Der Chauvinismus der sozialdemokratischen Regierung, 400 000 Arbeitsplätze seien dadurch gesichert, verfängt nicht. Die Arbeiter und die Volksmassen haben Erfahrungen aus den letzten beiden Weltkriegen. Die Meldungen in der KVZ Nr. 42 und 43 über die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Finanzbourgeoisie „Bundeswehr soll ins südliche Afrika“ und daß das Manöver „Donausafari“ stattfindet, waren wichtige Erfahrungen für die Erhärtung der Tatsache, daß die kapitalistische Produktionsweise zwangsweise zum Krieg führt und wichtig zur Einordnung der „Bunker-Abgabe“. In der Debatte in der Abteilung stellte sich heraus, daß alles versucht werden muß, einen Krieg zu verhindern. „Mit dem Bau von Bunkern ist der Krieg nicht verhindert.“ Ein Kollege sagte, daß dem Krieg durch die Revolution der Arbeiter und des Volkes zuvorgekommen werden muß. Darauf sagten viele, daß die Regierung und die Kapitalisten einem ja gar keine andere Wahl lassen. – (r.h.)

Westberlin

Die Rentner sollen früher sterben

Im Krankenhaus zum „Pflegefall“ erklärt zu werden, bedeutet für einen kranken Rentner, daß er jetzt auf die letzte Station abgeschoben wird. Das Urteil „Pflegefall“ wird durch ärztliches Gutachten gesprochen und an den Sozialdienst der Krankenhäuser weitergeleitet. Von dort werden die zur Verlegung notwendigen finanziellen und verwaltungstechnischen Maßnahmen getroffen. Verlegt wird in ein Krankenhaus oder eine Abteilung für chronisch Kranke in einem Krankenheim. Bisher hieß das alles zusammen Hospital, ganz früher Siechenhaus. Geblieben ist es dasselbe. Verlegt wird schnell, denn die Krankenkassen drängen auf Verkürzung der Belegzeiten für Akutbetten. Ganz wenige Ärzte erstellen das Hospitalgutachten schon wenige Tage nach der Krankenhausaufnahme des Patienten. Dann gibt es keine Wartezeiten auf das nächste Hospitalbett. Die Abfertigung wird flüssiger. Noch während des Krankenhausaufenthaltes muß die Finanzierung des Hospitals geregelt werden. Bei Häusern für chronisch Kranke übernimmt die Krankenkasse die Kosten für einen Zeitraum von mindestens drei Wochen. In Krankenheimen übernimmt sie gar nichts. Krankenheime sind, nach Absprache zwischen dem Westberliner Senat und den Krankenkassenverbänden, extra eingerichtet worden, um „Pflegefälle“ aufzunehmen, die „nicht der Mittel eines Krankenhauses bedürfen“, das heißt, die Patienten werden abgefüttert und gewaschen, ein Arzt schaut auch mal rein. Zu machen ist eh nichts mehr. Krankenheime sind billiger und haben den Vorteil, daß die Kosten von Anfang an von den Kranken selbst übernommen werden. In Westberlin sind für Krankenheime um 1 600 DM monatlich aufzubringen, Häuser für chronisch Kranke verlangen zwischen 2 000 und 3 000 DM. Ein Rentner, der Arbeiter oder Angestellter war, kann dieses Geld nicht aufbringen. So wird er noch im Alter zum Sozialhilfeempfänger. Seine Rente wird komplett vom Bezirksamt eingezogen. Vermögen über einem Freibetrag von 3 000 DM muß eingesetzt werden (die Beerdigungskosten dürfen übrigbleiben). Die Kinder können zu anteiligen Zahlungen verpflichtet werden. Monatlich wird ein Taschengeld von zur Zeit höchstens 123 DM ausgezahlt.

Das Bezirksamt Wedding tut sich hier ganz besonders hervor. Wird ein Rentner auf eine Abteilung für chronisch Kranke verlegt, kommt ihm noch während der Kostenübernahme durch die Krankenkasse ein Schreiben ins Haus, wo ihm besagtes Bezirksamt mitteilt, daß er über seine Rente hinfort nicht mehr verfügen kann und er diese bereitzuhalten hat für den Zeitpunkt, wo die Krankenkasse ihre Zahlung einstellt. Sollte er zum Beispiel 6 000 DM auf die hohe Kante gelegt haben und die 3 000 DM, die über seinem Freibetrag liegen, noch während des Krankenhausaufenthalts an Angehörige überschreiben lassen oder eine größere Anschaffung tätigen, weil er keine Lust hat, dieses Geld auch noch dem Staat in den Rachen zu schmeißen, behält sich das Bezirksamt Wedding vor, diesen Freibetrag auf 1 500 DM herunterzukürzen. In dem Antragsformular auf Sozialhilfe unterschreibt der „Hilfesuchende“ unter anderem folgenden Passus:

„Ich ermächtige unwiderruflich alle Banken, Sparkassen, überhaupt alle amtlichen Stellen, dem Bezirksamt/Abt. Sozialwesen über meine Arbeits-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie über sonstige Tatsachen, welche die Hilfegewährung berühren, Auskunft zu erteilen, außerdem alle Postangestellten, Auskünfte jeder Art ...“

Die Formen der Erniedrigung sind vielseitig. Sie dienen dazu, die Rentner fertigzumachen. Mit höchstens 123 DM im Monat und einem Platz in einem Vier- bis Achtbettzimmer beenden sie ihr Leben, das nichts war als Arbeit für die Kapitalisten. – (c., Westberlin)

Flensburg. Der Werksausschuß der Stadtwerke Flensburg hat für die Ratsversammlung am Donnerstag, dem 7. November, einen Antrag für Tariferhöhung vorgelegt. Die Preise für Fernwärme und Gas sollen um 10 % erhöht werden. Bei den Verkehrsbetrieben soll der Preis für die Streifenkarten auf 80 Pfennig, die Monatszeitkarten um 38 Mark auf 62 und die Schülerfahrkarten von 8 bis auf 21 DM und die für Rentner von 6 bis auf 19 DM erhöht werden.

Daß diese Erhöhungen nur ein erster Schritt sind, hat der Stadtrat Schumann gleich angekündigt: „Doch dieser (Wirtschaftsplan) kann nur erreicht werden, wenn die Personalkosten nicht mehr als 6 % ansteigen und die Brennstoffe unverändert bleiben.“ Die Tariferhöhungen sollen also hier dem Kampf der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst und dem Kampf der Länder der Dritten Welt gegen ihre Ausplünderung in die Schuhe geschoben werden. Überall wollen die Imperialisten die Ausbeutung und Ausplünderung verstärken – das ist durchschaubar. Der Bezirksverband des KBW Flensburg-Westküste ruft unter der Forderung: „Keine Gebühren- und Tariferhöhungen“ zu einer Kundgebung vor dem Rathaus und in der Ratssitzung auf.

Den Beschäftigten der Bundesanstalt für Arbeit wurde kürzlich eine Änderung der Beihilfevorschriften bekanntgegeben, die sehr deutlich zeigt: der § 218 ist ein Unterdrückungsparagraf!

„Schwangerschaftsabbrüche und Sterilisationen sind beihilferechtlich bis auf weiteres wie folgt zu beurteilen:

Bei der medizinischen und eugenischen Indikation (...) handelt es sich um Krankheitsfälle im Sinne der Beihilfevorschriften. Die Gewährung von Beihilfen ist dagegen nach den den derzeit geltenden BhV (Beihilfevorschriften, d. Red.) nicht zulässig bei der sozialen Notlagenindikation und der ethischen Indikation.

Beihilfeanträge, die nicht rechtswidrige Sterilisationen betreffen (...), sind dem BMI zur Stellungnahme vorzulegen. Derartige Anträge sind daher vom Zentralamt unmittelbar nach Eingang dem Referat Va 2 (Personal) bei der Hauptstelle zuzuleiten.“

Mörfelden. DKP für Bespitzelung und Unterdrückung durch § 218. In Mörfelden ist die Situation der Volksmassen in bezug auf das Gesundheitswesen schlecht. Es gibt für zirka 14 000 Einwohner nur vier praktische Ärzte, zwei Zahnärzte und keinen Facharzt. Seit Jahren fordert die DKP, die vier Abgeordnete im Stadtparlament hat, ein Ärztehaus. In ihrer neuesten Stadtzeitung läßt sie heraus, wie dieses Ärztehaus ausgerüstet werden soll. Dabei liest man unter anderem folgendes: Am Ärztehaus sollte bestehen:

– „eine medizinische Sozialberatung, u.a. wären hier regelmäßige Sprechstunden durchzuführen, für Familienplanung und zur Schwangerschaftsunterbrechung entsprechend der Neufassung des Paragraphen 218. Hierzu wäre die geregelte Mitarbeit eines Psychologen und eines Sozialarbeiters nötig.“ („blickpunkt“, Stadtzeitung der DKP Mörfelden, Nr. 70, Oktober 1976) Es handelt sich hier um nichts anderes, als um die offene Propagierung der Beratungsstellen, die das Kernstück der Neufassung des § 218 sind. Sie dienen zu nichts anderem, als zur Registrierung der schwangeren Frauen und dazu, die angelegten Karteien als zukünftiges Beweismaterial für den Staatsanwalt bereitzuhalten.

Westberlin. Leserbriefe von ÖTV-Mitgliedern gegen den § 218. Die Gewerkschaft ÖTV hatte in Westberlin zum diesjährigen 1. Mai die Forderung „Weg mit § 218“ aufgestellt. Viele Kollegen trugen diese Forderung auf der Demonstration.

Dies tat die Gewerkschaftsführung aufgrund der breiten Bewegung unter den Mitgliedern gegen den § 218, die sich in vielen Beschlüssen ausdrückte – unter anderem auch verbunden mit der Forderung nach Volksentscheid. Die ÖTV-Führung gab dem Druck dieser Bewegung nach – aber sie tat es ungern. Ihr Ziel ist es, die gesamte Gewerkschaft auf die Fristenregelung und damit auf die Anerkennung des bürgerlichen Staats als Regler und Kontrolleur der Interessen des Volkes festzulegen.

Nun versucht sie, die einmal gefaßten Beschlüsse wieder rückgängig zu machen und bereitet ihren Schlag gegen die Gegner des § 218 in der ÖTV mit Artikeln in den Gewerkschaftsorganen „ÖTV-Magazin“ und „ÖTV-Dialog“ vor. Im „Magazin“ räumte die Redaktion bereits vor längerer Zeit der SPD-Bundestagsabgeordneten Helga Timm breiten Raum für die Propagierung des neuen Paragrafen als beste aller zur Zeit möglichen Lösungen ein.

Und in der September-Nummer des „Dialog“ schrieb der Gesundheitssenator Erich Pätzold ein dreispaltiges Machwerk mit dem Titel „§ 218 – Der Weg in eine neue Richtung“, in dem er – mit einer Träne wegen der gescheiterten Fristenregelung im Knopfloch – ebenfalls den neuen Paragrafen an den Mann bringen will. Dieser Artikel und damit der offensichtliche Versuch, Beschlüsse gegen den § 218 zu mißachten und umzustoßen, wird von den Kollegen abgelehnt. Die Kollegen verfassen Leserbriefe an die Redaktion des „Dialog“, in denen sie gegen den Pätzold-Artikel protestieren und ihre Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218, Volksentscheid gegen den § 218 bekräftigen.

Köln. Front gegen Preiserhöhungen des Studentenwerks. An allen Kölner Hochschulen wurden zum 1.9. (Sporthochschule) bzw. zum 1.10. in den Mensen und Cafeterien die Preise für Kaffee und kalte Speisen um 10% bis 30% erhöht. Geplant war, das Samstagsessen in der Zentralmensa ganz abzuschaffen. Geplant war ebenfalls, ab 1. Januar das Abendessen zu streichen. 300000 DM sollen (nach Angaben des Studentenwerks) den Studenten, die auf die Mensa angewiesen sind, zusätzlich aus der Tasche gezogen werden. Diese Politik ist bei den Studenten auf breiten Widerstand gestoßen. Die Rücknahme eines Teils der angekündigten oder eingeleiteten Maßnahmen konnte in den bisherigen Kampfaktionen erzwungen werden. An der Universität wurde die Mensa an insgesamt 11 Tagen boykottiert. An der Pädagogischen Hochschule ist der Erfrischungsraum seit 3 Wochen durch den Boykott der Studenten geschlossen. Dasselbe gilt für die Fachbereiche Sozialwesen und Technik an den Fachhochschulen. Die Studenten der Deutschen Sporthochschule legten ebenfalls die Mensa an bisher 4 Tagen lahm.

Darmstadt. Aufgrund des entschiedenen Boykotts der Mensa-Preiserhöhung, der nach der Vollversammlung am 19. Oktober weitergeführt wurde, ist das Studentenwerk vorläufig zurückgewichen und holt sich nun aus Wiesbaden neue Instruktionen, wie die Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten durchzusetzen sei. „Die Ausgabe des Essens für 2,50 DM wird bis zur Klärung der sozialen Lage der Studenten durch die Regierung und gesetzgebliche Institutionen des Landes Hessen längstens bis zum 30. November 1976 ausgesetzt."

Heidelberg. Auf der Institutsgruppen-Vollversammlung am 27.10. waren 100 Studenten versammelt, um zu diskutieren, wie der Kampf gegen die materielle Abhängigkeit mittels BAFöG-Sätzen, die kaum zum Leben reichen, geführt werden kann.

Die Versammlung beriet den Vorschlag der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) für 100 DM mehr für alle BAFöG-abhängigen Studenten und 1 500 DM Elternfreibetrag rückwirkend ab 1. Oktober zu kämpfen.

Nach langer gründlicher Debatte hat die Versammlung beschlossen, den AStA zu beauftragen, eine VDS-Mitgliederversammlung noch im Dezember zu beantragen, auf der zu beschließen ist, daß an allen Hochschulen der BRD eine Urabstimmung für Streik unter diesen Forderungen durchgeführt wird, damit die Regierung zahlen muß.

Bochum. Der Professor Oskar Anweiler, einer der „Ostexperten" der westdeutschen Imperialisten, wurde zusammen mit zwei Prorektoren am Mittwoch vergangener Woche in seinem Büro von 9 bis 16 Uhr festgesetzt. Mit dieser Aktion wurde der Kampf gegen die Durchsetzung
wurde der Kampf gegen die Durchsetzung
von Anmeldeverfahren an dem von Anweiler beaufsichtigten Pädagogischen Institut der Ruhr-Universität fortgesetzt und eine Sitzung des Institutsdirektoriums verhindert. Die Professoren am Institut bieten für die etwa 3000 Lehrerstudenten, die hier Scheine machen müssen, 20 Lehrveranstaltungen mit je 35 Teilnehmern an. Das hat schon im letzten Semester dazu geführt, daß sich Bourgeoisstudenten mit 50 DM in den Besitz eines Platzes in einem dieser Seminare brachten, während sich die Abhängigkeit der Studentenmassen von den Professoren durch diese Maßnahme ungeheuer verschärft hat. Ständig beteiligten sich 150 bis 200 Studenten an der Aktion. Auf einer Aktionsberatung von Fachschaftsräten und Institutsgruppen an der Ruhr-Universität wurde inzwischen beschlossen, in der nächsten Woche an allen Abteilungen Vollversammlungen durchzuführen zur Vorbereitung einer Universitätsvollversammlung, auf der beschlossen werden muß, daß das Pädagogische Institut solange bestreikt wird, bis das Anmeldeverfahren gefallen ist.

Mit Unterstützung der Lohnabhängigen an den Universitätskliniken führen die Medizinstudenten gegenwärtig in verschiedenen Städten Protestaktionen gegen das Praktische Jahr und für ihre Forderungen nach Tarif- und Ausbildungsvertrag durch. Den reaktionären und schwerreichen Ärzten, die sich im Marburger Bund organisiert haben, ist diese fortschrittliche Bewegung unter den Medizinstudenten ein Dorn im Auge: „Wir als Krankenhausärzte wissen eigentlich am besten, welche Gefährdung der Patientenversorgung durch die Einführung von den in den Universitäten üblichen politischen Aktivitäten entstehen würde." Bisher unwidersprochen hat jetzt der Zuständige des Marburger Bundes für das Praktische Jahr in der Oktober-Ausgabe „Der Arzt" enthüllt, daß die Reformisten und Revisionisten im Vorstand der VDS Zuneigung zu der reaktionären Politik des Marburger Bundes verspüren lassen sollen. Auf die Frage: „Darf aus der Lageveränderung geschlossen werden, daß sich die VDS dem Standpunkt des Marburger Bundes angenähert haben?" antwortet er: „Ich möchte meinen, daß die veränderten Töne bei den VDS auf Einsicht in die Irrealität bestimmter Vorstellungen und Forderungen schließen lassen. In dieser Meinung werde ich auch durch das Angebot der VDS bestätigt, noch in diesem Monat zu einem Spitzengespräch mit dem Marburger Bund zusammenzutreffen." Dieses Spitzengespräch solle am 25. November stattfinden.

Fachhochschule für Technik Mannheim:

Die 4,0-Regelung muß fallen!

„Meixner komm raus! Meixner komm raus!" riefen 150 Studenten am Dienstag vor dem Rektorat der Fachhochschule für Technik Mannheim, worin sich Rektor Meixner aus Furcht vor den Studenten eingeschlossen hatte. Mehrere Vorlesungen lang streikten die Studenten der Fachhochschule für Technik, um unmißverständlich klarzumachen, daß die 4,0-Regelung fallen müsse. Wie in der letzten KVZ berichtet wurde, ist diese Regelung die Grundlage für den Entzug der Ausbildungsförderung für alle Studenten, die einen Notendurchschnitt von schlechter als 4,0 haben, und das betrifft die Masse der Studenten. Die Prüfungsschrauben hat der bürgerliche Staat schon so fest angezogen, daß 41 von Hundert am Ende des ersten Studienabschnitts und 38 von Hundert am Endes des zweiten Studienabschnitts entweder ein oder mehrere Fächer wiederholen müssen. Der Zwang, noch bessere Leistungen zu bringen, weil man sonst keine Ausbildungsförderung mehr erhält, soll durch die 4,0-Regelung noch verschärft werden. „Bei mir im Semester haben viele Studenten Chemie-Laborant gelernt und haben schon jahrelang gearbeitet. Trotzdem fallen fast 30 von Hundert durch. Die wollen, daß wir im Studium nicht auf unsere Erfahrungen aus den Betrieben aufbauen, sondern daß wir uns umkrempeln lassen und uns gegen die anderen Lohnabhängigen einsetzen lassen, obwohl wir vor dem Studium selber lohnabhängig waren und das später auch nicht anders sein wird", charakterisierte eine Chemie-Studentin diese Sorte von Leistung.

Eine Stunde vor Streikbeginn formierte sich ein Demonstrationszug, um durch die Semester zu ziehen und zum Streik aufzurufen. Am Anfang waren wir zirka 50 Studenten. Ein Semester nach dem anderen beschloß, an dem Streik teilzunehmen, und schloß sich dem Demonstrationszug an. Rektor Meixner versuchte mit Drohungen auf Hausfriedensbruch usw. den Streik zu verhindern. Er wurde, wo er sich blikken ließ, mit Sprechchören gegen die 4,0-Regelung empfangen. Als fast der ganze Vorlesungsbetrieb lahmgelegt war, zogen wir zum Rektorat, um Rektor Meixner auf die Forderung nach Rücknahme der 4,0-Regelung festzulegen. Er hatte sich dort eingeschlossen.

Durch Sprechchöre konnten wir Meixner rauszwingen; ihn auf die Forderung festzulegen, ist uns noch nicht gelungen. Wir haben jetzt erfahren, daß der Studien- und Prüfungsausschuß beschlossen hat, noch einmal zu tagen, um über die 4,0-Regelung zu beraten. Damit die 4,0-Regelung zurückgenommen wird, müssen wir den Kampf gegen diese Politik des Rektors und der Professoren, die im Studien- und Prüfungsausschuß sitzen, stärken. Auf einer abschließenden Versammlung wurde von den circa 150 anwesenden Studenten beschlossen, eine Urabstimmung zu befristetem Streik bis zur Zurücknahme der 4,0-Regelung durchzuführen.

Die 4,0-Regelung ist nur eine Verschärfung der Abhängigkeit, die der Staat mittels BAFöG ausnutzt, um uns gefügig zu machen. Auf der Vollversammlung vor einer Woche haben wir deshalb beschlossen, für einen bundesweiten Streik der Studenten unter den Forderungen: 100 DM mehr für jeden BAFöG-abhängigen Studenten, 1 500 DM Elternfreibetrag rückwirkend ab 1. Oktober, Garantie der Erfüllung dieser Forderungen durch eine vertragliche Regelung zwischen der VDS und der Bundesregierung, einzutreten. Und auch in einzelnen Semestern ist diese Erklärung schon mehrheitlich von den anwesenden Studenten verabschiedet worden.

Mit einem Programm, das von den Interessen der Studenten aus den arbeitenden Klassen ausgeht, und wo ein Hauptpunkt auch die obengenannten Forderungen sind, hat die Liste Studentenaktion, vergleichbar einer Institutsgruppe an den Universitäten, auch in der letzten Woche die Wahlen zum AStA gewonnen, bei dem die Wahlbeteiligung von circa 40 von Hundert lag und damit doppelt so hoch wie im letzten Semester war. Der MSB-Spartakus, der ebenfalls für den AStA kandidierte, hat haushoch und alle Sitze im Studentenrat verloren. Heute hat er vorgeschlagen, man solle mit der Urabstimmung und dem Streik gegen die 4,0-Regelung bis Dezember warten.

Die 4,0-Regelung soll an unserer Hochschule eingeführt werden. Wenn wir sie bekämpfen, wird der bürgerliche Staat gleich wissen, was ihn an anderen Hochschulen erwartet, sollte er sie auch dort einführen wollen. – (FHT-Zelle der KHG Mannheim)



Braunschweig. Die Mensa in Braunschweig wird seit einer Woche boykottiert. Die Kampffront gegen die Preiserhöhung auf 1,80 DM und für besseres Essen steht und verbreitert sich.

Die Essensausgabe wird täglich dichtgemacht. Boykottbrecher kommen kaum noch durch. Am Montag konnte der Geschäftsführer nur noch fünfzig Essen ausgeben. Er konferiert inzwischen mit Staatsschutzbeamten und dem Leiter des zentralen Braunschweiger Polizeigewahrsams, um gegen den Boykott die Staatsmacht einzusetzen. Das schüchtert die Studentenmassen nicht ein. Einen Polizeispitzel schmissen zehn Kommilitonen aus der Mensa. Zivilpolizisten, die Personalien feststellten wollten, wurden von rund sechzig Studenten verfolgt und vom Kampus vertrieben. Inzwischen wird auch die Mensa der Kunsthochschule boykottiert. Der MSB-AStA dort war gegen den Boykott und für den Preis von 1,80 DM eingetreten. Der Boykott ist gegen ihn beschlossen worden. Die Jungsozialisten waren gegen den Boykott aufgetreten und gegen die Forderung nach Erhöhung der Landeszuschüsse für besseres Essen. Die DKP-Studenten bekämpften die Verhinderung der Essensausgabe in der Mensa. Damit sind sie nicht durchgekommen. Die besitzlosen Studentenmassen haben diesen Versuchen der Ausplünderung durch die Staatsmacht eine Absage erteilt.

BAFöG:

„Unmißverständliche Klarstellung"

In der durch das Haushaltsstrukturgesetz geänderten Fassung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes wird in § 48 festgelegt: „Vom 5. Fachsemester an wird Ausbildungsförderung für den Besuch einer höheren Fachschule, Akademie oder Hochschule nur von dem Zeitpunkt an geleistet, in dem der Auszubildende vorgelegt hat" entweder

„ein Zeugnis über eine bestandene Zwischenprüfung, die nach den Ausbildungsbestimmungen erst vom Ende des dritten Fachsemesters an abgeschlossen werden kann und vor dem Ende des vierten Fachsemesters abgeschlossen worden ist", oder „eine nach Beginn des vierten Fachsemesters ausgestellte Bescheinigung der Ausbildungsstätte darüber, daß er die bei geordnetem Verlauf seiner Ausbildung bis
ordnetem Verlauf seiner Ausbildung bis
zum Ende des jeweils erreichten Fachsemesters üblichen Leistungen erbracht hat."

An verschiedenen Hochschulen wurde jetzt eine Verwaltungsanweisung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft an die „obersten Landesbehörden für Ausbildungsförderung" vom 8. Januar dieses Jahres enthüllt, in der die geänderte Fassung des § 48 durch das Haushaltsstrukturgesetz Artikel 18, § 1 Nr. 9 folgendermaßen erläutert wird:

„Es bestand nach ersten Verwaltungserfahrungen die Gefahr, daß § 48 ... dahin verstanden wird, daß vom 5. Fachsemester an die Vorlage jedes Zwischenprüfungszeugnisses als Voraussetzung der Förderung ausreicht; danach würde ein Auszubildender, der zum Beispiel die im 4. Semester abzulegende Zwischenprüfung erst im 8. Semester besteht, vom 9. Semester an wieder gefördert, obwohl er nur den Wissensstand vom 4. Semester ausgewiesen hat. Die Förderung dieses Auszubildenden wäre aber nicht vertretbar, da bei ihm ein erfolgreicher Ausbildungsabschluß innerhalb der Förderungshöchstdauer nicht erwartet werden kann. (...) Durch den veränderten Wortlaut wird unmißverständlich klargestellt, daß sowohl ein Auszubildender, der eine nach den Ausbildungsbestimmungen vorgeschriebene Zwischenprüfung nicht vor dem Ende des vierten Fachsemesters abgeschlossen hat (§ 48 Abs. 1 Nr. 1, BAFöG), als auch ein Auszubildender, der eine nach Beginn des vierten Fachsemesters ausgestellte Leistungsbescheinigung nicht vorlegt (Abs. 1 Nr. 2) ... vom fünften Fachsemester an keine Förderung mehr erhalten."

Jusos, DKP-Studenten und sonstige Opportunisten reden stets vom Ausbildungsförderungsgesetz als einem Gnadenakt der herrschenden Klasse „zur Aufhebung sozialer Benachteiligung der Arbeiterkinder an der Universität" und jammern jetzt über „Ab-
versität" und jammern jetzt über „Ab-
bau des Sozialstaatsprinzips". Die Anweisung über den Gebrauch des § 48 enthüllt erneut, daß das nichts als freche Lügen und Verdrehungen sind: Die herrschende Klasse hat ausdrücklich festgelegt, daß nach dem Gesetz die lohnabhängigen Eltern der Studentenmassen gezwungen sind, aus ihrem Lohn die wesentlichen Mittel für den Lebensunterhalt ihrer studierenden Kinder aufzubringen; gleichzeitig zahlt die herrschende Klasse aufgrund dieses Gesetzes inzwischen mehr als ein Drittel des Geldes, das sie für die Inanspruchnahme der Arbeitskraft der Studentenmassen ausgibt, als Darlehen und bringt diese damit in Schuldknechtschaft gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat. Die vom Ministerium bekundete Aufgabe des § 48 dokumentiert, wie die herrschende Klasse das Ausbildungsförderungsgesetz benutzt als ein Mittel, die Abhängigkeit der Studentenmassen zu vergrößern und den Gewaltakt der Dressur der Studentenmassen zum Funktionär von Bourgeoisinteressen zu beschleunigen.

DKP/SPD-Studenten zur Wahlordnung:

Den Bourgeoisstudenten zu Diensten

Mainz. Am Mittwoch letzter Woche fand eine Universitätsvollversammlung statt. 500 Studenten nahmen teil. Auf der Tagesordnung stand die Wahlordnung der Studentenschaft. Von den DKP-Revisionisten und Sozialdemokraten im AStA wurde mit Billigung der RCDS-Studenten ein Vorschlag für eine neue Wahlordnung zur Abstimmung gestellt, der von ihnen gegen die Forderungen und den Kampf der Studentenbewegung an der Mainzer Universität gemeinsam mit dem Kultusministerium ausgehandelt worden war: Im letzten Wintersemester hatte der Kultusminister versucht, eine neue Wahlordnung den Studenten zu diktieren. Das stieß auf starken Widerstand. Immer wieder faßten Vollversammlungen Beschlüsse gegen das Wahlordnungsdiktat und für Kampfmaßnahmen bei einer Amtsenthebung des AStA. Dieser Bewegung fielen die Reformisten und Revisionisten, die den AStA stellen, in den Semesterferien in den Rücken, indem sie sich einem Gerichtsvergleich beugten und sich verpflichteten, eine neue Wahlordnung der Studentenschaft zur Urabstimmung vorzulegen. Von dieser neuen Wahlordnung versprechen sich die Bourgeoisstudenten – so haben die Reaktionäre im Ministerium anhand der letzten Wahlergebnisse des RCDS errechnet – einige Sitze mehr im Studentenparlament und die Aussicht, den AStA in die Hand zu bekommen.

Mit der hauchdünnen Mehrheit von 207 zu 204 Stimmen gelang es den Bourgeoisstudenten auf der Vollversammlung mit Hilfe der Revisionisten und Reformisten, eine Mehrheit für Annahme dieser Wahlordnung zustandezubringen. Jetzt haben es die Klassenversöhnler im AStA eilig, diese Verbeugung vor den Forderungen der herrschenden Klasse über die Bühne zu bringen: In dieser Woche ruft der AStA entsprechend dem Verlangen des Kultusministeriums auf, in einer Urabstimmung dieser Preisgabe des Rechts auf selbständige Vertretung gegen den bürgerlichen Staatsapparat zuzustimmen. Bereits vor der Vollversammlung hatten sie sich grundsätzlich mit der Rechtsaufsicht des bürgerlichen Staates über die Organe der Verfaßten Studentenschaft einverstanden erklärt. Der KSB ruft gegen diese Politik zu Diensten der Bourgeoisstudenten und der Reaktion in dieser Woche zu einer Versammlung auf, um den Aufbau der Institutsgruppen zu stärken, den Kampf für die Ablehnung dieser Wahlordnung in der Urabstimmung zu organisieren und zur Beratung über die nächsten Schritte im Aufbau der Front gegen die Ausbildungsförderungspolitik der herrschenden Klasse.





Tübingen. Am letzten Donnerstag demonstrierten 12500 Studenten in Tübingen gegen die Erhebung von Ersatzgeldern und deren Koppelung an die Rückmeldung. Aufgerufen hatte die Landesastenkonferenz. In Tübingen wurde einen Tag zuvor mit 870 Ja-Stimmen beschlossen, eine Urabstimmung für Warnstreik durchzuführen.



Sontra (Hessen). In der letzten Woche wurde ein Enthüllungs- und Spottplakat gegen den Kommandeur der Husarenkaserne, Hänseler, geklebt. Hänseler hatte den Panzerschützen Arend drei Wochen in Arrest genommen wegen einer Presseerklärung zu einer anderen Arreststrafe (siehe KVZ Nr. 42). Die Offiziere ließen Feldjäger die Plakate abreißen. 60 Arbeiter, Bauern, Schüler, Lehrlinge und Studenten unterschrieben eine Resolution gegen die Inhaftierung. Vor den Schulen fanden Kundgebungen statt während der Pausen (Bild). Der Kommandeur hat weitere zehn Tage Arreststrafe angekündigt wegen Teilnahme an der 1.-Mai-Demonstration in Kassel. Am Dienstag, als Arend entlassen wurde, führte der KBW-Bezirksverband Nordhessen Kundgebungen vor der Kaserne durch. Unter anderem wurde eine Erklärung von 8 Thyssen-Henschel-Arbeitern gegen die Haftstrafe verlesen.

Generäle und Ikonen

Zwei Luftwaffengeneräle, der Chef der Luftflotte, Generalleutnant W. Krupinski, und dessen Stellvertreter, Generalmajor K.H. Franke, sind am Montag aus dem Dienst entlassen worden und sollen in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden. Anlaß waren ihre Presseinterviews, die sie gegeben haben, nach einem Treffen von Bundeswehreinheiten der Luftwaffe mit Stukafliegern der faschistischen Hitlerwehrmacht.

Bei diesem Treffen war auch der höchst dekorierte Nazioffizier des Zweiten Weltkrieges, der Stukaflieger Rudel, anwesend. Rudel ist Faschist. Daraus macht er auch keinen Hehl und verbreitet über Bücher und faschistische Gruppierungen die imperialistischen Ziele der Nazis. Die beiden Generäle haben Rudel verteidigt. Mit Rudel verbindet die beiden Generäle eine gemeinsame Vergangenheit. Zusammen haben sie teilgenommen an den Überfällen der Hitlerarmeen auf die Völker Europas. Krupinski hat Rudel bei seinen Flügen über die Sowjetunion lange Zeit Geleitschutz geflogen. Die Faschisten-Armeen haben in der Sowjetunion gewütet, Millionen von Menschen in die Zwangslager geschleppt, Rohstoffe ausgeplündert und das Land verwüstet. Heute verschärft sich der Kampf der beiden Supermächte USA und UdSSR um die Weltherrschaft. Die Kriegsgefahr wächst. Der BRD-Imperialismus kämpft im Windschatten der Supermacht USA um einen Anteil an der Weltherrschaft. Landsknechte wie Rudel schwärmen da gern von den Taten der Vergangenheit. „Wenn wir den Krieg gewonnen hätten, würden heute alle den Arm heben und Siegheil rufen." Man bekommt dann schon seinen Anteil. Im Feuilleton der „Welt am Sonntag" heißt es in einem Artikel „Ikonen sind gefragt wie nie zuvor": „Während des Zweiten Weltkrieges erwarben deutsche Soldaten durch Kauf oder Tausch (Plünderungen wurden streng untersagt) (!) gerne diese für sie ungewohnten Andachtsbilder." Solche Ikonen gibt es noch in Hülle und Fülle. Und die Nachfrage steigt.

Das ist versteckt, sicher, aber nicht weniger deutlich. Die beiden Generäle waren deutlich. Indem sie Rudel verteidigten. Das nimmt man ihnen jetzt übel und deshalb müssen sie gehen. Momentan gewährleisten Sozialdemokraten die Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie besser. Sie schreien Entspannung und Frieden, während sie den Krieg vorbereiten. Nazigerenäle können das so noch nicht. Das meint der Sozialdemokrat Leber, wenn er vom „Reinhalten" der Bundeswehr spricht. – (jk)

Offiziere wollen die Soldatenbewegung treffen

Keine Absetzung des Vertrauensmannes Witzmann

Schwanewede (3.Panzerartillerie-Bataillon 325). Der Kanonier Witzmann soll als Vertrauensmann abgesetzt werden. Außerdem soll ihm der Prozeß gemacht werden, weil bei ihm Flugblätter des Soldaten- und Reservistenkomitees gefunden wurden und er Flugblätter für Lohnfortzahlung verteilt hatte. Die Offiziere wollen mit der Absetzung Witzmanns einen Schlag gegen die Soldatenbewegung führen. Die Soldaten wissen das und nehmen die Absetzung nicht hin.

Der Kanonier Witzmann war bereits hart bestraft worden, nachdem er an einer Demonstration gegen den § 218 teilgenommen hatte. Als ihn zu der Vertrauensmannwahl im Mai mehrere Kameraden vorschlugen, wurde er kurz vor der Wahl aus seiner Batterie in kurz vor der Wahl aus seiner Batterie in eine andere Einheit abkommandiert. Die Bestrafung und die Versetzung lösten in und außerhalb der Kaserne große Proteste aus. Gegen die Abkommandierung des Kanoniers Witzmann unterschrieben weit über die Hälfte der Kameraden für seine Kandidatur als Vertrauensmann, um damit gegen die Versetzung und die Wahlbehinderung der Batterieführung zu protestieren.

Der Widerstand und Protest der Kameraden hat es fertiggebracht, daß der Kanonier Witzmann nach drei Monaten wieder in seiner alten Einheit war. Im August gab es dort Neuwahlen für das Amt des Vertrauensmannes. Unter den Forderungen:

- Dienstausgleich für alle Zusatzdienste;
- Unzensierte Informationstafel im Batterieblock;
- Regelmäßige Sprechstunden und Mannschaftsversammlungen;
- Bessere Freizeitmöglichkeiten;
- Bessere Verpflegung

wurde der Kanonier Witzmann zum Vertrauensmann gewählt.

Im Kampf um die Durchsetzung dieser Forderungen hat es im Unterricht scharfe Debatten mit dem Batteriechef Hauptmann Schanz gegeben.

Bei den Debatten im Unterricht kam es so weit, daß Hauptmann Schanz drohte, den Vertrauensmann Witzmann auf der Stelle festzunehmen, wenn er nicht gleich ruhig sei.

Absetzung und Arrest beantragt

tragt

Am Freitag, den 22.10.1976, wurde der Vertrauensmann und Kanonier Witzmann zum Bataillons-Kommandeur von 325 bestellt. Der sagte ihm, daß er beim Truppendienstgericht den Antrag eingereicht habe, den Kanonier Witzmann als Vertrauensmann abzusetzen und für sieben Tage in den Arrest zu bringen. Als Begründung dafür nannte er, daß bei ihm neulich bei einer Durchsuchung seiner Taschen während des Schießens Flugblätter und leere Patronenhülsen gefunden worden seien und daß ihn jemand gesehen habe, wie er in der Stadt Flugblätter verteilte. Er sagte weiter, der Grund der Absetzung als Vertrauensmann sei, daß er nicht mit jemandem zusammenarbeiten wolle, der versuche, einen Keil zwischen Offiziere und Mannschaften zu treiben. Für den Kommandeur spielt es dabei überhaupt keine Rolle, ob die Mannschaften, deren Vertrauensmann Kanonier Witzmann ist, mit seiner Arbeit als Vertrauensmann einverstanden sind oder nicht.

Am Montagmorgen in der Aktuellen Truppeninformation hat der Kanonier Witzmann von dem Vorhaben des Kommandeurs Oberstleutnant von Hobe berichtet.

Der Vertrauensmann Witzmann sagte: „Daß ich Flugblätter verteilt habe, ist völlig richtig. Feldwebel Sauer hat mich dabei gesehen und anscheinend schnellstens beim Chef Bericht erstattet. Die Flugblätter hatten die Überschrift: ‚Der Wehrsold ist ein Spottgeld!' Es heißt darin unter anderem: ‚Lohnfortzahlung in der Armee. Das ist ein Schritt gegen die Unter- rem: ‚Lohnfortzahlung in der Armee. Das ist ein Schritt gegen die Unterdrückung und gegen die gewaltsame Abtrennung der Soldaten vom Volk, sie dient dazu, die gemeinsamen Klasseninteressen von Arbeitern in Betrieb und Kaserne durchzusetzen, z.B. im Lohnkampf.' Die Forderung nach Lohnfortzahlung für Soldaten finde ich vollkommen richtig. Aus diesem Grunde trete ich in und außerhalb der Kaserne dafür ein. Als Soldat braucht man das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung. Dieses Recht muß man sich nehmen.

Ich will keine Illusionen verbreiten über den Charakter der Bundeswehr. Ich denke nicht, daß der Wehrsold zu niedrig ist, weil man vielleicht nur vergessen hat, ihn rechtzeitig zu erhöhen oder weil einfach nicht genügend Geld da ist. Ich denke, daß der Wehrsold ganz beabsichtigt so ein Hungersold ist. Er ist ein Mittel der Unterdrückung und Schikane in den Kasernen, so wie das Stubenreinigen, die Formalausbildung, der Haarschnitt usw. Der Wehrsold gehört zur Bundeswehr wie der Weihrauch zum Popen.

Oberstleutnant von Hobe behauptet, ich treibe einen Keil zwischen Offiziere und Mannschaften. Ich denke, das stimmt so nicht. Zwischen Offiziere und Mannschaften kann kein Keil getrieben werden, weil sie vollkommen unterschiedliche Interessen haben. Das zeigt sich schon an der Bezahlung. Zu sagen, daß es zwischen Offizieren und Mannschaften nichts Gemeinsames gibt, das ist jedoch verboten. Aber jeder Tag in der Kaserne beweist das Gegenteil. Der Prozeß gegen mich soll genteil. Der Prozeß gegen mich soll nicht geführt werden, weil ich Dinge sage und verbreite, die die meisten Soldaten auch so wissen, sondern weil ich als Vertrauensmann versuche, die Soldaten zusammenzuschließen. Der Antrag, mich als Vertrauensmann abzusetzen, richtet sich gegen alle, deren Vertrauensmann ich bin."

Beschluß der Soldaten

In der anschließenden Debatte wurde der Vorschlag gemacht, einen Beschluß zu fassen. Wir haben daraufhin folgenden Beschluß gefaßt:

„Nachdem am 25. 10. 76 im Unterricht der Vertrauensmann Witzmann über die Absichten des Kommandeurs v. Hobe, ihn als Vertrauensmann abzusetzen und mit 7 Tagen Arrest zu bestrafen, informiert hat, beschließen wir: Keine Absetzung des Vertrauensmannes Witzmann! Zurücknahme des Antrages an das Truppendienstgericht auf Absetzung des Vertrauensmannes Witzmann und auf 7 Tage Arrest! Wir fordern, daß der Kanonier Witzmann unser Vertrauensmann bleibt, weil er sich in und außerhalb der Kaserne für unsere Interessen, die Interessen der wehrpflichtigen Soldaten, einsetzt."

Der Beschluß wurde mit Zweidrittelmehrheit gefaßt.

Noch am gleichen Tag ließ Hauptmann Schanz, von der Beschlußfassung aufgeschreckt, die ganze Batterie antreten und drohte mit Strafen und Abgabe an die Staatsanwaltschaft für den Fall, daß die Mannschaften irgend etwas Weitergehendes gegen die Abset- was Weitergehendes gegen die Abset- zung unternehmen würden. Am Dienstag, nachdem durch Wandzeitungen in den Küchen die ganze Kaserne informiert worden war und von dem Beschluß der Mannschaften der 3./325 erfahren hatte, ließ der Chef der 3./325 die Soldaten nach der Wache noch einmal in den Unterrichtsraum einrükken, um die Gesetze über „Meuterei" und „Verabredung zur Unbotmäßigkeit" vorzulesen und mit hohen Gefängnisstrafen zu drohen. Man sieht, daß den Offizieren in der Not nichts anderes als ihre Gesetze und die Drohung mit dem Gefängnis zur Hand ist. Es zeigt ihre Angst vor dem Kampf der Soldaten. Den Fortgang des Kampfes gegen die Entlassung und Absetzung als Vertrauensmann wird sie nicht verhindern! – (Aus: Volksmiliz, Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees Bremen/Red.)

Walldürn/Odenwald

Kampf gegen schikanöse Heimordnung und für Selbstverwaltung der Kantine

Walldürn/Odenwald. In der letzten Woche am Donnerstag gab es wieder einen Zusammenstoß zwischen Kantinenpächter und Soldaten, die in der Kantine gesungen und gepfiffen hatten, weil sie kurz vor der Entlassung stehen. Der Kantinenpächter wollte die Soldaten sofort ihrem Kompaniechef melden. Die Soldaten ließen sich nicht stören. Es blieb bei der Drohung des Pächters. Solche Auseinandersetzungen gibt es häufig in den letzten Tagen. Zwischen Offizieren und Kantinenpächter auf der einen Seite und den Mannschaften auf der anderen gibt es Kampf um die Änderung der Heimordnung für die Kantine und Selbstverwaltung. Entscheidender Schritt in diesem Kampf war ein Kantinenboykott im Oktober. Die Aktionen werden von allen Einheiten des Standortes getragen, dem Panzergrenadierbataillion 362, dem Panzerartilleriebataillion 362 und den Instandsetzungskompanien 2/12 und 4/12, insgesamt von mehr als 1 100 Soldaten. Ziel des Boykotts war zunächst, die Heimordnung der Kantine zu ändern.

Schon seit Jahren versuchen die Mannschaften, die schikanöse Heimordnung zu ändern. Die Heimordnung umfaßt u.a. das Verbot, nach 19 Uhr im Arbeitsanzug in der Kantine zu sitzen, zu singen, zu pfeifen usw. Dies führt dazu, daß in der Kantine ständig der Offizier vom Wachdienst rumlungert und die Soldaten auch in ihrer Freizeit ständig überwacht und schikaniert werden. Anfang Oktober ereignete sich dann ein Vorfall, der das Faß zum Überlaufen brachte.

Wieder einmal hatte der Pächter den Offizier vom Wachdienst geholt, weil einige Soldaten seines Erachtens zuviel Lärm machten. Der Offizier vom Wachdienst, der mit zwei bewaffneten Wachssoldaten kam, begann dann, nach den Angaben des Pächters einzelne Kameraden aufzuschreiben. Unter den Soldaten in der Kantine war die Empörung groß. Eine Traube laut diskutierender Soldaten bildete sich um den Pächter. Besonders der Pächter, seine Preise und die Heimordnung wurden angegriffen. Der Ruf nach Boykott wurde laut. Daraufhin zogen fast alle Soldaten geschlossen aus der Kantine und von da in den Unterrichtsraum des Kompaniegebäudes. Mehrere Vertrauensleute und Mitglieder des Soldaten- und Reservistenkomitees waren anwesend. Einstimmig wurde beschlossen, ab Montag, 4.10. die Kantine zu bestreiken.

Ab Mittwoch diskutierte der ganze Standort den Kantinenboykott. In drei Mannschaftsversammlungen wurden Boykottbeschlüsse gefaßt. Bei all den Diskussionen, Versammlungen usw. brachte das Soldaten- und Reservistenkomitee die Forderung ein: Für eine Kantine in Selbstverwaltung! Aus der spontanen Ablehnung der Heimordnung und der Preise entwickelt sich immer mehr eine Front für die Selbstverwaltung der Kantine; schwach am Anfang, aber von immer mehr Soldaten befürwortet und mitgetragen.

Ab Montag bleibt die Kantine leer. In der Mittagspause und nach dem Dienst ziehen „Streikposten" auf, um mit den Kameraden zu diskutieren, die noch nichts von dem Boykott wissen. In der Stadt sind die beiden Supermärkte voll mit Soldaten. Die Selbstversorgung klappt ausgezeichnet und ist geprägt von der Solidarität und Kampfbereitschaft der Soldaten.

Am Dienstag befiehlt der Kommandeur des Panzergrenadierbatallions, den Boykott sofort abzubrechen. Außerdem wird ein Befehl des Kommandanten bekannt, daß wir nicht mehr im Arbeitsanzug auf die Straße dürfen. Damit soll die Selbstversorgung verhindert werden. Den Offizieren sitzt panische Angst im Nacken, weil die Mannschaften angefangen haben, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, und sie die Grundpfeiler der bürgerlichen Armee scharf anschlagen, indem sie den Kampf gegen diese Verhältnisse in der Armee organisieren. Die Maßnahmen der Offiziere, den Boykott in die Knie zu zwingen, erreichen das Gegenteil, der Zusammenschluß für den Boykott wird stärker. Auch die Brötchen, die der Kantinenpächter jetzt verschenkt, ändern daran nichts.

Auf der Heimbewirtschaftungsausschußsitzung, wo der Pächter, ein Vertreter der Standortverwaltung und die Vertrauensleute vertreten sind, wurde von den Vertrauensleuten entschieden die Forderung der Boykottfront vorgetragen.

Der Kommandant droht mit der Knute, wegen Pflichtverletzung, Dienstverweigerung und Kompetenzüberschreitung will er sogar den Staatsanwalt auf die gewählten Vertrauensleute hetzen, da er „kein Vertrauen mehr" zu den Vertrauensleuten habe.

An der Aufrechterhaltung der Heimordnung und des Kantinenwesens hat die Bundeswehrführung ein großes Interesse. Zum einen ist sie durch die Pacht, die die Kantinenwirte entrichten müssen, unmittelbar an dieser Ausplünderung der Mannschaften beteiligt. Auf der anderen Seite sollen die Mannschaften durch die Heimordnung bespitzelt werden, damit ihre ständige Überwachung gewährleistet ist. Der bisherige Verlauf des Kampfes gegen das Kantinenwesen und die Heimordnung hat gezeigt, daß die Soldaten das Bewußtsein haben, dies nicht hinzunehmen, sondern gemeinsam den Kampf zu organisieren und die Forderungen durchzusetzen. Der Kampf gegen die rechtlose Lage und den materiellen Druck ist völlig gerecht; sehr wohl weiß das Offizierspack, daß der Kampf um eine selbstverwaltete Kantine so wie alle demokratischen Kämpfe der Soldaten gegen diese Armee diese zersetzt.

Die Zersetzung ging bis tief in die Reihen der Unteroffiziere hinein, die die Soldaten unterstützten, z.B. in manchen Zügen, die noch nichts von dem Boykott wußten, berichteten die Unteroffiziere zustimmend.

Nach einer Woche Boykott gingen nacheinander das Panzergrenadierbataillion und das Panzerartilleriebataillion ins Manöver. Während und nach dem Manöver gelang es nicht, den Boykott aufrechtzuerhalten. Die Soldaten gehen wieder in die Kantine. Aber nicht, weil sie den Kampf gegen die Heimordnung und für Selbstverwaltung gesteckt haben. Solche Auseinandersetzungen wie am letzten Donnerstag wird es viele geben. Die Soldaten suchen sie gemeinsam. Jedes Durchbrechen der Heimordnung ist ein Schritt zu ihrer Beseitigung. – (h., Soldaten- und Reservistenkomitee Walldürn / Red.)

USA. Zwei Gewerkschaftsfunktionäre, Alex Markley und Tony Suares, sollen für Jahre ins Gefängnis geworfen werden. Sie hatten in der Elektroindustrie in Massachusetts im Herbst 1975 einen 11-wöchigen Streik geleitet. Sie wurden verhaftet unter der Anklage, einen Sprengstoffanschlag begangen zu haben. Sie sollten erpreßt werden mit dem Versprechen, sie würden freigelassen, falls sie sich bereiterklärten, in der Gewerkschaft für die Regierung zu arbeiten. Diesem Erpressungsversuch haben sie sich nicht gebeugt.

USA. 17 000 Lastwagenfahrer streiken in den 15 Staaten an der Ostküste gegen die United Parcel Service (UPS), eine der größten Transportgesellschaften der USA. Es ist der erste Streik gegen diese Kapitalisten seit vielen Jahren. Zu diesem Streik haben sich 74 örtliche Gewerkschaftsorganisationen zusammengeschlossen. Der Streik richtet sich gegen die Pläne der UPS, ein Arbeitsbewertungssystem einzuführen und die vollzeitbeschäftigten Arbeiter durch teilzeitbeschäftigte zu ersetzen. Die teilzeitbeschäftigten Transportarbeiter würden dann weniger als die Hälfte des üblichen Lohns verdienen und sollen verschärfter Arbeitshetze unterworfen werden. 6 Wochen zuvor hatten sich 98 % der Gewerkschaftsmitglieder für den Streik ausgesprochen. Er war von der bürgerlichen Gewerkschaftsführung immer wieder hinausgeschoben worden, bis er von der Mitgliedschaft schließlich durchgesetzt wurde. Die Bedingungen für einen Erfolg des Streiks sind günstig. Durch ihn wird das Weihnachtsgeschäft des Kapitalisten bedroht. Die UPS ist mit einem Jahresumsatz von 1 Milliarde DM das größte Transportunternehmen für Weihnachtspakete in den USA.

Freiheit für Gary Tyler! Weg mit der Todesstrafe! Unter diesen Forderungen werden zwischen dem 6. und 10. November in allen Teilen der USA Demonstrationen und Kundgebungen durchgeführt werden. Der heute 18-jährige Gary Tyler wurde 1974 auf Grund einer gefälschten Anklage zum Tode verurteilt, nachdem ein weißer Schüler erschossen worden war, der zu einer Gruppe gehörte, die die Öffnung einer bis dahin ausschließlich Weißen geöffneten Schule für Schwarze verhindern wollte. Die angebliche Mordwaffe wurde erst Stunden nach der Auseinandersetzung gefunden. Sie wies keinerlei Fingerabdrücke auf. Es handelte sich um einen Polizeirevolver. Gary Tyler wurde innerhalb weniger Tage von einem ausschließlich mit Weißen besetzten Gericht in Destrehan, Louisiana, zum Tode verurteilt. Der Oberste Gerichtshof der USA hat erst im Juli die Todesstrafe wieder anerkannt. Die Bewegung zum Kampf gegen dieses Urteil ist seitdem in Louisiana und in anderen Staaten der USA zu einer machtvollen Unterstützung der schwarzen Massen in ihrem Kampf gegen Entrechtung und rassistische Unterdrückung geworden. Über 50 Organisationen unterstützten eine Demonstration für die Freilassung von Gary Tyler am 24. Juli 1974, an der 2 000 teilnahmen. Am 7. Oktober wurde eine Petition mit 92 000 Unterschriften dem Gouverneur überreicht. Die Berufungsverhandlung beim Obersten Gerichtshof der USA findet im November statt. Gary Tyler hat dazu erklärt: „Der Oberste Gerichtshof, das sind nur die größten Rassistenrichter im ganzen Land. Von denen können wir keine Freiheit erwarten. Wißt ihr, was ich denke? Nur die Massen werden mich befreien!" (Nach einem Aufruf der October League vom 10.10.1976)

Streik der Busfahrer und Schaffner in Madrid. In Madrid streiken rund 4 000 Busfahrer und Schaffner. Sie fordern Nachzahlung des Urlaubsgeldes für 1974, die Anhebung des Grundgehalts auf den gesetzlichen Mindestlohn und die Wiedereinstellung ihrer aus politischen Gründen entlassenen Kollegen. Als die Stadtverwaltung Privat- und Polizeibusse zum Streikbruch einsetzte, setzten sich die Fahrer und Schaffner mit einer Demonstration von rund 1 000 zur Wehr, in deren Verlauf es zu heftigen Kämpfen mit der Polizei kam. (Süddeutsche Zeitung, 29.10.1976)

Das internationale Finanzkapital beteiligt sich mehr und mehr an der Ausplünderung und Ausbeutung der britischen Arbeiterklasse. Insgesamt hat die britische Finanzbourgeoisie inzwischen für 19 Milliarden Dollar Schulden gemacht, die die Volksmassen tragen sollen. Jetzt im November müssen 1,6 Milliarden Dollar zurückgezahlt werden, die Staatskasse ist aber leer. In den nächsten Wochen entscheidet der Internationale Währungsfonds (IWF) über einen weiteren 3,9 Milliarden-Dollar-Kredit an Großbritannien. Die Kreditgeber, die USA, Westdeutschland und Japan, wollen die Schwäche des britischen Imperialismus nutzen, um größeren Anteil an der Ausbeutung der englischen Arbeiterklasse zu bekommen, den englischen Markt erobern und die Reichtümer des Landes aufkaufen; deshalb verlangen sie für den Kredit, daß Grobritannien keinerlei Handelsschranken gegen seine imperialistischen Konkurrenten errichtet, daß den Volksmassen größere Steuerlasten auferlegt werden und die Staatsausgaben gekürzt werden, und daß die britische Währung weiter entwertet werden soll von 1,65 Dollar pro Pfund auf 1,50 Dollar. Durch die Entwertung des Pfundes um ca. 10 % wird der Aufkauf englischer Fabriken noch billiger und wird das amerikanische, westdeutsche und japanische Finanzkapital noch mehr Profit aus der Beteiligung an der Ausbeutung der englischen Arbeiter ziehen. (Nach „Handelsblatt", 29.10.76)

Der Fünfjahrplan der neuen Zaren in der Sowjetunion

Ein Programm der Kriegsvorbereitung

In der vergangenen Woche tagte das Zentralkomitee der KPdSU und der Oberste Sowjet der UdSSR. Beschlossen wurde der Fünfjahresplan 1975 bis 1980 und der Staatshaushalt 1977. Die bislang bekannt gewordenen Angaben beweisen, daß es sich um einen Feldzugsplan gegen die arbeitenden Klassen handelt.

Rationalisierung in der Landwirtschaft

Nach der verheerenden Mißernte des vergangenen Jahres war in der Presse der UdSSR viel die Rede davon, daß die Bemühungen um die Landwirtschaft bedeutend gesteigert werden müßten. Was hier als Zweck ausgegeben wird, die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, ist jedoch ein Vorwand. Der Zweck der Bemühungen ist in Wahrheit die Freisetzung von Millionen von Arbeitern für die Ausbeutung in der Industrie. Zwischen 1959 und 1970 wurde jeder dritte Kolchosbauer aus der Landwirtschaft entfernt und der Ausbeutung in der Fabrik zugeführt. Die Plandaten gehen davon aus, daß bis 1980 jedes Jahr eine weitere Million Bauern in die Industrie gesteckt werden kann, insgesamt fünf Millionen. Die Produktionsziele sollen dadurch erreicht werden, daß die verbleibenden Bauern mit mehr Maschinen arbeiten. Was Erleichterung schwerer Arbeit sein könnte, verwandelt die Arbeit in Qual. Das Arbeiten rund um die Uhr, die Schicht- und Nachtarbeit ist zur Alltäglichkeit in der Landwirtschaft der UdSSR geworden. (Angaben berechnet nach: Nowosti-Jahrbücher 1972, 1973, 1975)

Intensivierung der Arbeit in der Industrie

Der geplante Zuwachs der Industrieproduktion bis 1980 wird mit 36 % angegeben. 5 % davon sollen durch die Einführung produktiverer Produktionsmittel erreicht werden, 30 % davon durch Steigerung der „Arbeitsproduktivität" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.10.76). „Steigerung der Arbeitsproduktivität" kann, da unterschieden von der „Einführung neuer Produktionsmethoden", nur heißen: Schichtarbeit, Nachtarbeit, Erhöhung der Arbeitshetze. So wetterte Breschnew schon im Frühjahr auf dem 25. Parteitag gegen „Arbeitszeitverluste, Stillstandszeiten, Unregelmäßigkeiten im Arbeitsrythmus, schwache technologische und Arbeitsdisziplin, große Kaderfluktuation", und Kossygin empfahl erneut die mehrschichtige Auslastung der Maschinerie. 30 % heißt, gleichbleibende Maschinerie vorausgesetzt, daß dann vier statt drei Traktoren, vier statt drei Panzern hergestellt werden müssen.

Schwerindustrie, Export, Militarisierung

Die Produktion wird konzentriert auf die Bereiche, die für den Kapital- und Warenexport der Sowjetunion wichtig sind, und die vor allem dem Ausbau ihrer strategischen Basis und der Kriegsvorbereitung dienen, darunter die Zweige: Fahrzeugbau, Atomreaktoren, Stahl, Kohle, Erdöl und Erdgas.

Die offizielle Propaganda behauptet dabei, die Rüstungsausgaben seien wieder um 0,2 Prozent gesunken.

Diese Zahl verschleiert tatsächlich nur die Ausrichtung der gesamten Volkswirtschaft auf die Kriegsvorbereitung:

– Erneut wurde vor dem Obersten Sowjet die Notwendigkeit betont, daß die Rüstung „verstärkt" (Neue Zürcher Zeitung, 29.10.76) werden müsse.

Durch die Produktion in sehr großen Serien tritt eine beträchtliche Verwohlfeilerung ein (Deutsche Außenpolitik – DDR, Sonderheft 1972, Seite 44).

– Fast die gesamte „zivile" Produktion der UdSSR ist auf die Rüstung orientiert (ebenda, Seite 38).

– Breschnew hat auf dem 25. Parteitag gesagt, daß 42 % der in der Rüstungsindustrie erzeugten Produkte vorübergehend für zivile Zwecke verwandt werden, z.B. Transportmittel – und diese werden von den Sozialimperialisten mit Sicherheit in „zivilen" Haushaltsposten untergebracht.

Die Selbstkosten der Rüstungsindustrie der UdSSR sind erheblich niedriger als bei den westlichen imperialistischen Konkurrenten (Sowjetunion heute 1/76, Seite 8) – und das ist so, weil den Arbeitern Hungerlöhne gezahlt werden.

Das durchschnittliche Monatseinkommen soll jährlich um 3,3 % steigen. In dieser Zahl sind die Gehälter der neuen Bourgeoisie, der Generaldirektoren, Generäle, Professoren, Partei- und Staatsfunktionäre und ihres Anhangs eingerechnet. Da bleibt für die Arbeiterklasse fast nichts übrig. Die kaum verhüllte Inflation ist dabei nicht berücksichtigt. Der Planung zufolge soll der Durchschnittslohn 1980 bei 561 DM nach dem offiziellen Wechselkurs liegen. Die Kaufkraft des geplanten Durchschnittslohns wird aber nur etwa 280 DM entsprechen.

Dieses Programm der gesteigerten Profitauspressung wird nur mit Maschinengewehren und Panzern gegen die russische Arbeiterklasse und die Arbeiterklasse der unterdrückten Nationen durchsetzbar sein. Gegen blutige Unterdrückung durch Miliz und Armee haben die unterdrückten sowjetischen Volksmassen in diesem Jahr immer wieder Aktionen gegen die neue Bourgeoisie durchgeführt. Im April und im Mai fanden Massenstreiks in Riga und in Irkutsk statt. In Rostow am Don und in Kiew stürmten und verwüsteten aufgebrachte Massen Lebensmittelgeschäfte und Märkte (Hsinhua. 14.10.76). Die von der Sowjetunion abhängige polnische Bourgeoisie konnte ihre Plünderungspläne schon nicht mehr gegen die politische Arbeiterklasse durchsetzen. Das kommende Planjahrfünft, von dem Breschnew meint, „das habe die Welt noch nicht gesehen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.10.76), wird gewiß anders verlaufen, als die neuen Zaren meinen. – (mo. / Red.)



..Irischer Alltag: IRA-Frauen haben lich begrüßt. Zum Programm dieser beiterin Maire Drumm, stellvertre-

„Irischer Alltag: IRA-Frauen haben einen ‚Verdächtigen' überwältigt. Unter dem Motto ‚Briten raus' wird er an die Wand gestellt und nach Waffen durchsucht." So unterschreibt „Die Welt" vom 28.10.76 dieses Bild. Der westdeutsche Imperialismus und seine Presse entwickeln eine große Hetze gegen den gerechten Kampf des irischen Volkes gegen den britischen Imperialismus. Dazu benützen sie die nordirische „Friedensbewegung", deren Vertreter zur Zeit in Westdeutschland von Bankett zu Bankett gereicht und mit Schmiermitteln versehen werden. Die Zeitung der revisionistischen DKP hat die westdeutsche Unterstützung für diese „Friedensbewegung" ausdrücklich begrüßt. Zum Programm dieser „Friedensbewegung" hat deren Sprecherin, Betty Williams, auf einem dieser Bankette erklärt: „Die Zukunft der Nordiren liege darin, daß sie sich selbst als eine besondere Nation erkennen würden." (Frankfurter Rundschau, 29.10.76) Der Kampf des irischen Volkes für seine Unabhängigkeit vom Imperialismus soll gespalten werden und die direkte Herrschaft des britischen und der anderen EG-Imperialisten über einen Teil Irlands soll aufrechterhalten bleiben.

Die Schiffsbauingenieursgattin Betty Williams vertritt den Standpunkt der imperialistischen Bourgeoisie. Die Arbeiterin Maire Drumm, stellvertretende Vorsitzende der IRA (Provisionals), hat ihr Leben lang gegen den Imperialismus gekämpft. Sie wurde in einem Belfaster Krankenhaus ermordet.

Mit Gewalt hat das irische Volk einen großen Teil seines Landes vom britischen Imperialismus befreit. Mit Gewalt versucht der britische Imperialismus unterstützt von allen anderen imperialistischen Staaten seine direkte Herrschaft über Nordirland aufrechtzuerhalten. Die revolutionäre Gewalt des irischen Volkes wird ihn unvermeidlich auch dort vertreiben. Davon legt das Bild aus der „Welt" Zeugnis ab.

Leitartikel von „Zeri i Popullit" zur Vorbereitung des 7. Parteitags der PAA

Die Partei der Arbeit Albaniens ist stärker und geeinter denn je

„Tirana. Anläßlich des glorreichen Jubiläums ihres 35-jährigen Bestehens und des 7. Parteitages zieht die Partei der Arbeit Albaniens Bilanz ihres Kampfes und ihrer Arbeit. Es ist die Bilanz großer historischer Siege. Es ist die Bilanz der Siege, die errungen wurden durch die entschlossene Verteidigung und Anwendung der Lehren des Marxismus-Leninismus im unbeugsamen Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus, gegen äußere und innere Feinde aller Schattierungen. In diesem Kampf ist die Partei gewachsen und reifer geworden.

Jetzt bereitet sie sich auf den 35. Jahrestag ihrer Gründung und ihren 7. Parteitag vor. Sie ist stärker als jemals, mit einer stählernen Einheit ihrer Reihen um das Zentralkomitee mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, mit einer stählernen Einheit der Volksmassen um die Partei. Das ist einer ihrer glänzendsten Siege.

Die feste Einheit ist immer das Hauptmerkmal unserer Partei gewesen. Die Partei der Arbeit Albaniens hat erfolgreich ihre Aufgabe ausgeführt, die Revolution, den sozialistischen Aufbau und die Verteidigung unseres Heimatlandes zu aufeinanderfolgenden Siegen zu führen, weil sie immer eine feste revolutionäre Einheit hatte, die auf der Theorie des Marxismus-Leninismus und den leninistischen Prinzipien, die ihr inneres Leben regeln, beruhte. Diese Einheit ist in jeder Etappe der Revolution gestärkt worden, weil im Kampf um die Lösung neuer Probleme, die oft kompliziert und sehr schwierig waren, immer korrekt an der Linie der Partei festgehalten wurde. Sie ist auch gestärkt und gefestigt worden im Kampf für die Verteidigung der Reinheit des Marxismus-Leninismus und im Sieg über die wahnsinnigen Attacken, die Erpressung und die Intrigen der Revisionisten, besonders der Sowjetrevisionisten, die versucht haben, unsere Partei zu spalten.

Der Kampf für die weitere Stärkung und Festigung der Einheit hat auch in den Reihen der Partei stattgefunden. Die Partei hat ständig die revolutionäre Wachsamkeit erhöht und hat jeden antimarxistischen Standpunkt rechtzeitig aufgedeckt und angeprangert, ohne es ihnen zu ermöglichen, sich in Strömungen zu verwandeln.

Die Partei der Arbeit Albaniens hat niemals Worte von Taten getrennt. Die Einheit ihrer Reihen ist die Einheit des Denkens und Handelns. Sie beruht auf dem korrekten Verständnis und der Anwendung der marxistisch-leninistischen Prinzipien und Normen, wie sie durch das Statut festgelegt sind, das in gleicher Weise verpflichtend ist für alle Kommunisten, Parteiorganisationen und Parteiorgane. Deswegen herrscht diese Einheit in der ganzen Partei und in jeder ihrer Zellen. Es ist keine formale, trügerische Einheit auf opportunistischer Grundlage, und es ist niemals solch eine Einheit gewesen. Sie ist immer auf der Grundlage der lebendigen Debatte hergestellt worden, die um die Verteidigung und Anwendung der Linie der Partei unter konkreten Bedingungen und über konkrete Fragen geführt wird.

Die albanischen Kommunisten bereiten das glorreiche Jubiläum und den 7. Parteitag in geschlossenen Reihen als feste und entschlossene Kämpfer für die richtige Durchführung der Linie der Partei vor. Sie untersuchten die Beschlüsse des 6. Parteitages der Partei der Arbeit Albaniens und der Plenartagungen des Zentralkomitees der vergangenen Jahre, ebenso wie die programmatischen Reden des Genossen Enver Hoxha, setzten sich konkrete Aufgaben und führten einen allseitigen Kampf, um sie zu erfüllen. In diesem revolutionären Kampf haben sie sich weiter gefestigt. Das Verantwortungsbewußtsein jedes Kommunisten ist gewachsen ohne Rücksicht auf seinen Beruf und den Bereich, wo er für die korrekte Umsetzung und Verteidigung der Linie der Partei auf allen Gebieten und in allen Fragen arbeitet und kämpft. Diese Vorbereitung schafft eine feste Basis für die weitere Stählung der Partei. Der Leitfaden für diese Bewegung ist die marxistisch-leninistische These des Genossen Enver Hoxha geworden, nach der jeder Kommunist ein Spezialist für die Linie der Partei sein muß.

Die feste Einheit der Partei ist die notwendige Bedingung, um die Revolution und den sozialistischen Aufbau zu leiten, die Diktatur des Proletariats zu verteidigen und zu stärken. Die Partei kann diese große historische Mission nicht allein erfüllen. Sie kann sie nur erfolgreich erfüllen, wenn sie die Arbeiterklasse, die Bauern und die breiten arbeitenden Massen mobilisiert, indem sie sie eint und zum Ziel führt. „Der Sozialismus wird geschaffen von den Massen, die Partei schafft ihr Bewußtsein." Deshalb war die Einheit der Partei die Grundlage für die Einheit der Volksmassen und ihren Zusammenschluß um die Partei.

Diese Einheit der Volksmassen um die Partei hat zum schmachvollen Scheitern all der Pläne äußerer und innerer Feinde zur Vernichtung der Revolution in Albanien geführt, hat Einkreisung und Blockade gebrochen und überwunden. Heute schreitet Albanien von einem Fünf-Jahres-Plan zum andern vorwärts, mit beispiellosen Zuwachsraten, stolz und fest, mit aufeinanderfolgenden Erfolgen auf allen Gebieten. Die Diktatur des Proletariats und die Verteidigung des Heimatlandes sind stark und unzerstörbar." (Leitartikel von „Zeri i Popullit", nach albanischer Nachrichtenagentur ATA vom 20.10.76, Übersetzung durch die Red.)

„Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen"

Peking. 24. Oktober 1976. Rote Fahnen wehen über den Bergen und Flüssen im ganzen Land, und die Gesichter unseres 800-Millionen-Volkes strahlen vor Freude. Hunderte Millionen haben in den vergangenen Tagen in allen Teilen unseres Landes gewaltige Demonstration durchgeführt. Eine Million Soldaten und Zivilisten sind gestern zu einer großen Kundgebung in Peking, der Hauptstadt, zusammengekommen. Sie feierten herzlich die Ernennung des Genossen Hua Guo-feng zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und zum Vorsitzenden der Militärkommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, begrüßten den großen Sieg bei der Zerschlagung der auf die Usurpation von Partei- und Staatsführung gerichteten Verschwörung der parteifeindlichen Clique um Wang Hung-wen, Tschang Tschun-tschiao, Tschiang Tsching und Yao Wen-yüan und verurteilten mit großer Empörung die ungeheuren Verbrechen der „Viererbande".

Die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten im Land sind entschlossen, sich aufs engste um das Zentralkomitee der Partei mit dem Vorsitzenden Hua Guofeng an der Spitze zusammenzuschließen, an den Weisungen des Vorsitzenden Mao festzuhalten und die Sache der proletarischen Revolution bis zu Ende zu führen.

Genosse Hua Guo-feng wurde vom großen Führer, Vorsitzenden Mao, selbst als sein Nachfolger ausgewählt. Vorsitzender Mao schlug Genossen Hua Guo-feng für die Ämter des ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und zum Ministerpräsidenten des Staatsrates im April 1976 vor. Dann, am 30. April 1976, schrieb Vorsitzender Mao mit eigener Hand an Genossen Hua Guo-feng: „Du leitest die Angelegenheiten, dann bin ich unbesorgt."

In Übereinstimmung mit den Festlegungen, die Vorsitzender Mao vor seinem Tod getroffen hatte, wurde am 7. Oktober 1976 eine Resolution des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas beschlossen, die Genossen Hua Guo-feng zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und zum Vorsitzenden der Militärkommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas bestimmte. Dies verkörpert den gemeinsamen Willen der ganzen Partei, der ganzen Armee und der Volksmassen im ganzen Land und war ein großer Sieg bei der Zerschlagung der auf die Usurpation von Partei- und Staatsführung gerichteten Verschwörung der „Viererbande". Es war ein erfreuliches Ereignis von weitreichender historischer Bedeutung. Genosse Hua Guo-feng, in den der Vorsitzende Mao unbeschränktes Vertrauen hatte und der die herzliche Zuneigung und das volle Vertrauen der Volksmassen überall im ganzen Land genießt, ist nun der Führer unserer Partei, und unsere Partei und unser Staat haben einen zuverlässigen Steuermann, um unseren siegreichen Vormarsch gemäß der proletarisch-revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao fortzusetzen.

Das Zentralkomitee der Partei, geführt von Genossen Hua Guo-feng, zerschmetterte die Verschwörung der „Viererbande" für eine konterrevolutionäre Restauration und wandte großen Schaden von unserer Partei ab. Wang-Tschang-Tschiang-Yao hatten schon lange eine Clique gebildet, fraktionelle Aktivitäten betrieben, um die Partei zu spalten. Der große Führer, Vorsitzender Mao, war dessen schon lange bewußt und kritisierte sie streng und erzog sie immer wieder, und er traf verschiedene Vorkehrungen, um dieses Problem zu lösen. Vorsitzender Mao kritisierte sie am 17. Juli 1974, indem er sagte: „Seid auf der Hut! Bildet nicht eine kleine Fraktion von vier Leuten!" Vorsitzender Mao kritisierte sie erneut am 24. Dezember desselben Jahres. Er sagte: „Bildet keine Fraktion! Die das machen, werden scheitern." Im November und Dezember desselben Jahres, als die zentralen Führungsorgane die Einberufung des Vierten Nationalen Volkskongresses vorbereiteten, sagte Vorsitzender Mao: „Tschiang Tsching hat wilde Ambitionen. Sie will, daß Wang Hung-wen Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses wird und daß sie selbst Vorsitzende des Zentralkomitees der Partei wird." Am 3. Mai 1975 wiederholte auf einer Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der Partei Vorsitzender Mao die Prinzipien der „drei grundlegenden Dinge, die man tun soll und die man nicht tun soll", und ermahnte sie: „Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen! Handelt nicht als eine Viererbande, tut das nicht mehr, warum fahrt ihr damit fort?" Genau an diesem Tag gab Vorsitzender Mao über dieses Problem die Weisung: „Wenn dies nicht in der ersten Hälfte dieses Jahres gelöst wird, dann sollte es in der zweiten Hälfte gelöst werden; wenn nicht dieses Jahr, dann nächstes Jahr; wenn nicht im nächsten Jahr, dann im Jahr darauf." Gegenüber der Kritik und Erziehung durch den Vorsitzenden Mao nahm die „Viererbande" die Haltung von konterrevolutionären Betrügern ein, die öffentlich Folge leisten, aber im geheimen Opposition treiben. Sie zeigten nicht nur nicht das leiseste Zeichen von Reue, sondern sie wurden im Gegenteil immer schlimmer, gingen weiter und weiter auf dem falschen Weg. Während der Zeit, als Vorsitzender Mao ernstlich krank war, und nach seinem Tod wurden ihre Angriffe auf die Partei wütender, und ihre Versuche, die oberste Führung der Partei und des Staates an sich zu reißen, beschleunigten sich. Wir sahen uns der schweren Gefahr gegenüber, daß die Partei revisionistisch wird und der Staat die Farbe wechselt. In diesem entscheidenden Augenblick der chinesischen Revolution ergriff das Zentralkomitee der Partei mit Genossen Hua Guo-feng an der Spitze und den grundlegenden Interessen und dem gemeinsamen Willen der ganzen Partei, der ganzen Armee und des ganzen Volkes entsprechend, mit der Kühnheit und dem Weitblick der Arbeiterklasse entschlossene Maßnahmen gegen die parteifeindliche „Viererbande", zerschlug ihre auf die Usurpation von Partei- und Staatsführung gerichtete Verschwörung und rettete die Revolution und die Partei. So errang das Proletariat einen entscheidenden Sieg beim Gegenschlag gegen den Angriff der Bourgeoisie.

Die „Viererbande", ein Unheil für das Land und das Volk, beging abscheuliche Verbrechen. Sie verrieten vollständig die Prinzipien der „drei grundlegenden Dinge, die man tun soll und die man nicht tun soll", die Vorsitzender Mao eindringlich lehrte, fälschten skrupellos den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen, verfälschten die Weisung des Vorsitzenden Mao, kämpften gegen die proletarisch-revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao, in einer Vielzahl von Fragen, die die inneren und auswärtigen Angelegenheiten betreffen, und praktizierten Revisionismus, unter dem Banner des Marxismus segelnd. Sie führten verbrecherische Aktivitäten durch, um die Partei zu spalten, arbeiteten als eine Clique, gingen ihren eigenen Weg, schufen ihr eigenes System innerhalb der Partei, taten, was sie wollten, traten als Herren über andere auf und setzten sich selbst über den Vorsitzenden Mao und das Zentralkomitee der Partei. Sie waren mit Ränken und Verschwörungen beschäftigt und steckten ihre Nase in alles, um überall Verwirrung zu stiften, die revolutionäre Linie und strategischen Pläne des Vorsitzenden Mao zu bekämpfen und die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau zu untergraben. Sie warfen richtig und falsch durcheinander, verbreiteten Gerüchte, setzten alles daran, um eine konterrevolutionäre öffentliche Meinung zu schaffen, konstruierten Anschuldigungen gegen andere und stempelten jeden ab, versuchten, eine große Zahl führender Genossen der Partei, des Staates und der Armee in den leitenden Organen und an verschiedenen Stellen zu stürzen und die Partei- und Staatsführung zu usurpieren. Sie verehrten ausländische Dinge und krochen vor Ausländern, unterhielten verbotene Verbindungen mit dem Ausland, verrieten wichtige Partei- und Staatsgeheimnisse und praktizierten skrupellos Kapitulantentum und nationalen Verrat. Gestützt auf verschiedene Manöver verfolgten sie eine konterrevolutionäre revisionistische Linie, eine ultrarechte Linie. Vorsitzender Mao stellte fest: „Man macht die sozialistische Revolution und weiß nicht, wo die Bourgeoisie sitzt; sie sitzt mitten in der Kommunistischen Partei – es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen. Die Machthaber auf dem kapitalistischen Weg gehen diesen Weg noch." Wang Hung-wen, Tschang Tschun-tschiao, Tschiang Tsching und Yao Wen-yüan sind typische Vertreter der Bourgeoisie innerhalb der Partei, besserungsunwillige Vertreter des kapitalistischen Weges, die immer noch den kapitalistischen Weg gehen, und eine Bande bourgeoiser Verschwörer und Karrieristen.

Unser Kampf gegen die „Viererbande" ist ein Kampf auf Leben und Tod zwischen den zwei Klassen, den zwei Wegen und den zwei Linien. Indem sie eine kleine, eigennützige Clique bildete, um die Macht in der Partei und im Staat an sich zu reißen, versuchte die „Viererbande" vollständig den proletarischen Charakter unserer Partei zu ändern, ihre grundlegende Linie für die ganze historische Periode des Sozialismus umzuwandeln und den Kapitalismus in China zu restaurieren. Wenn ihr Plan Erfolg gehabt hätte, hätte das ernstes Unheil für das chinesische Volk bedeutet. Die Zerschmetterung dieser parteifeindlichen Clique hat die Partei vor einer verborgenen Gefahr gerettet, das Land vor Unheil gerettet und die dem Volk zugefügten Übelstände zu der großen Genugtuung der Partei, der Armee und des Volkes wieder gutgemacht. Dies ist ein großartiges Beispiel dafür, wie die große Theorie des Vorsitzenden Mao über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats in die Praxis umgesetzt wird. Dies ist von großer aktueller und weitreichender historischer Bedeutung für unser Festhalten an der grundlegenden Linie der Partei, für die Bekämpfung und Verhinderung des Revisionismus, für die Festigung der Diktatur des Proletariats, für die Verhinderung der Restauration des Kapitalismus, den Aufbau des Sozialismus, das Hochhalten des Prinzips des proletarischen Internationalismus und für die Fortführung der revolutionären Linie und Politik des Vorsitzenden Mao in internationalen Angelegenheiten. Dies ist ein gewaltiger Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution und der Maotsetungideen.

Vorsitzender Mao stellte 1971 fest: „Unsere Partei hat schon eine Geschichte von fünfzig Jahren und ist durch zehn große Kämpfe um die Linie der Partei gegangen. Es gab Leute in diesen zehn Kämpfen, die unsere Partei spalten wollten, aber keiner war dazu in der Lage. Dies ist eine Frage, die sich zu studieren lohnt: solch ein großes Land, solche eine große Bevölkerung, aber keine Spaltung. Die einzige Erklärung ist, daß das Volk, die Partei und die ganze Parteimitgliedschaft einig sind in der Bekämpfung einer Spaltung. In Anbetracht ihrer Geschichte, hat diese unsere Partei eine große Zukunft."

In der Zusammenfassung der Erfahrungen unserer Partei in den zehn Kämpfen um die Linie der Partei stellte Vorsitzender Mao fest: „Die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der ideologischen und politischen Linie entscheidet alles", und formulierte die drei grundlegenden Prinzipien: „Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit treiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen." Diese



Massenkundgebung am 24. Oktober in Peking. Genosse Wu Dö, Erster Parteisekretär, Vorsitzender des Revolutionskomitees der Stadt Peking, erklärte in seiner Rede: „Obwohl natürlich noch Schwierigkeiten, Windungen und Wendungen auf unserem Vormarsch auftreten werden, sind wir fest überzeugt, daß die Zukunft glänzend ist. Unter Führung des Zentralkomitees der Partei mit Genossen Hua Guo-feng an der Spitze werden wir sicherlich in der Lage sein, uns mit allen Kräften zusammenzuschließen, mit denen Zusammenschluß möglich ist, alle positiven Faktoren zur Geltung bringen und noch bessere Arbeit in unserer sozialistischen Revolution und im Aufbau des Sozialismus leisten. Schließen wir uns zusammen, um noch größere Siege zu erringen."

Prinzipien sind unsere Kriterien, um die richtige Linie von der falschen Linie zu unterscheiden, und unsere machtvolle Waffe für die Entdeckung der Bourgeoisie in der Partei. Die ganze Geschichte unserer Partei zeigt, daß nur durch das Festhalten an den drei grundlegenden Prinzipien die Partei vorwärtsschreiten kann, die herzliche und vorbehaltlose Unterstützung der Volksmassen gewinnen und ein gewaltiges revolutionäres Kontingent organisieren kann, und nur wenn wir so handeln, kann unsere revolutionäre Sache Erfolg haben. Gegen die drei grundlegenden Prinzipien zu handeln bedeutet, die Sache der proletarischen Revolution und die Lebensinteressen der Partei und des Volkes zu verraten.

Jedermann, der so handelt, verliert unvermeidlich das Vertrauen der Volksmassen und bringt Ruin und Schande über sich. Bei zehn Gelegenheiten in der Vergangenheit versuchten die Hauptvertreter der opportunistischen Linie unsere Partei zu spalten, aber sie alle scheiterten. Die jetzige parteifeindliche Wang-Tschang-Tschiang-Yao-„Viererbande" hat auch ein schändliches Ende genommen, weil sie Revisionismus und Spaltertum praktizierte, Verschwörung betrieb, um die Macht in Partei und Staat zu usurpieren, hat so vollständig das Vertrauen der Volksmassen verloren und wurde vollständig isoliert. Die Geschichte hat immer wieder die Tatsache gezeigt, daß es alles andere als einfach ist, unsere Partei zu zerstören. Unseres Partei verdient ihr Ansehen als eine Partei, vom Vorsitzenden Mao selbst gegründet, gestählt und aufgebaut, als eine politisch reife marxistisch-leninistische Partei und als eine große, ruhmreiche und korrekte Partei.

Während sie den großen historischen Sieg unserer Partei feiern, sind die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten im ganzen Land unter der Führung des Zentralkomitees der Partei mit dem Vorsitzenden Hua Guo-feng an der Spitze entschlossen, das große rote Banner des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen hochzuhalten, konsequent den Klassenkampf als das Hauptkettenglied anzupacken, an der grundlegenden Linie der Partei festzuhalten und an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats. Wir müssen die gemeinen Verbrechen der parteifeindlichen Wang-Tschang-Tschiang-Yao-Clique gründlich enthüllen, tiefgehend ihre konterrevolutionäre revisionistische Linie kritisieren und ihren giftigen Einfluß völlig vernichten. Es ist notwendig, klar zwischen den zwei verschiedenen Arten der Widersprüche zu unterscheiden und sie korrekt zu behandeln, gewissenhaft den Prinzipien des Vorsitzenden Mao „Aus früheren Fehlern lernen, um künftige zu vermeiden" und „Die Krankheit bekämpfen, um den Patienten zu retten" und „Das Erziehungsfeld muß erweitert und das Angriffsfeld eingeengt werden" zu folgen, ebenso wie sich mit all denen zusammenzuschließen, mit denen der Zusammenschluß möglich ist. Wir müssen die Kritik an Teng Hsiao-ping weiterführen und im Kampf zur Abwehr des Versuchs von rechts, die richtigen Urteile umzustoßen, fortfahren. Wir müssen begeistert neue sozialistische Dinge unterstützen, bewußt das bürgerliche Recht einschränken und die Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution festigen und weiterentwickeln. Wir müssen „Die Revolution anpacken, die Produktion, die Arbeit und die Vorbereitung auf einen Kriegsfall fördern", und unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen und die ausgezeichnete Situation weiterentwickeln.

Nachdem die „vier Plagen" beseitigt sind, ist unsere Partei noch geschlossener, noch stärker und noch schlagkräftiger geworden, und ist die Diktatur des Proletariats in unserem Land weiter gefestigt. Die Volksmassen sind voller Freude und kampfbereit, überall in unserem Vaterland singen Pirole und sirren Schwalben. Vor uns entsteht „eine politische Situation, in der es beides gibt: Zentralismus als auch Demokratie, sowohl Disziplin als auch Freiheit, sowohl einheitlicher Wille auch auch persönliches Behagen und vitale Regsamkeit". Seit wir solch eine große Partei, Armee und Volk haben, kann keine Schwierigkeit unseren siegreichen Vormarsch stoppen. Unter der Führung des Zentralkomitees der Partei mit Vorsitzendem Hua Guo-feng an der Spitze, sind wir imstande, unseren Vormarsch in der sozialistischen Revolution gemäß der Linie und Politik des Vorsitzenden Mao weiterzuführen und in Übereinstimmung mit dem großen Plan, den Vorsitzender Mao entwarf, die umfassende Modernisierung von Landwirtschaft, Industrie, nationaler Verteidigung und Wissenschaft und Technologie zu vollenden und China vor dem Ende des Jahrhunderts zu einem starken sozialistischen Land aufzubauen, um so einen angemessen großen Beitrag für die Menschheit zu leisten und für die endgültige Verwirklichung des Kommunismus zu arbeiten.

(Leitartikel von „Volkszeitung", „Rote Fahne" und „Tageszeitung der Volksbefreiungsarmee" / Hsinhua, 25. Oktober 1976 / Übersetzung durch Red.)

Zimbabwe-Solidaritätsaktionen

Schwetzingen. In der Scheffelsiedlung in Schwetzingen, in der fast ausschließlich Arbeiter und Rentner wohnen, hat die Stadtteilzelle des KBW eine Kleidersammlung für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe durchgeführt. Durch Flugblätter, die vorher verteilt worden waren, und in kurzen Ansprachen wurde die Gemeinsamkeit der Interessen und des Ziels der schwarzen Arbeiter in Südafrika und der westdeutschen Arbeiterklasse dargestellt und die Manöver der Imperialisten enthüllt. Zu ihren Erfahrungen bei dieser Aktion schreibt die Stadtteilzelle: „Einige Bewohner hatten schon Säcke mit Kleidern bereit. Einige suchten sofort Kleider zusammen. Die Pläne der Imperialisten stießen auf Empörung. Vielfach wurde in den Debatten festgestellt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung hier auch den Befreiungskampf unterstützen wird. So haben die Debatten auch die Ansicht verstärkt, daß der Lohnkampf angepackt werden muß." (Nach Bezirksbeilage Rhein-Neckar II 43/46)

Hannover. Ein Schießwettbewerb „Es lebe der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe" wurde in Hannover durchgeführt. Die Stadtverwaltung hat versucht, diesen Schießwettbewerb zu verhindern. Die Sportschießanlage wurde „wegen technischer Störungen" geschlossen. Vorher war schon die Vermietung der Räumlichkeiten des Freizeitheimes „Linden" für diesen Schießwettbewerb abgelehnt worden. Der Wettbewerb fand trotzdem vor der Sportschießanlage statt. Als die Polizei sich anschickte, die Teilnehmer des Wettbewerbs auseinanderzutreiben, wurde ein 150 Mann starker Demonstrationszug formiert, der vor die Einfahrt der Schießanlage zog. Der Polizeipräsident rief daraufhin ganz aufgeregt: „Die Demonstration erkläre ich für aufgelöst. Sie begehen Hausfriedensbruch." „Richtig, darum sind wir auch hier", wurde ihm geantwortet. „Wir wollen den Hausfrieden der Imperialisten brechen, die erneut den Überfall auf die Völker vorhaben. Die Bundeswehr plant den Einsatz in Südafrika." Demonstrativ wurde vor der Polizeikette eine bei einer Kundgebung egen den § 218 erbeutete Polizeimütze versteigert. Über 1000 DM hat die Versteigerung für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe eingebracht.

4 Lastwagen für den Befreiungskampf in Zimbabwe

Zimbabwe



ZANU-Spendenkonto: Volksbank Mannheim Kto.Nr. 106 83 26 Kontostand am 28.10.1976: 601563,02 DM

Göttingen. Die Stadtverwaltung Göttingen hat Sammlungen zugunsten der ZANU verboten, weil sie dem bewaffneten Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen die Imperialisten dienen. Immer wieder ließ sie Razzien gegen Agitationszentren des KBW durchführen. Dabei konnte die Polizei zwar Festnahmen vornehmen, kam aber an das gesammelte Geld nicht heran. Unterstützt wird die Staatsmacht bei diesen Überfällen propagandistisch durch das „Göttinger Tageblatt", dessen Besitzer, Wurm, Vorsitzender der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft ist. Polizeiüberfälle und Hetze haben keinen Erfolg. Im Gegenteil. Bei einer Demonstration und Kundgebung am 29.10., die wiederum von einem starken Polizeiaufgebot überfallen wurde, wurden wiederum 21 DM gesammelt. Eine Frau sagte: „Ich habe schon den letzten Polizeieinsatz mitgekriegt. Jetzt spende ich erst recht."

Gummersbach. Auf einer Solidaritätsveranstaltung mit dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe kam bei einer Versteigerung von einigen Gegenständen der Betrag von 103,48 DM zusammen.

Braunschweig. 30 von 25 angesprochenen Bewohnern des Stadtteils Alte Wiek unterstützen den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe anläßlich einer Häusersammlung, die die Stadtteilzelle des KBW durchführte. Ein Rentnerehepaar gab 10 DM. Vier Familien spendeten Kleider. Ein Arbeiter, der gerade nach Hause kam, sagte: „Ihr habt das Geld für die Laster schon zusammen? Das ist gut."

Kleider- und Gerätespenden für die ZANU
an das Büro der Bezirksorganisation Bremen/Unterweser
Gröpelinger Heerstraße 261
2800 Bremen
Tel. 0421/616104

Stellungnahme der KP Thailands zum Militärputsch vom 6. Oktober 1976

„Der bewaffnete Kampf ist der Hauptkampf gegen die Imperialisten und ihre Lakaien"

Das neue Marionettenregime in Thailand steht schon jetzt mit dem Rücken an der Wand. Die Imperialisten selbst, die den Militärputsch in Thailand vom 6.10.76 angezettelt haben, glauben nicht, daß dieses Verbrechen den Sturz ihrer Herrschaft lange aufhalten kann.

Erschreckt stellten ihre Zeitungen fest, daß zahlreiche der von den Faschisten verfolgten Demokraten und Antiimperialisten sich jetzt den von der Kommunistischen Partei Thailands geführten Volksbefreiungskräften angeschlossen haben. Am 28.10. meldete das ZDF, daß die reaktionäre Diktatur erklärt habe, sie strebe gute Beziehungen zu Laos und Kambodscha an. Gegen diese Länder hat sie zu Beginn eine drohende Haltung eingenommen. Zur Tarnung ihrer Absichten schmückt sie sich mit einem Programm gegen die Korruption der herrschenden Klassen, deren Parasitenexistenz sie aufrechterhalten will. Gleichzeitig kündigt sie aber einen weiteren Ausbau von Armee und Polizei an, mit dem erklärten Ziel, im Dienste der US-Imperialisten die demokratische und revolutionäre Bewegung zu zerschlagen, und mit der Absicht, Vorbereitungen für neue Aggressionen gegen Laos und Kambodscha zu treffen.

Am 9. Oktober 1976 verbreitete die „Stimme des thailändischen Volkes" den Text einer Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Thailands. Es heißt darin u.a.:

„Die ultrarechten Reaktionäre und faschistische Kriegstreiberclique, Lakaien des US-Imperialismus, planten seit dem 14. Oktober 1973 einen Staatsstreich und die Wiedererrichtung der faschistischen Diktatur. Die Rückkehr des Tyrannen Thanon in einer Mönchsrobe war nur einer ihrer Pläne, die zum wiederholten Male vom Volk enthüllt und durchkreuzt wurden. Sie schufen eine unsichere Lage und verdrehten die Ziele des Kampfes der Arbeiter, Studenten und anderer Kreise, die alle das Land und die Demokratie lieben und die den Kampf friedlich und mit legalen Mitteln führten, um die Rückkehr des Tyrannen Thanon zu verhindern."

Es heißt weiter: „Der Kampf der Arbeiter, Schulkinder, Studenten und anderer Kreise gegen die Rückkehr des Tyrannen Thanon ist demokratisch, patriotisch und legal und ist vom Volk im ganzen Land unterstützt worden. Die tapferen Aktionen der Helden, die sich während des Kampfes geopfert haben, werden für immer in den Herzen des thailändischen Volkes und in der Geschichte der demokratischen Bewegung Thailands lebendig bleiben."

Die Stellungnahme führt dann aus: „Der Kampf des Volkes in den Gebieten unter reaktionärer Verwaltung ist ein großer Beitrag zum Kampf für Unabhängigkeit und Demokratie. Die ultrarechten Reaktionäre und faschistische Kriegstreiberclique haben ständig versucht, diesen Kampf auszulöschen. Das Volk muß Lehren aus seinem Kampf ziehen. Um eine Regierung des Volkes zu errichten und ein neues, unabhängiges, demokratisches und blühendes Thailand zu erbauen, kann das Volk nichts anderes tun, als sich auf den bewaffneten Kampf in den ländlichen Gebieten als den Hauptkampf zu stützen, der mit anderen Formen des Kampfes in den Gebieten unter reaktionärer Verwaltung koordiniert werden muß, entschlossen dem Weg zu folgen, die politische Macht durch den bewaffneten Kampf zu ergreifen und das Land zu nutzen, um die Städte einzukreisen. Der Volkskrieg, der von unserer Partei auf dem Lande geführt wird, entwickelt sich. Die revolutionären Gebiete und die revolutionäre politische Macht dehnen sich aus. Das ist die Hoffnung und die lichte Zukunft unseres thailändischen Volkes.

Gleich, zu welch unerhört grausamen Taktiken der Feind auch greifen mag, um unser Volk einzuschüchtern, der Kampf des Volkes für Unabhängigkeit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit wird niemals geschwächt oder zerstört werden. Das Volk wird sich nie vor dem Feind auf die Knie werfen. Die ländlichen Gebiete sind das verläßliche Hinterland, das eine mächtige Unterstützung bedeutet. Der Kampf des Volkes wird sich nur weiter entwickeln, wenn wir den Geist des ruhmreichen 14. Oktober hochhalten, zu kämpfen und zu siegen wagen, die vergangenen Erfahrungen zusammenfassen und flexible Taktiken anwenden, die allen Umständen angepaßt werden können.

Die Verbrechen, die von den ultrarechten Reaktionären und der faschistischen Kriegstreiberclique begangen wurden, haben das Volk gegen sie aufgebracht. Ihre Position ist unsicher; ihre inneren Konflikte können nicht gelöst werden und werden noch schlimmer werden. Je brutaler sie das Volk unterdrücken, desto empörter wird das Volk werden. Je mehr sie Tricks und hinterhältige Pläne anwenden, um das Volk zu täuschen, desto mehr wird ihre wahre häßliche Natur enthüllt werden. Ihre Zukunft ist dunkel und von kurzer Dauer. Sie werden ein schändliches Ende nehmen. Immer mehr Leute, die sie getäuscht haben, werden ihre wirklichen Gesichter erkennen, sich gegen sie wenden und sie bestrafen, wie sie es verdienen.

Die US-Imperialisten und ihre faschistischen, ultrarechten, reaktionären Lakaien beabsichtigen, die faschistische Diktatur, die mit dem Blut des Volkes beendet ist, zu nutzen, um ihre verdammte Regierung zu schützen, aber ihre Bemühungen werden genauso vergebens sein, wie es die der anderen imperialistischen Lakaien gewesen sind. Die Volksmacht wird sich ausdehnen. Sie werden immer isolierter werden und bald vernichtet werden. Die Zukunft gehört dem Volk, nicht den ultrarechten Reaktionären und der faschistischen Kriegstreiberclique – dem Feind des Volkes!"

Die palästinensische Revolution kann nicht zerschlagen werden

Der Beschluß der achten arabischen Gipfelkonferenz vom 26.10.1976 zur Beendigung des Krieges im Libanon erkennt die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO unter ihrer jetzigen Führung als einzige Vertreterin des palästinensischen Volkes an. Er garantiert den Truppen des palästinensischen Volkes ihre Bewegungsfreiheit im Kampf gegen den zionistischen Besatzerstaat Israel. Syrische und palästinensische Soldaten bekämpfen gemeinsam die zionistische Aggression im südlichen Libanon. Syrien muß zulassen, daß die PLO wieder Truppen in einem Gebiet konzentriert, aus dem sie gerade vertrieben werden sollten. Die libanesische Reaktion und die Zionisten, die beide im Solde des US-Imperialismus stehen, bekämpfen dieses Abkommen. Ihr Versuch, die revolutionären Bewegungen des palästinensischen und des libanesischen Volkes zu vernichten, ist gescheitert.

Auf der Konferenz waren die Regierungen aller arabischen Staaten vertreten. Einstimmig verwarfen die Staatschefs alle Pläne zur Teilung des libanesischen Staates. „Sie drückten ihre tiefe Beunruhigung über die Eskalation der israelischen Aggression auf libanesisches Territorium aus, besonders auf den südlichen Teil des Libanon, und über die Hartnäckigkeit, mit der Israel seine expansionistische und aggressive Politik in den arabischen Gebieten verfolgt." Das Kairoer Abkommen von 1970 wurde bestätigt. Es garantiert den Palästinensern ihre Souveränität in den Flüchtlingslagern im Libanon einschließlich des Rechts, sich zu bewaffnen, und es garantiert den palästinensischen Truppen volle Bewegungsfreiheit im Süden des Libanon. Die Staatschefs bekräftigen „die Anerkennung der PLO als einzig legitimer Vertreterin des palästinensischen Volkes und fordern alle Mitgliedsstaaten der arabischen Liga auf, die PLO zu unterstützen und sich nicht in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen." (Zitiert nach Hsinhua, 28.10.1976)

Gleichzeitig aber wurde die Bildung einer gemeinsamen arabischen Streitmacht beschlossen, die dem libanesischen Staatschef Sarkis untersteht und der unter anderen die im Libanon stehenden syrischen Truppen zugerechnet werden.

Sofort nach diesem Beschluß kam es zu Kämpfen zwischen syrischen Truppen und den von den Israelis direkt unterstützten Truppen der libanesischen Kompradorenbourgeoisie. Bis dahin hatten Syrer und libanesische Reaktionäre gemeinsam versucht, die Truppen der PLO und der libanesischen Nationalen Front aus ihren Stellungen im Süden Libanons zu vertreiben. Die israelische Regierung warnte Syrien jetzt davor, „aus bekannten Gründen" nicht zu weit nach Süden vorzurücken. Die von Israel ausgebildeten und bewaffneten Truppen im Süden seien in der Lage, „das Territorium unter Kontrolle" zu halten. Unverhüllt erhebt die Besatzerregierung damit einen direkten Herrschaftsanspruch auf den Süden des Libanon. Gleichzeitig drückte sie ihre Furcht vor einem neuen Bündnis zwischen Ägypten und Syrien aus. (Süddeutsche Zeitung, 26.10.1976)

Die Fronten im Befreiungskampf der arabischen Völker haben sich verschoben und das palästinensische Volk hat gemeinsam mit den libanesischen Massen einen weiteren Versuch zurückgeschlagen, es durch bewaffnete Aggression als Nation auszulöschen. Dieser Versuch konnte unternommen werden, weil die arabischen Staaten nicht einig im Kampf gegen Zionismus und Imperialismus zusammenstanden. Syrien versuchte die Klassenkämpfe im Libanon zu nutzen, um sein eigenes Herrschaftsgebiet auf Kosten des libanesischen Staates auszudehnen. Die arabischen Monarchien auf der arabischen Halbinsel sind stark vom imperialistischen Finanzkapital abhängig. Sie haben ein Interesse daran, Libanon als Finanzplatz zu erhalten und die Befreiungsbewegung des libanesischen Volkes zu unterdrücken. Weder die Unterstützung für ihre Feinde noch die syrische Intervention konnten aber die brüderlich gemeinsam kämpfenden Truppen des libanesischen und palästinensischen Volkes schlagen.

Israel ist der Kettenhund des US-Imperialismus im Nahen Osten und der verschworene Feind der Unabhängigkeitsbestrebungen aller arabischen Staaten und Völker. Sein direktes Eingreifen in den Krieg zwang diese Staaten deshalb, sich erneut zusammenzuschließen. Sie mußten erneut die Gerechtigkeit und Notwendigkeit des Kampfes des palästinensischen Volkes bestätigen. Sie versuchen gleichzeitig, der revolutionären Bewegung der Palästinenser und Libanesen schwere Fesseln anzulegen. Die arabische „Friedenstruppe" ist nichts als eine Interventionstruppe für die beteiligten Staaten, insbesondere Syriens, das das größte Kontingent stellen wird, zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Libanon mit dem Ziel, diesen Staat vor dem Ansturm der revolutionären Volksmassen zu schützen und die nationale Befreiungsbewegung der Palästinenser in den Dienst ihrer eigenen Interessen zu stellen.

Den US-Imperialisten ist das nicht genug. Sie bekämpfen das neue Kairoer Abkommen der arabischen Staaten. Sie wollen die Vernichtung der revolutionären Bewegungen des libanesischen und des palästinensischen Volkes, sie wollen die arabischen Staaten schwächen und ihre Einheit zersplittern. Deshalb lassen sie ihre libanesischen und zionistischen Marionetten weiterkämpfen, um die Durchsetzung des Abkommens zu verhindern. Die andere Supermacht, die sozialimperialistische Sowjetunion, lehnt das Abkommen ebenfalls ab. Sie ist ebenso wie die USA an der Erhaltung der Kompradorenregimes interessiert, weil sie die Spaltung der arabischen nationalen Bewegung zur Stärkung ihres Einflusses braucht.

Die Truppen des palästinensischen Widerstandes können sich wieder auf den Kampf gegen den zionistischen Aggressor konzentrieren. Die Massenkämpfe in den von Israel 1948 und 1967 besetzten Gebieten lassen das Siedlerregime nicht zur Ruhe kommen. Der unvermeidliche Kampf der arabischen Völker und Staaten gegen die zionistischen Aggressoren wird die Fesseln, mit denen die Imperialisten das palästinensische Volk binden wollen, zersetzen. Es wird den zionistischen Siedlerstaat, den wichtigsten Stützpunkt imperialistischer Herrschaft im Nahen Osten, zerschlagen. (jn)

Siege der Volksarmee von Burma. Die befreiten Gebiete im Nordosten von Burma umfassen 3400 Quadratkilometer. Unter ihrer durch die Kommunistische Partei Burmas geführten Verwaltung befinden sich über 3000 Dörfer mit 575000 Einwohnern. „Unvollständigen Angaben nach hat unsere Volksarmee in der ersten Hälfte des Jahres 1976 gegen die Ne-Win-San-Yu-Söldnertruppen 306 Kämpfe geführt und dabei 650 Söldner getötet, 698 verwundet, 48 als Kriegsgefangene genommen und 15 Agenten festgenommen. 11 Söldner waren zu unserer Volksarmee übergelaufen. Erbeutet wurden 109 Schußwaffen verschiedener Art, 14000 Schuß Munition verschiedenen Kalibers und eine große Menge von Kriegsmaterial. Außerdem wurden 7 Militärfahrzeuge der Feinde zerstört, 5 Hauptverbindungsbrücken in die Luft gesprengt und ein Düsenbomber abgeschossen. (Nach einer Sendung der „Stimme des Volkes von Burma" vom 11.7.76, deren Text wir jetzt erhielten.)

Kolonialistischer „Freundschaftsvertrag" erneuert. Die BRD und das Königreich Tonga haben am 28.10. den „Freundschaftsvertrag" zwischen dem deutschen Reich und Tonga vom 1.11.1876 erneuert. Die BRD setzt damit die kolonialistische Tradition des deutschen Imperialismus fort. 1876 versuchte der deutsche Kolonialismus in Konkurrenz vor allem zu Großbritannien und Spanien in Ozeanien ein Kolonialreich zu erobern, was ihm wenig später durch die Besetzung von Papua-Neuguinea und mehrerer Inselgruppen auch gelang. Die ehemalige britische Kolonie Tonga ist mit 87000 Einwohnern fast vollständig vom Export landwirtschaftlicher Rohprodukte abhängig. In die BRD hat es 1975 fast ausschließlich Ölfrüchte im Wert von 4,2 Millionen exportiert. Die „Süddeutsche Zeitung" meldet am 29.10.: Tonga habe „in der letzten Zeit wieder mehr Interesse auf sich gelenkt, weil die Sowjetunion mit ihm über den Bau eines internationalen Flugplatzes und eines Tiefwasserhafens verhandelt". Der BRD-Imperialismus setzt sich an die Stelle des geschwächten britischen Konkurrenten, will der sozialimperialistischen Supermacht die Aussicht auf einen strategisch wichtigen Stützpunkt im südlichen Pazifik verderben und schafft sich selbst und dem imperialistischen Bündnis der NATO eine Basis zur militärischen und wirtschaftlichen Expansion nahe des südlichen Wendekreises.

Osttimor. Schwere Niederlagen für die indonesischen Aggressoren. Die indonesischen Truppen, die die Demokratische Volksrepublik Osttimor besetzen sollen, werden weiter verstärkt. Anfang Oktober traf ein weiteres 1000 Mann starkes Kontingent im Hafen Suai ein. Diese Truppen wurden sofort in heftige Kämpfe verwikkelt. Bei einer einzigen Aktion der Befreiungskräfte der Fretilin am 1.10.76 wurden 135 indonesische Soldaten verwundet unc eine noch größere Zahl verletzt. Drei Soldaten der Befreiungskräfte fielen und 11 wurden verwundet.

(Nach: Osttimor-Solidaritätskomitee, Aktuelle Information Nr. 11/12, Oktober 1976)

Das Kapital strömt nach Chile. Die ausländischen privaten Investitionen in Chile beliefen sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres auf 239,2 Millionen Dollar. Sie haben sich damit gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr (57,8 Millionen Dollar) vervierfacht. Unterdrückung und Entrechtung der Arbeiterklasse und völlige Verelendung aller Volksklassen haben den Boden bereitet, auf dem das imperialistische Kapital jetzt hofft, hohe und rasche Profite aus der Ausbeutung der chilenischen Arbeiterklasse zu schlagen. (Nach: Die Welt, 26.10.76)

Südafrikanisches Rassistenregime verurteilt. In einer Presseerklärung des Sekretariats der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) bei den Vereinten Nationen heißt es, die afrikanischen Mitglieder der Vereinten Nationen hätten mit Empörung die Nachricht aufgenommen, daß die rassistischen südafrikanischen Behörden mit der Proklamation der sogenannten „Unabhängigkeit" für die Transkei die infame Politik der „Bantustanisierung" des Volkes von Azania weiterhin durchführen. Die Erklärung führt aus, „daß die OAU einstimmig und die Vereinten Nationen mit überwältigender Mehrheit die Politik der ‚Bantustans' verurteilt haben und unmißverständlich das Prinzip der Unabhängigkeit dieser sogenannten nationalen Heimatländer verworfen haben, die in Wirklichkeit Reservate und Lieferanten billiger Arbeitskraft für das Regime in Pretoria sind". Die Erklärung ruft alle Mitgliedsstaaten der UN und alle Völker der Welt, die für Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde eintreten, auf, dem sogenannten neuen Staat jede Anerkennung zu verweigern und jede Beziehung mit ihm zu vermeiden. (Hsinhua, 27.10.76)

Demokratische Arabische Republik Sahara. In den von den Marokkanern besetzten Gebieten erheben sich die Volksmassen zu immer breiteren Kämpfen gegen die Besatzer. In der Tichla haben Demonstrationen mit den Forderungen: „Raus mit den Besatzern" und „Unabhängigkeit und Freiheit für die Sahara" stattgefunden, die von marokkanischem Militär brutal unterdrückt wurden. Die FPOLISARIO hat die bei diesen Kämpfen gefangen genommenen zwanzig Einwohner von Tichla am 5.10. in einer militärischen Aktion befreit. Dabei wurden 40 Marokkaner verwundet und 75 getötet, darunter der örtliche Statthalter der Besatzer. (Nach: El Moudjahid, 11.10. und 12.10.76)

Revolutionen sind der Motor der Geschichte:

Die Pariser Kommune 1871: Es lebe die Diktatur des Proletariats

Aus dem Referat der Bildungsveranstaltung des KBW-Bezirksverbandes Rhein-Neckar I

„Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune, wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse. Seine Vertilger hat die Geschichte schon jetzt an jenen Schandpfahl genagelt, von dem sie zu erlösen alle Gebete ihrer Pfaffen ohnmächtig sind.“ – schreibt Karl Marx in seiner Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“. Das Lied des Dichters der Pariser Kommune, Pottier, „Wacht auf verdammte dieser Erde“ hat die Ideen der Kommune unter den Proletariern der ganzen Welt verbreitet. Die Pariser Kommune hat ihnen gezeigt, daß die Arbeiterklasse in der Lage ist, die Revolution zu machen, den alten Staatsapparat zu zerschlagen und eine proletarische Ordnung aufzubauen. Sie hat ihnen auch gezeigt, daß sie sich unbedingt dafür rüsten müssen – politisch, organisatorisch und militärisch.

Entwicklung des Kapitalismus und Herausbildung der Arbeiterklasse in Frankreich

Die industrielle Revolution hatte in Frankreich richtig erst nach 1830 eingesetzt; Zwischen 1830 und 1848 wurde das Eisenbahnnetz von 38 auf 1832 km erweitert, die Kohleförderung stieg von 1800000 Tonnen auf 4,2 Millionen Tonnen. Die Ausbeutung der Arbeiterklasse war groß: Der Arbeitstag des französischen Arbeiters war meist 14 bis 17 Stunden lang bei niedrigster Entlohnung. Von daher war das Hauptziel der ersten organisierten Kämpfe des französischen Proletariats die Herabsetzung und gesetzliche Fixierung der Arbeitszeit. Die schwersten Kämpfe in der Frühzeit des französischen Industriekapitalismus fanden in Lyon statt, wo 1831 über 30000 Seidenweber in den Streik traten.

Während die industrielle Revolution wichtige Bereiche der französischen Wirtschaft ergriff und umwälzte, ließ sie andere Zweige der gesellschaftlichen Produktion noch weitgehend unberührt: In Paris lebten 1860 zwar schon über 400000 Arbeiter, jedoch auch noch knapp über 100000 Besitzer von Produktionsmitteln. Lediglich 7,4 % der Betriebe der Hauptstadt beschäftigten mehr als 10 Arbeiter, während 51,2 % nur einen beschäftigten. Im Durchschnitt entfielen auf jeden Betrieb 7,7 Arbeiter. In weitgehend vorkapitalistischen Verhältnissen in der bäuerlichen Kleinproduktion lebte auch die Masse der Bevölkerung in der Provinz. Die Entwicklung der Produktivkräfte war also gekennzeichnet durch ein Nebeneinander moderner und überholter Produktionsweisen.

durch ein Nebeneinander moderner und überholter Produktionsweisen.

Zwischen dem Lohnarbeiter und dem Handwerker gab es in wichtigen Zweigen der Produktion noch keine feste Scheidelinie.

Die Entwicklung der politischen Selbständigkeit des Pariser Proletariats

Das war die materielle Grundlage für die relativ niedrige Reife des französischen Proletariats und für die Verbreitung kleinbürgerlicher Ideen in der Arbeiterbewegung, vor allem die von Proudhon, den Engels als den *„Sozialisten des Kleinbauern und des Handwerksmeisters“* bezeichnete. Er wollte das Privateigentum selbst nicht antasten, sondern das kleine Eigentum gegenüber dem großen schützen. Entsprechend waren die von ihm vorgeschlagenen Kampfmittel gegen den Kapitalismus: Organisierung gegenseitigen billigen Kredits, Handelsgenossenschaften usw. Neben diesen rückwärts gewandten Ideen, die von den Jakobinern unter Berufung auf den Konvent und den Wohlfahrtsausschuß der französischen Revolution propagiert wurden, stand der Blanquismus, der davon ausging, daß eine kleine Zahl entschlossener, verschworener Männer imstande sei, im günstigen Moment das Staatsruder zu ergreifen und so lange zu behaupten, bis sie auch die Masse des Volkes in die Revolution hineinrissen.

Eine zahlenmäßig schon starke, ideologisch jedoch uneinheitliche und unter kleinbürgerlichem Einfluß stehende Arbeiterbewegung – das war die Situation, als sich im Januar 1965 in Paris die erste französische Sektion der internationalen Arbeiterassoziation bildete. Die meisten Mitglieder waren Anhänger Proudhons. Schon im Februar 1967 war die Pariser Sektion der Internationale stark genug, einen großen Streik der Bronzearbeiter zum Sieg zu führen. Die Organisation machte sichtbare Fortschritte. Die immer häufigeren Streiks und Massenkundgebungen erschreckten die Bourgeois: „Ein großer Teil der französischen Arbeiterbevölkerung politisiert mit einer Heftigkeit und Schlagfertigkeit, daß sich der Fremde nicht genug darüber wundern kann. Ein Streben nach Veränderung, ein Drang zum Umstürzen, das sind die ihr tief innewohnenden Charakterzüge.“

In den bürgerlichen Revolutionen von 1789 und 1830 und im Arbeiteraufstand 1848 hatten die französischen Arbeiter eigene, aber noch unklare und unbestimmte Forderungen erhoben, die alle auf die Beseitigung des Klassengegensatzes zwischen Kapitalisten und Arbeitern hinausliefen. Aber das Wie war noch unklar. So wurden sie nach jeder Revolution entwaffnet und mußten ihre Niederlage blutig bezahlen.

blutig bezahlen.

Nach der 48er Revolution vereinigten sich alle konkurrierenden Fraktionen der Bourgeoisie in ihrem gemeinsamen Gegensatz zu der Arbeiterklasse. Angesichts der drohenden Erhebung der Arbeiterklasse benutzten die vereinigten besitzenden Klassen die Staatsmacht rücksichtslos als Werkzeug des Kapitals. 1851 beseitigten sie mit dem Staatsstreich Louis Bonapartes sogar die parlamentarische Hülle, die Nationalversammlung, weil sie ihnen zum Hemmnis geworden war, einheitlich, schnell und wirksam gegen die Arbeiterklasse vorzugehen. Louis Napoleon ließ sich zum Kaiser krönen und gab vor, damit alle Klassen in der Gesellschaft zu versöhnen. „In Wirklichkeit war das Kaisertum die einzig mögliche Regierungsform zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren, und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte.“ Unter seiner Herrschaft erreichte die Bourgeoisgesellschaft eine ungeahnte Entwicklung; Industrie und Handel dehnten sich aus; der Finanzschwindel, das Parasitentum, die Korruption blühte; die Ausbeutung und das Elend der Arbeiterklasse und der Volksmassen wuchs. Die französische Bourgeoisie betrieb imperialistische Eroberungen und gründete ein Kolonialreich. Die Rivalität mit ihren Konkurrenten wuchs.

Rivalität mit ihren Konkurrenten wuchs.



Ausrufung der Kommune am 28. März 1871. „Auf den Platz traten nacheinander die Bataillone mit Musik an der Spitze. Die Musik spielte die Marseillaise, in die 50000 Stimmen einfielen. Dieses Stimmengewitter erregte alle Gemüter. Plötzlich Salven: Der Gesang wird mächtiger. Eine gewaltige Woge von Fahnen, Bajonetten und Mützen bewegt sich, erregt sich, drängt sich um die Estrade. Die Kanonen donnern, doch ihre Salven sind nur noch zu hören, wenn der Gesang unterbrochen wird. Dann vereinigen sich alle Stimmen zu einem einzigen Ruf, in die einzige Stimme einer unzähligen Menge, und alle diese Menschen haben nur eine Seele und einen Schrei: ‚Es lebe die Kommune!‘“

Im Juli 1870 erklärte Napoleon Preußen den Krieg, mit dem Ziel, das drohende Erstarken dieses Konkurrenten zu verhindern, und wie unter Napoleon I das gesamte linksrheinische Gebiet zu erobern. Am 12. Juli 1870 hatten die Pariser Mitglieder der Internationale in ihrem Manifest „An die Arbeiter aller Nationen“ erklärt:

„Abermals bedroht politischer Ehrgeiz den Frieden der Welt unter dem Vorwand des europäischen Gleichgewichts und der Nationalehre. Französische, deutsche und spanische Arbeiter! Vereinigen wir unsere Stimmen zu einem Ruf des Abscheus gegen den Krieg! (...) Krieg wegen einer Frage des Übergewichts oder wegen einer Dynastie kann in den Augen von Arbeitern nichts sein als eine verbrecherische Torheit. Gegenüber den kriegerischen Aufrufen derjenigen, die sich von der Blutsteuer loskaufen und im öffentlichen Unglück nur eine Quelle neuer Spekulationen sehen, protestieren wir laut, die wir Frieden und Arbeit nötig haben! (...) Brüder in Deutschland! Unsere Spaltung würde nur im Gefolge haben den vollständigen Triumph des Despotismus auf beiden Seiten des Rheins. (...) Arbeiter aller Länder! Was auch für den Augenblick das Ergebnis unserer gemeinsamen Anstrengungen sein möge, wir, die Mitglieder der internationalen Arbeiterassoziation, für die es keine Grenzen gibt, wir schicken euch, als Pfand unauflöslicher Solidarität, die guten Wünsche und Grüße der Arbeiter Frankreichs.“

Eine Versammlung von Vertrauensmännern sächsischer Arbeiter antwortete auf das Manifest: *„Im Namen der deutschen Demokratie und namentlieh der Arbeiter der Sozialdemokratischen Partei erklären wir den gegenwärtigen Krieg für einen ausschließlich dynastischen. (...) Mit Freuden ergreifen wir die uns von den französischen Arbeitern gebotene Bruderhand. (...) Eingedenk der Losung der Internationalen Arbeiterassoziation: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! werden wir nie vergessen, daß die Arbeiter aller Länder unsere Freunde und die Despoten aller Länder unsere Feinde sind.“*

Doch die französische Arbeiterklasse war noch nicht stark genug, diesen Krieg zu verhindern. Der Krieg begann für die französische Bourgeoisie mit einer Reihe von militärischen Mißerfolgen und endete mit einer vernichtenden Niederlage ihrer Armee in der Schlacht bei Sedan. Das französische Kaiserreich und die Hauptstadt Paris hatte danach keinen einzigen Verteidiger mehr. Die französische Regierung mußte für die Verteidigung von Paris alle waffenfähigen Männer bewaffnen und in die Nationalgarde rufen.

Unter den Schlägen der Revolution vom September 1870 klappte zwar das Kaiserreich wie ein Kartenhaus zusammen und mußte die Republik ausgerufen werden; aber das französische Proletariat war nicht darauf vorbereitet, die erschütterte Bourgeoisherrschaft zu stürzen. An die Macht kamen Todfeinde der Arbeiterklasse – General Trochu, Fauré, Simon und Gambetta. Die Pariser Arbeiter duldeten dies,

ral Trochu, Fauré, Simon und Gambetta. Die Pariser Arbeiter duldeten dies,

weil sie selbst bewaffnet waren und in der Hoffnung, daß diese Regierung die nationale Verteidigung organisieren werde, nachdem Bismarck den Krieg gegen die französische Bourgeoisie mit dem Ziel der Eroberung von Elsaß-Lothringen fortsetzte und Paris belagerte. Die Duldung erklärt sich aus Illusionen über die patriotischen Bestrebungen der Bourgeoisie, die von der Bourgeoisie gestärkt wurden, als sich der französische Angriffskrieg in einen Verteidigungskrieg verwandelte. Dieser Fehler rächte sich, denn die neue Regierung sah ihre ganze Aufgabe nicht in der Verteidigung der Hauptstadt, sondern in der Verteidigung der Bourgeoisherrschaft und der Niederwerfung des Proletariats.

Der bewaffnete Aufstand vom 18. März 1871

Die „Regierung der Nationalen Verteidigung“ war von Anfang an eine Regierung des nationalen Verrats. Ihre Absicht war die Aushungerung und Entwaffnung der Arbeiterklasse und die Kapitulation. Die Antwort des Proletariats: Zweimal, im Oktober 1870 und im Januar 1871, erstürmten Arbeiterbataillone den Sitz der Regierung; diese Versuche scheiterten ohne Plan und ohne Führung. Die Regierung erklärte die Kapitulation von Paris am 28. Januar 1871. Aber die Pariser Nationalgarde behielt ihre Waffen und Kanonen. Die Sieger wagten nicht, in Paris einzuziehen. Nur ein kleines Eckchen von Paris wagten sie für ein paar Tage zu besetzen. *„Solchen Respekt flößten die Pariser Arbeiter dem Heere ein, vor dem sämtliche Armeen des Kaiserreiches die Waffen gestreckt; und die preußischen Junker, die hergekommen waren, um Rache zu nehmen am Herd der Revolution, mußten ehrerbietig stehenbleiben und salutieren vor eben dieser bewaffneten Revolution.“* (Friedrich Engels, in: Vorwort zu Karl Marx: Bürgerkrieg in Frankreich, Seite 7)

Die Bourgeoisie ließ danach Wahlen durchführen nach einem stockreaktionären Wahlgesetz und schuf sich eine Regierung, die auf die Pariser Arbeiter und Volksmassen losgehen sollte. *„Ihr Meister war Thiers, der boshafte Zwerg, der die französische Bourgeoisie mehr als ein halbes Jahrhundert lang bezaubert hat, weil er der vollendete geistige Ausdruck ihrer eigenen Klassenverderbtheit ist.“* (Karl Marx) Die Pariser Massen zu entwaffnen, war die erste Bedingung eines Erfolgs, doch die Arbeiterklasse und das Volk waren seit der Kapitulation auf der Hut.

Die Nationalgarde reorganisierte sich und beschloß, eine oberste Leitung, ein Zentrales Komitee zu wählen und nur selbsterwählte Oberbefehlshaber anzuerkennen. Das ZK wurde am 4.3. offiziell eingesetzt, es bestand aus drei Delegierten für jedes Pariser Viertel, die von den Kompanien usw. gewählt wurden. Damit war die Nationalgarde ein festes Instrument in den Händen des Proletariats. Thiers mußte den Kampf gegen die bewaffneten Pariser Volksmassen aufnehmen. Am 11.

riser Volksmassen aufnehmen. Am 11.

März erließ er folgende Verordnung: alle Wechsel, die am 13. November 1870 abgelaufen waren, jedoch in Anbetracht des Krieges verlängert waren, sollten am 13. März verfallen, was für Zehntausende von Handwerkern und Kaufleuten der Bankrott bedeutete. Eine neue Mietordnung wurde erlassen, durch die rund 300000 Arbeiter, Angestellte und Handwerker wegen Mietschulden auf die Straße geschmissen wurden, außerdem beschloß die Nationalversammlung, die Besoldung der Pariser Nationalgarde sofort einzustellen. Der Kern dieser gegen die Pariser Arbeiter und Volksmassen gerichteten Angriffe bestand in der Forderung Thiers, daß die Pariser Nationalgarde ihre Geschütze abliefern müsse. Als Vorspiel zur allgemeinen Entwaffnung, gestützt auf die Truppen aus den Pariser Bezirken, wo die Wahlen noch nicht durchgeführt waren und in den Offiziersrängen noch die Bourgeois saßen, versuchte die Bourgeoisie am 18.3.1871, aus den Depots die Geschütze zu holen. An den Wänden hing eine Erklärung der Regierung: „Die Regierung hat sich zum Handeln entschlossen. Die Verbrecher, die eine Regierung ins Leben rufen wollen, werden ordentlichen Gerichten übergeben. (...) Die guten Bürger sollen sich von den schlechten trennen und den Streitkräften der Regierung helfen. (...)“ Aber die Nationalgarde, das Volk in Waffen, hat die Reaktion in die Flucht geschlagen; Teile der Truppen der Reaktion gingen auf die Seite des Volkes über; die Reaktionäre flohen nach Versailles.

Damit hatte das Pariser Proletariat im bewaffneten Aufstand die Bourgeoisherrschaft gestürzt und ging daran, die Diktatur des Proletariats zu errichten. *„Die Proletarier von Paris“*, *sagte das Zentralkomitee in seinem Ma-*

Fortsetzung Seite 16

RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

N° 176 LIBERTÉ — ÉGALITÉ — FRATERNITÉ N° 176

COMMUNE DE PARIS

Sur les justes demandes de toute la corporation des Ouvriers boulangers,

LA COMMISSION EXÉCUTIVE

ARRÊTE :

ART. 1er. Le travail de nuit est supprimé.

ART. 2. Les placeurs institués par l'ex-police impériale sont supprimés. Cette fonction est remplacée par un registre placé dans chaque mairie pour l'inscription des ouvriers boulangers. Un registre central sera établi au Ministère du Commerce.

Paris, le 20 avril 1871.

Les Membres de la Commission exécutive :
AVRIAL, F. COURNET, CH. DELESCLUZE, FÉLIX PYAT, G. TRIDON, A. VERMOREL, E. VAILLANT.

IMPRIMERIE NATIONALE. — Avril 1871.

50

DIE EXEKUTIVKOMMISSION
in Anbetracht der berechtigten Forderungen der gesamten Bäckergesellenkorporation,
VERORDNET:
Art. 1. Die Nachtarbeit wird abgeschafft.
Art. 2. Die von der früheren kaiserlichen Polizei eingerichteten Stellenvermittlungen werden abgeschafft. Sie werden durch ein Register in den einzelnen Bürgermeistereien ersetzt, in das sich die Bäckergesellen einzeichnen können. Das Handelsministerium richtet ein zentrales Register ein.

Paris, 2o. April 1871

Die Mitglieder der Exekutivkommission

Fortsetzung von Seite 15

Die Pariser Kommune 1871



Frauen verteidigen die Barrikade.

nifest vom 18.3.1871, „inmitten der Niederlagen und des Verrats der herrschenden Klassen, haben begriffen, daß die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen, dadurch, daß sie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen. (...) Sie haben begriffen, daß es ihre höchste Pflicht und absolutes Recht ist, sich zu Herren ihres eigenen Geschicks zu machen und die Regierungsgewalt zu ergreifen." (Marx, Bürgerkrieg in Frankreich, Seite 68)

So wurde die Pariser Kommune auch verstanden von den Revolutionären Europas. Auf Überlegungen, die diesen gewaltigen Schritt des Pariser Pro-
Europas. Auf Überlegungen, die diesen gewaltigen Schritt des Pariser Pro-
letariats in Zweifel zogen, antwortete Marx:

„Wenn du das letzte Kapitel meines ‚18. Brumaire' nachsiehst, dann wirst du finden, daß ich als den nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die wirkliche Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent. Dies ist auch der Versuch unserer heroischen Pariser Parteigenossen. Welche Elastizität, welche historische Initiative, welche Aufopferungsfähigkeit in diesen Parisern!" (Marx an Kugelmann)

„Die Kommune entstand spontan; niemand hatte sie bewußt und planmäßig vorbereitet. Die Niederlage im Krieg gegen Deutschland; die Leiden während der Belagerung; die Arbeitslosigkeit unter dem Proletariat und der Ruin des Kleinbürgertums; die Empörung der Massen über die oberen Klasse und über die Behörden, die ihre völlige Unfähigkeit erwiesen hatten; das dumpfe Gären in den Reihen der Arbeiterklasse, die mit ihrer Lage unzufrieden war und eine andere soziale Ordnung anstrebte; die reaktionäre Zusammensetzung der Nationalversammlung, die für das Schicksal der Republik fürchten ließ – all das und noch vieles andere traf zusammen, um die Pariser Bevölkerung zur Revolution des 18. März anzuspornen, die die Macht unerwartet in die Hände der Nationalgarde legte, in die Hände der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums, das sich der Arbeiterklasse angeschlossen hatte." (Lenin, Dem Andenken der Kommune, in: Lenin-Werke, Band 17, Seite 124)

Das Proletariat zerbricht die alte Staatsmaschinerie und errichtet die proletarische Staatsmacht, die Kommune

Das bewaffnete Proletariat von Paris ging daran, den bürgerlichen Staat zu zerschlagen und seine eigene proletarische Ordnung aufzubauen.

Die grundlegenden Schritte sind von der Pariser Kommune noch nicht konsequent durchgeführt worden. Der entscheidende Fehler bestand darin, nicht die Diktatur über die Bourgeoisie auszuüben, sondern sie allzu großmütig zu behandeln und sie nach Versailles entkommen zu lassen, wo sich die Reaktion erneut formierte. Der Bourgeoisie wurde so eine Atempause gegönnt, die sie genutzt hat zur Sammlung der Kräfte der Reaktion, um über die Kommune herzufallen. *„Hätte die Pariser Kommune nur einen einzigen Tag Bestand gehabt, wenn sie sich gegenüber der Bourgeoisie nicht dieser Autorität des bewaffneten Volkes bedient hätte? Kann man sie nicht im Gegenteil dafür tadeln, daß sie sich ihrer nicht umfassend genug bedient hat?"* schreibt Friedrich Engels. Das revolutionäre Proletariat von Paris war nicht voll dafür gerüstet, weder ideologisch noch organisatorisch und militärisch.

Nach der Klassenschlacht vom 18. März beeilte sich das Zentralkomitee der Nationalgarde, die Macht an die Volksmassen zurückzugeben, indem es allgemeine Wahlen für den Rat der Kommune ausschrieb, was Marx später als übereilten Schritt kritisierte. Am 28. März erfolgte die Proklamierung und die Konstituierung der Kommune
28. März erfolgte die Proklamierung und die Konstituierung der Kommune
von Paris. Im Rat der Kommune saßen 25 Arbeiter und 7 Angestellte gegenüber 30 Selbständigen wie Ärzten, Schriftstellern, Künstlern, dazu 17 Kaufleute und Unternehmer. Diese Zusammensetzung zeigt die Kommune nicht nur als Organ des Proletariats, sondern auch der Kleinbourgeoisie.

„Zum ersten Mal in der Geschichte hat sich die kleine und mittlere Bourgeoisie offen um die Revolution der Arbeiter geschart und sie als das einzige Mittel zu ihrer eigenen und zu Frankreichs Rettung ausgerufen! Sie bilden mit ihnen die Hauptmasse der Nationalgarde, sie sitzen mit ihnen in der Kommune. (...) Die wichtigsten Maßregeln, die die Kommune ergriffen hat, sind für die Rettung der Mittelklasse ergriffen worden – Maßregeln der Schuldnerklasse von Paris gegen die Gläubigerklasse." (Marx, Bürgerkrieg in Frankreich, Seite 197)

Jedoch machte das Proletariat in seiner dominierenden Rolle und durch seine Aktivität aus der Kommune ein Organ der Arbeiterklasse. Die Mehrheit der Kommunemitglieder waren Jakobiner und Blanquisten. Zur Minderheit gehörten die Vertreter der Internationale, vorwiegend Anhänger Proudhons.

Trotz dieser Spaltung war die Kommune gegenüber der wütenden Reaktion zusammengeschlossen. Trotz der geringen Klarheit und des Einflusses falscher Theorien hat die Kommune die richtigen Maßnahmen ergriffen. Der revolutionäre Instinkt der Massen hat sich Bahn gebrochen gegen Proudhonismus und Blanquismus.

Die Kommunarden erkannten, daß sie eine Ordnung schufen, die internationalen Charakter hatte. Das kommt in dem Dekret über die Wählbarkeit vom Ausländer zum Ausdruck: „In Erwägung, daß die Losung der Kommune die der Weltrepublik ist (...) ist die Kommune der Meinung, daß Ausländer zugelassen werden dürfen, und schlägt die Aufnahme des Bürgers Frankel vor." Daß die Kommune die Internationalität der Arbeiterinteressen propagierte und die Spaltung durch die Entrechtung der Ausländer überwandt, flößte der Bourgeoisie besonderes Entsetzen ein.

Die Kommune hatte schwierige dringende Aufgaben: Paris mußte am Leben bleiben, die Bedürfnisse einer Bevölkerung von eineinhalb Millionen mußten befriedigt werden, eine eigene Verwaltung mußte aufgebaut werden. Paris war vom Klassenfeind umstellt, der französischen Bourgeoisie und den deutschen Invasionstruppen.

Die Kommune machte sich an die Arbeit: Sie beschloß, das stehende Heer abzuschaffen. „Die Kommune
Arbeit: Sie beschloß, das stehende Heer abzuschaffen. „Die Kommune
von Paris verordnet: Erstens die Konskription (Aushebung von Soldaten für ein stehendes Heer) ist abgeschafft, außer der Nationalgarde darf keine bewaffnete Macht in Paris geschaffen oder zugelassen werden. Alle wehrfähigen Bürger gehören der Nationalgarde an."

Die Polizei, bisher Unterdrückungsinstrument der Regierung, wurde ihrer politischen Funktion entkleidet und in das jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Die Kommune beschloß die Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Beamten und ihre Bezahlung nach Arbeiterlohn. „Hier werden die öffentlichen Dienste mit großem Ernst reorganisiert. Sollten sich derartige Bewegungen durch irgendein Unglück auch irgendwo in der Provinz für länger behaupten können, dann weiß nur Gott, was uns blühen würde." schreibt erschreckt ein Versailler Spion.

Die Kommune beseitigt die Trennung der ausführenden und der gesetzgebenden Gewalt; der Rat der Kommune ist zugleich gesetzgebende und ausführende Körperschaft.

„Den korrupten und verfaulten Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft setzt die Kommune durch Körperschaften, in denen die Freiheit des Urteils und der Beratung nicht in Betrug ausartet, denn die Parlamentarier müssen selbst arbeiten. Selbst ihre Gesetze ausführen, selbst kontrollieren, was bei der Durchführung herauskommt, selbst unmittelbar vor ihren Wählern die Verantwortung tragen. Die Vertretungskörperschaften bleiben, aber den Parlamentarismus als besonderes System, als Trennung der gesetzgebenden und der vollziehenden Tätigkeit, als Vorzugsstellung für Abgeordnete gibt es hier nicht." (Lenin, Staat und Revolution, Seite 58)

Entschiedenen Klassencharakter trugen auch die Dekrete zur Volkserziehung: Die Kommune entwarf eine Verordnung über die Einführung des obligatorischen und kostenlosen allgemeinen Unterrichts. In der ersten Berufsschule, die gegründet wurde, erteilten Facharbeiter den polytechnischen Unterricht. Weitere Maßnahmen waren auf die vollständige Trennung von Kirche und Staat gerichtet.

„Die zerschlagene Staatsmaschinerie wurde also von der Kommune scheinbar ‚nur' durch eine vollständigere Demokratie ersetzt: (...) In Wirklichkeit bedeutet dieses ‚nur', daß im riesigen Ausmaß die einen Institutionen durch Institutionen prinzipiell anderer Art ersetzt werden. Hier ist gerade einer der Fälle des ‚Umschlagens von Quantität in Qualität' wahrzunehmen: Die mit dieser denkbar größten Vollständigkeit und Folgerichtigkeit durchgeführte Demokratie verwandelt sich aus der bürgerlichen Demokratie in die proletarische, aus dem Staat (d.h. einer besonderen Gewalt zur Unterdrückung einer bestimmten Klasse) in etwas, was eigentlich kein Staat mehr ist. Es ist immer noch notwendig, die Bourgeoisie und ihren Widerstand niederzuhalten. Für die Kommune war das ganz besonders notwendig. Aber das unterdrückende Organ ist hier schon die Mehrheit. (...) Wenn aber die Mehrheit des Volkes selbst ihre Bedrücker unterdrückt, so ist eine ‚besondere Repressionsgewalt' schon nicht mehr nötig! In diesem Sinne beginnt der Staat abzusterben." (Lenin, Staat und Revolution, Seite 51 f.)

Ökonomische Maßnahmen der Kommune

Die ökonomischen Maßnahmen der Kommune ergaben sich vor allem aus der Aufgabe, zu allererst die Lebensbedingungen der Massen in Paris zu sichern. Die Mieten werden gestundet und teilweise erlassen; die Bezahlung der Wechsel wird auf ein halbes Jahr verlängert. Weitere Maßnahmen waren die Abschaffung der Nachtarbeit der Bäckergesellen, das Verbot, den Lohn herabzudrücken durch Auferlegung von Geldstrafen auf die Arbeiter. Dazu gehörten auch Schritte zur Enteignung der Produktionsmittel: *„In Erwägung, daß zahlreiche Fabriken von ihren Leitern verlassen wurden, welche ohne Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter flohen und sich ihrer ersten Bürgerpflicht entzogen, in Erwägung, daß infolge dieser feigen Flucht zahlreiche für das kommunale Leben wichtigen Arbeiten unterbrochen sind und die Existenz der Arbeiter auf dem Spiel steht, ordnet die Kommune von Paris an: (...) 4. ein Schiedsgericht einzusetzen, das bei Rückkehr der Unternehmer die Bedingungen für die endgültige Abtretung der Fabriken an die Arbeitergesellschaften und die von den Gesellschaften an die Unternehmer zu bezahlende Entschädigung bestimmen soll."*

Die Gewerkschaft der Mechaniker und die Organisation der Metallarbei-
Die Gewerkschaft der Mechaniker und die Organisation der Metallarbei-
ter beschlossen in einer gemeinsamen Generalversammlung, 2 Delegierte in das Stadthaus zum Rat der Kommune zu schicken mit dem Auftrag, dort auf „Maßnahmen zur sofortigen Liquidierung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, dieser letzten Form der Sklaverei, sowie auf die allgemeine Organisierung der Arbeit in Form solidarischer Kooperativen" zu dringen.

Mit den ökonomischen Maßnahmen war die Marschroute der Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen angegeben. Der Stand der Produktivkräfte und die ideologischen Unklarheiten bei den Kommunarden erklären, warum das Proletariat jedoch auf halbem Weg stehenblieb. Das zeigt sich vor allem an dem „heiligen Respekt, womit man" – wie Engels schreibt – *„vor den Toren der Bank von Frankreich stehenblieb. (...) Die Bank in den Händen der Kommune – das war mehr wert als Zehntausend Geiseln. Das bedeutete den Druck der ganzen französischen Bourgeoisie auf die Versailler Regierung im Interesse des Friedens mit der Kommune."* (Bürgerkrieg in Frankreich, Seite 13) Die Bank nicht in Besitz zu nehmen, war ein schwerer Fehler. Erhielt die Kommune während ihres Bestehens von der Bank ungefähr 20 Millionen Franc, so wurde den Versaillern insgesamt 258 Millionen Franc gezahlt.

Schließlich zeigte die Kommune, daß das herrschende Proletariat die besondere Unterdrückung der Frau beseitigt. Sie erließ ein Dekret, in dem sowohl für die gesetzlichen als auch die illegitimen Frauen und Kinder eine Pension festgesetzt wurde im Falle des Todes des Mannes. Hier zeigte sich, daß die Umwälzung der Verhältnisse einhergeht mit dem Brechen der überlieferten Ideen und Vorstellungen. Vor allem erkannten die Frauen die Kommune als ihre Sache, ein Bourgeoiskorrespondent der „Daily News" schreibt: „Wenn das französische Volk nur aus Frauen bestünde, welch ein furchtbares Volk das wäre." Am 24. März sprach ein Vertreter der Föderierten (der Kommune) vor den Bourgeoisbataillonen der Bürgermeisterei des 1. Arrondissements das große Wort, das ihnen die Waffen aus der Hand schlug: ‚Glaubt mir, ihr könnt nicht standhalten, alle eure Frauen sind in Tränen aufgelöst, aber die unseren weinen nicht.'"

Die Kommune bleibt isoliert und wird zerschlagen

Die Kommune mußte auch die Arbeiter in den Provinzen für die Revolution gewinnen. In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation heißt es ausdrücklich, daß die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfes sein sollte. Die Kommune sandte von Anfang an eine große Zahl von Delegierten in alle Himmelsrichtungen. Zu kommunistischen Erhebungen kam es in den größten Städten wie Lyon, Marseille, Toulose. Ohne feste Verbindung untereinander und ohne einheitliche Leitung konnten sie aber zerschlagen werden. Die Kommune wandte sich an die Bauern, die den größten Teil der Bevölkerung ausmachten und ebenfalls geknechtet waren durch die bürgerliche Staatsmaschinerie mit dem Ruf: „Unser Sieg ist eure Hoffnung! Die Erde den Bauern, das Werkzeug den Arbeitern!" Die französische Bourgeoisie wollte den Bauern die Hauptlast der Kriegsschulden aufbürden, die Kommune hätte ihnen die Blutsteuer abgenommen und sie hätte sie befreit von der Willkür der Gendarmen und Präfekten. Der Kommune gelang es in der kurzen Zeit aber nicht, die Reaktion konnte die Bauern gegen die Kommune ins Feld führen. So mußte die Pariser Kommune, sich selbst überlassen und ohne Unterstützung, unvermeidlich eine Niederlage erleiden.

Die Kommune war eine tödliche Bedrohung für die alte, auf Knechtschaft und Ausbeutung beruhende Welt. Die Bourgeoisie konnte nicht ruhig schlafen, solange in Paris die rote Fahne wehte. Die Bourgeoisregierung in Versailles erhielt von der preußischen Regierung 100000 gefangene französische Soldaten zurück; mit dieser Übermacht ging sie gegen die Pariser Kommune vor und konnte schließlich erst nach mehreren Wochen gegen den erbitterten Widerstand des Pariser Proletariats die Kommune zerschlagen. Die Bourgeoisie veranstaltete ein Blutbad: 30000 Pariser wurden ermordet, 45000 verhaftet und in der Folge hingerichtet. Es zeigt, zu welcher Raserei die herrschende Klasse fähig ist, sobald das Proletariat wagt, für seine Rechte einzutreten. Thiers erklärte zufrieden: „Jetzt ist es mit dem Sozialismus für lange Zeit aus!" Aber
Sozialismus für lange Zeit aus!" Aber



Karikatur von Thiers, dem Henker der Kommune.

kaum 6 Jahre nach der Zerschlagung der Kommune ergriffen die französischen Arbeiter erneut das Banner der Kommune unter den Rufen: „Es lebe die soziale Revolution! Es lebe die Kommune!" und erzwangen bald, die noch gefangenen Kommunarden auf freien Fuß zu setzen.

Die Kommune scheiterte, weil zwei entscheidende Vorbedingungen für die siegreiche soziale Revolution fehlten: Die Arbeiterklasse war noch zersplittert durch die geringe Entwicklung der großen Industrie, und es fehlte die Partei der Arbeiterklasse und damit die Vorbereitung und lange Schulung der Arbeiterklasse.

Die welthistorische Bedeutung der Kommune

Die Verluste, die die französische Arbeiterklasse im Kampf für die Kommune erlitten hat, waren hoch. Aber unendlich größer wäre der Schaden und die Demoralisierung gewesen, wenn das Pariser Proletariat sich kampflos die Waffen hätte wegnehmen lassen. Die Opfer der Kommune werden durch ihre Bedeutung für den Kampf des gesamten Proletariats aufgewogen, denn sie ist die *„Morgenröte der großen sozialen Revolution, die die Menschen für immer vom Klassenregime befreien wird. Wenn die Kommune geschlagen wird, so ist der Kampf nur aufgeschoben. Die Prinzipien der Kommune sind ewig und können nicht zerstört werden; sie werden sich immer wieder und wieder durchsetzen, bis die Arbeiterklasse befreit ist."* (Rede von Marx über die Kommune) – (as/Red.)